



Plenarprotokoll

2. Sitzung

Donnerstag, 24. November 2016

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Begrüßungsworte des Präsidenten		Regierender Bürgermeister Michael Müller	36
anlässlich des Besuchs des Luftbrückenveterans Gail Halvorsen	23	SPD-Parteifunktionäre und -Staatssekretäre von Lobbyisten gebucht	36
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	23	Dr. Kristin Brinker (AfD)	36
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	23	Regierender Bürgermeister Michael Müller	36
1 Aktuelle Stunde	24	Dr. Kristin Brinker (AfD)	37
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Regierender Bürgermeister Michael Müller	37
„Der offene Strafvollzug im Kontext der inneren Sicherheit Berlins“	24	Dr. Hans-Joachim Berg (AfD)	37
(auf Antrag der AfD-Fraktion)		Regierender Bürgermeister Michael Müller	37
Dr. Hans-Joachim Berg (AfD)	24	Rote Laterne bei Vergleichsarbeiten	37
Sven Kohlmeier (SPD)	25	Florian Swyter (FDP)	37
Cornelia Seibeld (CDU)	26	Senatorin Sandra Scheeres	38
Niklas Schrader (LINKE)	29	Florian Swyter (FDP)	38
Canan Bayram (GRÜNE)	30	Senatorin Sandra Scheeres	38
Marcel Luthé (FDP)	31	Hildegard Bentele (CDU)	39
Senator Thomas Heilmann	33	Senatorin Sandra Scheeres	39
Hanno Bachmann (AfD)	35	Hasskommentare in sozialen Netzwerken	39
2 Fragestunde	36	Oliver Friederici (CDU)	39
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Thomas Heilmann	39
Intendant der Volksbühne	36	Oliver Friederici (CDU)	40
Florian Graf (CDU)	36	Senator Thomas Heilmann	40
Regierender Bürgermeister Michael Müller	36	Gelände der König-Fahd-Akademie	40
Florian Graf (CDU)	36	Andreas Statzkowski (CDU)	40
		Senator Andreas Geisel	40
		Andreas Statzkowski (CDU)	40
		Senator Andreas Geisel	40

Auftragsvergabe an den SPD-Staatssekretär a. D. Lutz Diwell / McKinsey	41	hierzu:	
Danny Freymark (CDU)	41	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Regierender Bürgermeister		Drucksache 18/0017-1	
Michael Müller	41	Dr. Gottfried Curio (AfD)	49
Danny Freymark (CDU)	41	Ulker Radziwill (SPD)	51
Regierender Bürgermeister		Burkard Dregger (CDU)	52
Michael Müller	41	Sebastian Schlüsselburg (LINKE)	52
Dr. Hans-Joachim Berg (AfD)	41	Canan Bayram (GRÜNE)	54
Regierender Bürgermeister		Paul Fresdorf (FDP)	54
Michael Müller	41	Ergebnis	55
Öffentlichkeitsbeteiligung zum Landschafts- und Naturschutzgebiet Müggelsee	42	3.6 Priorität der Fraktion der FDP	55
Katrin Vogel (CDU)	42	5 Berlin braucht Tegel – Tegel-Offenhaltungs-Gesetz	55
Senator Andreas Geisel	42	Antrag der Fraktion der FDP	
Katrin Vogel (CDU)	42	Drucksache 18/0018	
Senator Andreas Geisel	42	Erste Lesung	
Katrin Vogel (CDU)	42	Sebastian Czaja (FDP)	55
Senator Andreas Geisel	42	Zitieren von Senatsmitgliedern (Regierender Bürgermeister Michael Müller)	56
Karsten Woldeit (AfD)	42	Sebastian Czaja (FDP)	56
Spenden von Bauunternehmer Groth	42	Jörg Stroedter (SPD)	57
Karsten Woldeit (AfD)	42	Sebastian Czaja (FDP)	58
Regierender Bürgermeister		Jörg Stroedter (SPD)	58
Michael Müller	43	Oliver Friederici (CDU)	59
3.2 Priorität der Fraktion der CDU	43	Harald Wolf (LINKE)	60
11 a) Verkehrsfluss des Individualverkehrs verbessern (I) – Verkehrslenkung Berlin (VLB) auflösen	43	Harald Moritz (GRÜNE)	61
Antrag der Fraktion der CDU		Frank-Christian Hansel (AfD)	62
Drucksache 18/0019		Ergebnis	63
b) Verkehrsfluss des Individualverkehrs verbessern (II) – Bauen mit Bonus	43	4 Viertes Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin	63
Antrag der Fraktion der CDU		Vorlage – zur Beschlussfassung –	
Drucksache 18/0020		Drucksache 18/0011	
Oliver Friederici (CDU)	43	Erste Lesung	
Daniel Buchholz (SPD)	44	Ergebnis	63
Harald Wolf (LINKE)	46	5 A Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes	63
Harald Moritz (GRÜNE)	46	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD,	
Harald Laatsch (AfD)	47	der Fraktion der CDU, der Fraktion Die	
Stefan Förster (FDP)	48	Linke, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Ergebnis	49	und der Fraktion der FDP	
3.5 Priorität der AfD-Fraktion	49	Drucksache 18/0026	
10 Verbot der Vollverschleierung	49	Erste Lesung	
Antrag der AfD-Fraktion		Ergebnis	63
Drucksache 18/0017			

6	Zwanzigster Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	63
	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50 Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin	
	Drucksache 18/0015	
	Holger Krestel (FDP)	63
	Frank Zimmermann (SPD)	64
	Christian Goiny (CDU)	65
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	65
	Holger Krestel (FDP)	66
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	66
	Holger Krestel (FDP)	66
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	66
	Holger Krestel (FDP)	66
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	66
	Ronald Gläser (AfD)	67
	Dr. Clara West (SPD)	68
	Ronald Gläser (AfD)	68
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	68
	Ronald Gläser (AfD)	68
	Ergebnis	69
7	Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen	69
	Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin	
	Drucksache 18/0022	
	Ergebnis	69
8	Erstellung einer Dunkelfeldstudie	69
	Antrag der AfD-Fraktion	
	Drucksache 18/0013	
	Marc Vallendar (AfD)	69
	Frank Zimmermann (SPD)	70
	Dr. Robbin Juhnke (CDU)	71
	Niklas Schrader (LINKE)	72
	Benedikt Lux (GRÜNE)	72
	Marcel Luthe (FDP)	73
	Ergebnis	74
9	Verurteilung politisch motivierter Gewalt	74
	Antrag der AfD-Fraktion	
	Drucksache 18/0016	
	<u>hierzu:</u>	
	Änderungsantrag der Fraktion der FDP	
	Drucksache 18/0016-1	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
	Drucksache 18/0016-2	
	Thorsten Weiß (AfD)	74

	Frank Zimmermann (SPD)	75
	Dr. Susanne Kitschun (SPD)	75
	Dr. Robbin Juhnke (CDU)	76
	Hakan Taş (LINKE)	77
	Georg Pazderski (AfD)	79
	Benedikt Lux (GRÜNE)	79
	Thorsten Weiß (AfD)	81
	Benedikt Lux (GRÜNE)	81
	Marc Vallendar (AfD)	81
	Benedikt Lux (GRÜNE)	81
	Holger Krestel (FDP)	82
	Ergebnis	82
12 A	Aktionstag „Berlin sagt Danke“ 2017	83
	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung	
	Drucksache 18/0027	
	Ergebnis	83
	Beschlusstext	85

Anlage 1 Konsensliste

12	Nutzung des ehemaligen Ostberliner Polizeigefängnisses durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	84
	Antrag der Fraktion der CDU	
	Drucksache 18/0021	
	Ergebnis	84
13	Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2014	84
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0023 (Drucksache alt 17/2444)	
	Ergebnis	84
14	Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2015 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und für die Bezirke	84
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0024 (Drucksache alt 17/3132)	
	Ergebnis	84

15	Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für das Haushaltsjahr 2015	84
	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/0025 (Drucksache alt 17/3169)	
	Ergebnis	84

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

12 A	Aktionstag „Berlin sagt Danke“ 2017	85
	Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer Entschließung Drucksache 18/0027	

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Präsident Ralf Wieland:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Medienvertreter sehr herzlich.

Ich darf heute als Besucher einen Ehrengast begrüßen: Es ist Gail Halvorsen, der legendäre amerikanische Luftbrückenpilot, der damals so viele Kinder und Jugendliche glücklich machte. – Seien Sie herzlich willkommen Mr. Halvorsen!

[Anhaltender allgemeiner Beifall im Stehen]

Wir freuen uns sehr, dass Sie uns die Ehre geben, Mr. Halvorsen. Sie sind nicht allein zu uns gekommen. – An seiner Seite sind seine beiden Töchter und Frau Mercedes Wild, die ihn damals als junges Mädchen inspirierte, während der Luftversorgung an die Kinder zu denken. Auch Sie möchte ich ganz herzlich begrüßen.

[Allgemeiner Beifall]

Ich begrüße auch die Vorstandsmitglieder des Vereins Care Deutschland-Luxemburg und Herrn Pieroth vom Luftbrückenverein, die Mr. Halvorsen nach Deutschland eingeladen haben.

Mr. Halvorsen! Während der schwierigen Zeit der Luftbrücke haben Sie vielen kleinen Menschen in Berlin eine große Freude gemacht, indem Sie bei Ihren Landeanflügen auf Tempelhof Süßigkeiten an kleinen Fallschirmen aus der Maschine warfen. Viele andere Piloten folgten Ihrem Beispiel, und schnell hatten die Flugzeuge einen Namen: Rosinenbomber. In der Zeit der größten Not haben Sie so viele Kinderherzen höher schlagen lassen. Dafür möchte ich Ihnen danken. Weil es Menschen wie Sie gab, hatte Menschlichkeit auch in Zeiten des Kalten Krieges ein Gesicht.

Dass wir heute als Berlinerinnen und Berliner wieder in Freiheit und Einheit leben können – Sie und Ihre Kollegen haben dafür Ihr Leben eingesetzt. Das werden wir nie vergessen. Sie sind die echten Freunde Berlins.

Mr. Halvorsen! Ich darf Ihnen noch mal Danke sagen und Ihnen einen angenehmen Aufenthalt hier in unserem Berlin wünschen. Schön, dass Sie da sind.

[Allgemeiner Beifall]

Bevor ich zum weiteren Verfahrensablauf komme, möchte ich Frau Bettina König von der SPD-Fraktion zum heutigen Geburtstag gratulieren. – Frau König! Alles Gute! Herzlichen Glückwunsch!

Dann habe ich Geschäftliches mitzuteilen. Die Fraktionen sind übereingekommen, die Vorlage – zur Kenntnisnah-

me – Drucksache 17/3111 – Stellungnahme des Senats zum Bericht der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für das Jahr 2015 – als Drucksache der 18. Wahlperiode zu übernehmen. – Widerspruch höre ich nicht. Damit ist die Drucksache 17/3111 als neue Drucksache 18/0028 in die 18. Wahlperiode übernommen.

Am Montag sind folgende sechs Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

- Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Welt-offen.“
- Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Rote Laterne für Berlins Bildungspolitik – rot-rot-grüne Bildungsideologie bestraft Lehrer, Eltern und Schüler.“
- Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema: „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Welt-offen.“
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: „Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Welt-offen.“
- Antrag der AfD-Fraktion zum Thema: „Der offene Strafvollzug im Kontext der inneren Sicherheit Berlins“
- Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Bremsen statt gestalten – Rot-Rot-Grün legt die Axt an die Berliner Verkehrsinfrastruktur“

Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat auf die Behandlung des Antrags der AfD-Fraktion – Der offene Strafvollzug im Kontext der inneren Sicherheit Berlins – verständigt, sodass ich dieses Thema gleich für die Aktuelle Stunde unter dem Tagesordnungspunkt 1 aufrufen werde.

Dann möchte ich auf die Ihnen vorliegende Konsensliste sowie auf das Verzeichnis der Dringlichkeiten hinweisen. Ich gehe davon aus, dass allen Vorgängen, die nach Redaktionsschluss eingegangen sind, die dringliche Behandlung zugebilligt wird. – Widerspruch höre ich nicht. Dann ist dies so beschlossen.

Beim Tagesordnungspunkt 5 A handelt es sich um eine dringliche Gesetzesvorlage mehrerer Fraktionen zum Landesabgeordnetengesetz. Nach der neuen Regelung gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist für die dringliche Beratung einer Gesetzesvorlage eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Hauses erforderlich. Es wurde zuvor kein Widerspruch erhoben. Damit stelle ich fest, dass auch dieses Mehrheitserfordernis erfüllt ist.

Entschuldigungen von Senatsmitgliedern für die heutige Sitzung: Der Regierende Bürgermeister ist abwesend ab ca. 18 Uhr. Grund ist das Grußwort anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Schloss.Stadt.Berlin. – Die Residenz rückt in die Mitte“ der Stiftung Stadtmuseum

(Präsident Ralf Wieland)

Berlin. Vielleicht haben wir aber auch bis dahin die Plenarsitzung schon beendet. Herr Senator Henkel ist abwesend von 11 Uhr bis 13 Uhr – Grund ist die Vertretung des Regierenden Bürgermeisters beim Festakt des 25-jährigen Jubiläums von Special Olympics in Deutschland – und noch einmal von 14 Uhr bis 15 Uhr, weil er dann an der Sondersitzung des Ausschusses für Verteidigung im Bundesrat teilnehmen wird.

Ich komme nun zu

1. d. Nr. 1:

Aktuelle Stunde

gemäß § 52 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

**„Der offene Strafvollzug im Kontext der inneren
Sicherheit Berlins“**

(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Für die Besprechung der Aktuellen Stunde steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redebeiträge aufgeteilt werden kann. Es beginnt die AfD-Fraktion. – Herr Dr. Berg, bitte schön! Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach unserer Geschäftsordnung findet eine Aktuelle Stunde statt, wenn es um ein Thema von allgemeinem Interesse geht. Wie wahr! Es ist von höchstem allgemeinem Interesse, dass die sich bildende rot-rot-grüne Koalition dabei ist, den Amteid ihrer zukünftigen Senatoren zu verletzen, bevor er auch nur abgelegt worden ist, denn dem Wohle des Volkes, auf das Sie schwören werden, kann es unmöglich dienen, wenn Sie dabei sind, einen rot-rot-grünen Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher in diese Stadt, in diese Gesellschaft auszurollen.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Anders kann die Absicht aus Ihrem Koalitionsvertrag nicht verstanden werden, auf die Inhaftierung von Verurteilten grundsätzlich zu verzichten. Sie haben ja vereinbart: Der Anspruch bleibt; der offene Vollzug ist der Regelvollzug. – Man fragt sich, ob die Koalitionäre die bisherigen bitteren Erfahrungen mit diesem offenen Vollzug bewusst ihrer linken Resozialisierungsrhetorik geopfert haben.

[Beifall bei der AfD]

Erinnert sich noch jemand in diesem Haus an das Jahr 2007, das sogenannte Jahr der offenen Tür in den Berliner Haftanstalten? Damals flohen in den ersten neun Monaten des Jahres 85 Gefangene aus dem offenen Vollzug, und die verantwortliche Justizsenatorin behauptete, dass nur „ungefährliche Straftäter“ geflohen seien. Aber ist das wirklich so? Fliehen immer nur ungefährliche Straftäter aus dem offenen Vollzug?

Die Realität zeigt ein anderes Bild, das ich hier nur in Teilen wiedergebe. Verurteilte Mörder flohen aus dem offenen Vollzug im Mai 2007 der JVA Brandenburg, im Juli 2011 der JVA Torgau, im August 2012 der JVA Wriezen, im Juni 2016 der JVA Euskirchen. Der offene Vollzug bietet nicht nur bereits verurteilten Mördern die Gelegenheit zur Flucht. Ebenso werden Straftäter im offenen Vollzug selbst erst zu Mördern. Ein Mann, der trotz 27 Vorstrafen im offenen Vollzug der JVA Diez war, rammte auf seiner Flucht den Kleinwagen einer 21-jährigen jungen Frau, die später daraufhin starb. Der Mann wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt.

Ich hoffe, dass die nachfolgenden Redner der Koalition nicht auf irgendwelche Rückfalltäter-, Profil- oder sonstige Statistiken verweisen, um die angebliche Irrelevanz des Themas zu untermauern. Abgesehen davon, dass die Erstellung oder eben gerade die Nichterstellung von Statistiken bereits zum Bestandteil eines gelähmten Rechtsstaates geworden ist, sollte sich auch bei Ihnen eine prozentbasierte Relativierung von menschlichen Einzelschicksalen verbieten. Jedes einzelne Opfer eines im offenen Vollzug befindlichen Straftäters, jedes einzelne Opfer eines aus dem offenen Vollzug fliehenden Straftäters ist nicht nur ein Tatopfer. Es ist auch das Opfer einer bewusst herbeigeführten Politik. Es ist auch Ihr Opfer! Und deshalb sagt die AfD, der Rechtsstaat braucht vor allem Respekt. Und Respekt bedarf des Willens und der Fähigkeit, den Rechtsstaat auch durchzusetzen. Aber mit Ihrer Koalitionsvereinbarung betreiben Sie keine Durchsetzung des Rechtsstaates; Sie betreiben im Ergebnis eine konsequente Zersetzung des Rechtsstaates.

[Beifall bei der AfD]

Ein Rechtsstaat, der sich selbst nicht ernst nimmt, wird von niemandem ernst genommen. Dass Sie Ihre Zersetzung des Strafvollzugs dann auch noch unter der Überschrift „Ein bürgernahes und lebenswertes Berlin“ verpacken, überschreitet die Grenzen zum Zynismus.

[Heiterkeit bei der AfD –

Stefan Franz Kerker (AfD): Ha, ha!]

Wer wie Sie auf die Inhaftierung von Verurteilten grundsätzlich verzichten will, der betreibt eine ideologisch verblendete und längst als weltfremd erwiesene Resozialisierungsrhetorik. Dem scheint die Lebensqualität des kriminellen Milieus in dieser Stadt wichtiger zu sein als das der Opfer dieses Milieus. Der betreibt die größte Demotivationskampagne für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter und Justizvollzugsbeamte.

[Beifall bei der AfD]

Aber vielleicht gibt es doch noch Hoffnung auf einen Rechtsstaat, der sich nicht aufgibt und der sich nicht lächerlich macht. Wir alle wissen, dass Koalitionsvereinbarungen weder eins zu eins umgesetzt noch von A bis Z umgesetzt werden. Deshalb wendet sich die AfD-Fraktion ganz bewusst an Sie, Herr Regierender Bürgermeister.

(Dr. Hans-Joachim Berg)

Verzichten Sie darauf, auch in Ihrer Regierungserklärung diesen rot-rot-grünen Teppich für Berufs- und Gewohnheitsverbrecher auszurollen! – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Kohlmeier das Wort.

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute, wie der Kollege zutreffend gesagt hat, das Thema „Der offene Strafvollzug im Kontext der inneren Sicherheit“, welches hier von der AfD-Fraktion angemeldet wurde. Wie sicher ist Berlin, und droht die Gefahr für Berlinerinnen und Berliner durch den offenen Vollzug?

Wenn ich hier im Raum oder in meiner Stammkneipe in Kaulsdorf nachfragen würde, wer Angst vor Strafgefangenen hat und ob eine Unterbringung von Straftätern im offenen Vollzug die Sicherheit gefährde, würden viele ja sagen. Wenn ich das meine Oma fragen würde, würde auch meine Oma sagen: Ja, klar! Wenn Straftäter statt im Gefängnis im offenen Vollzug sitzen und draußen rumlaufen können, das ist doch gefährlich. Davor hat man doch Angst, da weiß man doch gar nicht, was die als Nächstes anstellen. – Nur, die Welt ist halt komplizierter, und Angst ist immer ein schlechter Ratgeber.

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Ich will den Versuch unternehmen, die komplizierte Welt des offenen Vollzuges zu erklären und Ängste auszuräumen.

[Lachen bei der AfD]

Es ist tatsächlich nicht so einfach, wie es der Kollege hier gerade dargestellt hat. Die Berliner Regelungen über den offenen Vollzug wurden durch den CDU-Justizsenator vorgeschlagen und gelten in Berlin seit dem 1. Oktober 2016. Wenn Sie sich möglicherweise einmal die Gegenüberstellung zwischen der alten Regelung des § 10 Bundesstrafvollzugsgesetz und des § 16 Berliner Strafvollzugsgesetz anschauen, dann werden Sie feststellen, dass zwischen diesen beiden Versionen im Rangverhältnis zwischen geschlossenem und offenem Vollzug kein großer Unterschied zu sehen ist. Die Regelungen in dem alten Bundesstrafvollzugsgesetz und dem neuen Berliner Strafvollzugsgesetz sind nahezu identisch. In beiden Fassungen steht, dass Gefangene im geschlossenen und im offenen Vollzug unterzubringen sind.

Materiell-rechtlich könnte man argumentieren, dass durch das Berliner Strafvollzugsgesetz der offene Vollzug ge-

stärkt wurde. Auf der anderen Seite finden Sie in der Regelung in § 16 Abs. 1, dass der geschlossene Vollzug vor dem offenen Vollzug genannt wird. Hier hilft Juristen immer ein Blick in die Gesetzesbegründung zum Berliner Strafvollzugsgesetz. Und dort steht: „Abs. 1 Satz 1 sieht die Unterbringung der Gefangenen im geschlossenen oder offenen Vollzug als gleichrangige Vollzugsform vor.“ Es ist also heute schon Rechtslage, dass geschlossener oder offener Vollzug gleichrangige Vollzugsformen sind. Das hat übrigens weder den CDU-Innensenator Henkel noch den CDU-Justizsenator Heilmann bisher gestört. Die Regelung haben wir zusammen mit der CDU beschlossen. Ich gehe auch davon aus, dass die CDU diese Regelung weiterhin unterstützen wird.

Und dann gibt es tatsächlich in der Koalitionsvereinbarung einen kleinen und feinen Satz: „Der Anspruch bleibt: Der offene Vollzug ist Regelvollzug.“ Was der Kollege Dr. Berg hier gelesen haben möchte, dass dort steht, dass keine Strafgefangenen mehr untergebracht werden, habe ich in unserer Koalitionsvereinbarung so nicht gesehen, aber da können Sie mir möglicherweise weiterhelfen und mir die entsprechende Passage vorlegen.

In diesen Satz kann man nun viel hineininterpretieren. Ich will es mir nicht gleich mit den Koalitionspartnern verscherzen, aber dieser Satz in der Koalitionsvereinbarung ist möglicherweise auch nur eher ein semantischer Erfolg. Man könnte die Reihenfolge im Gesetz ändern. Straftäter büßen zu Recht für ihre Straftat mit ihrer Freiheit. Und dabei wird es auch bleiben! Es gibt klare Regelungen und Vollzugspläne, wer im geschlossenen und wer im offenen Vollzug untergebracht wird. Im offenen Vollzug werden Gefangene untergebracht, die sich dem Vollzug nicht entziehen und die Möglichkeiten des offenen Vollzugs nicht zur Begehung von Straftaten missbrauchen. Für den offenen Vollzug ungeeignet sind sucht- und fluchtgefährdete Gefangene, Gefangene, die in der Vergangenheit eine Vollzugslockerung missbraucht haben, sowie Gefangene, gegen die ein Ausweisungs-, Auslieferungs-, Ermittlungs- oder Strafverfahren anhängig ist. Praktisch heißt das, die Gefangenen können sich innerhalb des offenen Vollzuges frei bewegen. Wer eine Arbeit nachweisen kann, kann tagsüber auch die Anstalt verlassen, muss sich aber abends, meistens ab 18 Uhr, wieder in der Anstalt einfinden.

In den offenen Vollzug kommen Gefangene, die zum Beispiel eine Geldbuße nicht bezahlt haben, oder Gefangene, die kurz vor ihrer Haftentlassung stehen. Es handelt sich also um Gefangene, die ohnedies bald entlassen werden. Mörder, Vergewaltiger, Kinderschänder wurden bisher nicht und werden auch zukünftig nicht im offenen Vollzug untergebracht. Für anhaltend gefährliche Straftäter haben wir richtigerweise das Instrument der Sicherungsverwahrung.

[Zuruf von der AfD]

(Sven Kohlmeier)

Der Rechtsstaat macht das Mögliche, um seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die Menschen haben aber Angst davor, dass diese Straftäter im offenen Vollzug untergebracht werden, und ich kann das nachvollziehen, denn der Begriff offener Vollzug ist eigentlich falsch. Man kann dort nicht ein- und ausgehen, wie es den Straftätern gerade gefällt. Als die Justizverwaltung vor einigen Jahren in Lichtenberg eine temporäre Einrichtung des offenen Vollzuges eingerichtet hatte, gab es Proteste und Befürchtungen.

Ich habe damals viele Gespräche mit den Bürgerinitiativen, mit Nachbarn, mit den umliegenden Kitas geführt. Dabei habe ich verstanden, warum die Menschen vor Ort Angst hatten. Sie wussten nicht, dass keine Schwerverbrecher im offenen Vollzug untergebracht wurden. Sie wussten nicht, wer im offenen Vollzug einsitzt. Sie wussten nicht, dass die Rückfallquote im offenen Vollzug unter einem Prozent liegt. Sie wussten nicht, dass die Strafgefangenen im offenen Vollzug tagsüber ganz normal ihrer Arbeit nachgehen.

Die Missbrauchsquote im offenen Vollzug, also die Gefahr, dass einer Opfer einer Straftat eines Straftäters im offenen Vollzug wird, liegt nach einer Untersuchung der Senatsverwaltung für Justiz bei 0,06 Prozent. Und ich darf an dieser Stelle den Justizsenator zitieren:

Der offene Strafvollzug ist keine liberale Verirrung, sondern ein hocheffizientes Konzept, wie Strafgefangene besser resozialisiert werden.

[Beifall von Frank Zimmermann (SPD) und
Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Wenn ich meine Oma fragen würde, ob Uli Hoeneß eine Rechtsstrafe im offenen Vollzug absitzen darf und tagsüber für den FC Bayern bei der Jugendabteilung arbeiten darf, würde sie sagen: Ja, klar, der ist doch nicht gefährlich! Karsten Speck? – Schlechter Schauspieler, aber ja klar, der ist doch nicht gefährlich. Jürgen Schneider? – Der hat die Banken betrogen, aber ja, klar, der ist doch nicht so gefährlich. Thomas Middelhoff, Martin Semmelrogge, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von VW, Klaus Volkert, Egon Krenz – bekannte Namen von Strafgefangenen, die im offenen Vollzug gesessen haben.

[Beifall von Melanie Kühnemann (SPD)]

Uli Hoeneß hat der Gesellschaft in erheblichem Maße geschadet. Uli Hoeneß hat keine Gewalt gegen andere Menschen angewandt, seine Taten haben keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dargestellt. Er hat aber durch die Steuerhinterziehung dem Staat die Grundlage genommen, staatliche Mittel für Sicherheit einzusetzen, für Bildung, für Justiz und für die Wirtschaftsförderung.

[Georg Pazderski (AfD): Wir reden über Straftäter!]

Es ist richtig, dass in diesem Land Menschen, die einen Fehler begangen haben, die eine Straftat begangen haben, für diese Tat büßen, für diese Fehler einsitzen müssen

und dann aber auch wieder Mitglied unserer Gesellschaft werden.

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Und was für Uli Hoeneß gilt, gilt auch für jeden Mann und jede Frau, die straffällig geworden sind. Wer seine Haftstrafe verbüßt hat und keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt, kann seine Strafe im offenen Vollzug absitzen. Es gibt Urängste, die jeder Mensch hat und jeder Mensch haben muss. Wenn ein Bär vor Ihnen steht, dann müssen Sie Angst haben, um alle Kräfte zu mobilisieren und wegzurennen. Nur, verehrte Kollegen der AfD, Sie brauchen keine Angst vor dem Berliner Bären zu haben. Politik ist kein Spiel. Man spielt nicht mit den Ängsten von Bürgerinnen und Bürgern, man hilft Menschen, die Angst und Sorgen haben.

[Zuruf von Stefan Franz Kerker (AfD)]

Die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Sorge vor steigenden Mieten, auch die Sorge, Opfer einer Straftat zu sein, das sind die Sorgen, die mir in meiner Bürgergesprächsstunde mitgeteilt werden.

Die rot-rot-grüne Koalition nimmt diese Sorgen ernst. Wir haben einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der die Freiheit dieser wunderbaren Stadt sichert, der Arbeitsplätze, der mehr Wohnraum schafft und 1 000 neue Polizisten einstellt.

[Zuruf von der AfD –
Lachen bei der AfD]

Die Berlinerinnen und Berliner brauchen also keine Angst zu haben, dass im offenen Vollzug Schwerverbrecher sitzen, die bald rumlaufen.

[Heiko Melzer (CDU): Dann sind wir ja beruhigt! –
Zuruf von Georg Pazderski (AfD)]

Frei rumlaufen können die Berlinerinnen und Berlin, Touristen und Gäste dieser Stadt dank der guten Arbeit von Justizbeschäftigten und der Berliner Polizei. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Beifall von Roman Simon (CDU)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Seibeld das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Cornelia Seibeld (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Kohlmeier hat ganz spannende Sachen gesagt. Papier ist geduldig, alles bleibt, wie es ist. Warum man dafür allerdings 270 Seiten braucht, ist mir nicht ganz klar.

(Cornelia Seibeld)

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die zweite Erkenntnis ist: Offener Vollzug ist Promivollzug.

[Heiterkeit von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Lieber Sven Kohlmeier! Ich weiß nicht, ob du dir sicher bist, dass das wirklich die Message des neuen rot-rot-grünen Koalitionsvertrages ist. Ich würde da noch einmal in mich gehen.

[Beifall und Heiterkeit bei der CDU,
der AfD und der FDP]

Nun zur Sache: Das Thema der Aktuellen Stunde ist so weit gefasst gewesen, dass ich mir in der Vorbereitung überlegt habe, was man dazu vernünftigerweise eigentlich sagen kann. Ich habe mich entschieden, mich mit der neuen Koalitionsvereinbarung auseinanderzusetzen, und kann dazu sagen: Große Teile dessen, was zum Vollzug drinsteht – und das ist nicht allzu viel –, lehnt die CDU-Fraktion ab. Sie sind ein Rückschritt im Vergleich zur Politik von Justizsenator Heilmann und der bisherigen großen Koalition in Berlin, denn unsere Bilanz in der Justiz der letzten fünf Jahre lässt sich durchaus sehen.

Wir haben den Personalabbau im Justizvollzug gestoppt. Wir haben die JVA Heidering und die dem Abstandsgebot genügende Unterbringung der Sicherungsverwahrten in Betrieb genommen. Man kann dort jetzt – und die Kollegen aus dem Rechtsausschuss wissen das –, wenn auch mit einigen Schwierigkeiten, sogar Pizza bestellen. Die Vollzugszulage für Beamte im Justizvollzug haben wir erhöht, ein Gesundheitspaket für die Mitarbeiter geschnürt, die Ausbildung von Anwärterinnen und Anwärtern im allgemeinen Vollzugsdienst und deren Übernahme gesichert, die Kooperationsvereinbarung zum Integrationsmanagement für Gefangene und Haftentlassene des Berliner Justizvollzugs zwischen dem Land Berlin und der Bundesagentur geschaffen, den Berliner Maßnahmenatlas für den Justizvollzug realisiert, E-Learning im Strafvollzug ermöglicht, ebenso den gemeinsamen Jugendarrest mit Brandenburg, ein Konzept zum Umgang mit radikalem Islamismus in den Berliner Justizvollzugsanstalten entwickelt, den Aufbau einer Diensthundestaffel ermöglicht, die Erprobung und Einführung des Modells „Day by Day“ zur Abarbeitung von Geldstrafen während der Verbüßung von Ersatzfreiheitsstrafen durchgeführt, den Ausbau der Substitution und die Schaffung von zusätzlichen Plätzen für Substitution von Drogenabhängigen in der JVA Heidering und im offenen Vollzug eingeführt sowie das erste Berliner Strafvollzugsgesetz erlassen. Eine vergleichbare Agenda hat sich Rot-Rot-Grün offenbar gar nicht erst vorgenommen.

Das Berliner Strafvollzugsgesetz ist so neu, dass Rot-Rot-Grün es offenbar auch noch nicht ganz durchgelesen hat, was verwundert, weil es ja gewisse Personalidentitäten mit dem bisherigen Rechtsausschuss gibt. In § 2 Abs. 1

heißt es, der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen,

künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Dazu sieht die jetzige Koalitionsvereinbarung jede Menge Änderungen vor, die jedoch bestenfalls symbolischen Charakter haben, schlimmstenfalls aber die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner gefährden. Und dies betrifft die anderen Aufgaben des Strafvollzugs, die in § 2 Satz 2 festgelegt sind: Der Vollzug hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Dazu steht aber nichts in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Rot-Grün. Im Gegenteil wird die Allgemeinheit bei Verwirklichung der geplanten Maßnahmen eher in Gefahr gebracht.

Dazu im Einzelnen: Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, die Arbeit der Strafgefangenen bei der Rentenversicherung zu berücksichtigen, um Altersarmut zu verhindern. Das ist eine schöne Idee, aber nicht geeignet, um das selbst gesteckte Ziel zu erreichen. Zum einen wären die erworbenen Rentenbeiträge minimal, zum anderen ist die Ursache für Altersarmut bei Strafgefangenen weniger in der Zeit der Inhaftierung zu sehen, sondern insgesamt in der Erwerbsbiografie und der Arbeitslosigkeit vor und nach dem Vollzug.

Die Koalitionsvereinbarung sieht weiter eine Erhöhung der Vergütung von Strafgefangenen vor. Das lehnen wir als CDU-Fraktion ab. Die derzeitige Höhe ist identisch mit den Regelungen im Bundesstrafvollzugsgesetz und in den anderen Bundesländern. Es ist nicht ersichtlich, warum Berliner Strafgefangene als einzige mehr verdienen sollten als die Strafgefangenen im Rest des Bundes.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD]

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass ein Strafgefangener mit seinem Nettoverdienst in der Haft nicht grundlegend schlechter steht als normale Arbeitnehmer unter Abzug von Lohnsteuer, Sozialabgaben, Lebenshaltungskosten, Kosten für Wohnung und den Arbeitsweg.

Die Koalition sieht den Zugang zu modernen digitalen Kommunikationsmitteln vor, ein Thema, das uns in der 17. Legislaturperiode umfassend beschäftigt hat. Die Sicherheitsanforderungen sollen zwar gewahrt bleiben, aber wie, das bleibt ein Geheimnis von Rot-Rot-Grün. Es genügt nicht, Ideen zu haben, wenn man den Risiken nicht entgegenwirken kann. Ein Internetzugang für Gefangene führt aber zu schwerwiegenden Sicherheitsrisiken. Es ist nicht auszuschließen, dass Gefangene den geplanten Internetzugang für kriminelle Handlungen missbrauchen. Für strenge Kontrollen jedes E-Mail-Accounts fehlt es trotz massiven Stellenaufbaus durch Justizsenator Heilmann am Personal. Anstatt neue Sicherheitsrisiken zu schaffen, sollte sich die zukünftige Koalition um weitere Verstärkung des Personals kümmern. Daran hat uns der designierte Justizsenator Dirk

(Cornelia Seibeld)

Behrendt doch zehn Jahre lang gemahnt. Und der demografische Wandel im Bereich der Mitarbeiter des Justizvollzugs hat sich seitdem nicht verändert. Auch die Opferschutzorganisation Weißer Ring lehnt solch einen Vorstoß weitgehend ab, denn es besteht die große Gefahr, dass Opfer erneut zu Opfern werden, weil über das Internet Druck auf sie ausgeübt wird oder sie belästigt werden. Auch Zeugenbeeinflussung ist immer denkbar.

Die Koalition sieht weiterhin vor, dass die Installation der Mobilfunkblocker in der JVA Moabit in dem bisher geplanten Kostenumfang realisiert wird. Dazu stellen sich zwei Fragen: Heißt das, weitere Mobilfunkblocker in anderen Haftanstalten wird es nicht geben? Heißt das weiter, dass die Installation in der JVA Moabit beendet wird, wenn der Kostenrahmen überschritten wird? Wenn eine dieser beiden Fragen mit Ja beantwortet wird, dann wird die ungestörte Kommunikation von Gefangenen in den Berliner Justizvollzugsanstalten die Sicherheit aller Berliner gefährden,

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Holger Krestel (FDP)]

zum einen, weil die Resozialisierung in Gefahr ist, da die Gefangenen so ungestört mit einem kriminellen Milieu in Kontakt bleiben und somit dem schlechten Einfluss weiterhin ausgesetzt sind, zum anderen, weil es den Gefangenen so leichter gemacht wird, weiterhin Straftaten aus dem Gefängnis heraus vorzubereiten und zu organisieren. Ich nenne hier nur das Stichwort der arabischen Familienclans. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Kommunikation der Strafgefangenen unter Kontrolle zu haben.

Schließlich möchte die neue Koalition den offenen Vollzug ausweiten. Er soll zum Regelvollzug werden. Dagegen haben wir heute schon einiges gehört. Dagegen sprechen sowohl die bundesweiten als auch die berlinweiten Zahlen. Dort sind 16 und 19 Prozent der Gefangenen im offenen Vollzug. Die ganz überwiegende Anzahl, etwa 80 Prozent, ist im geschlossenen Vollzug. Die Ausweitung des offenen Vollzugs erscheint nur möglich, wenn die Voraussetzungen für den offenen Vollzug gelockert werden. Offener Vollzug ist nur möglich, wenn insbesondere nicht zu befürchten ist, dass die Gefangenen sich dem Vollzug entziehen oder die Möglichkeit des offenen Vollzugs zur Begehung von Straftaten missbraucht werden. So sind zum Beispiel Drogendealer weitgehend vom offenen Vollzug ausgeschlossen. Es mag aber sein, dass Rot-Rot-Grün auch in diesem Bereich in der Drogenpolitik im Vollzug neue Wege beschreiten möchte, dann: nur zu!

Rot-Rot-Grün steht mit anderen Worten für mehr offenen Vollzug und für weniger Sicherheit der Berliner.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Jedenfalls ist eine Ausweitung nur dann möglich, wenn an sich nicht geeignete Gefangene im offenen Vollzug

berücksichtigt werden. Auch die Lösung einer Verschiebung von Strafgefangenen nach Brandenburg ist nicht durchdacht, zumal das in den letzten zehn Jahren an Brandenburg, nicht an Berlin, gescheitert ist. Zum anderen ist die Resozialisierung erschwert, wenn die Familie eines Strafgefangenen – also ein positiver Stabilitätsfaktor für Gefangene – bei jedem Besuch erst nach Brandenburg anreisen muss. Und rechtssicher ist eine nicht wohnortnahe Inhaftierung durchaus schwierig zu gestalten.

Die Maßnahmen zur Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten sind laut neuer Koalition der Einsatz von Drogen-spürhunden – ich freue mich, dass hiergegen jetzt keine Bedenken mehr bestehen, das klang in den letzten Haushaltsberatungen ganz anders – und mehr Durchsuchungen. Wie das allerdings mit nicht deutlich mehr Personal realisiert werden soll, darauf bin ich gespannt. Aber die CDU-Fraktion wird die neue Koalition und auch den designierten Justizsenator Dirk Behrendt an seinem eigenen Koalitionsvertrag messen, und das regelmäßig.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung. Andere Abgeordnete halten Ihre Abschiedsrede zum Ende einer Legislaturperiode, ich habe heute meine Abschiedsrede – jedenfalls aus dem Justizvollzug,

[Heiterkeit]

aus dem Justizbereich und dem Justizvollzug – zum Anfang einer Legislaturperiode gehalten.

[Carola Bluhm (LINKE): Na, Mensch!]

Ich werde dem Rechtsausschuss in den nächsten Jahren nicht mehr angehören. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Kollegen aller Fraktionen für die gute und sehr kollegiale Zusammenarbeit im Rechtsausschuss bedanken, den ich in den letzten fünf Jahren leiten durfte. Ich habe den Rechtsausschuss immer als einen ganz besonderen Ausschuss empfunden, der mir im Wesentlichen großen Spaß gemacht hat. Ganz besonders möchte ich mich bei dem Kollegen Kohlmeier für die vergangenen fünf Jahre bedanken. Eine sichere Erwartungshaltung des letzten Rechtsausschusses tritt nun nicht ein: Wir waren alle davon ausgegangen, dass der Kollege Dirk Behrendt dem nächsten Rechtsausschuss nicht angehört; er ist jetzt wieder dabei. Dafür wird der Kollege Lederer uns sicherlich abhandkommen. Seien Sie versichert, ich werde das eine oder andere Mal im Rechtsausschuss vertreten und auch wieder die eine oder andere Kleine Anfrage aufgreifen. Ich freue mich schon heute auf die Haushaltsberatungen, in denen Dirk Behrendt normalerweise auch noch um Mitternacht mit dem gleichen Elan wie um 17 Uhr verschiedene Fragen gestellt hat. Das wird zukünftig die CDU übernehmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Frau Kollegin Seibeld! Gestatten Sie mir zu Ihrem Versprecher eine Bemerkung: Die fünf Jahre, die ich unter Ihrer Leitung im Rechtsausschuss sein durfte, habe ich als ausgesprochen offenen Vollzug empfunden.

[Beifall und Heiterkeit]

Herr Kollege Schrader, bitte schön!

Niklas Schrader (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag von SPD, Linken und Grünen steht der hier schon zitierte schöne Satz:

Der Anspruch bleibt: Der offene Vollzug ist Regelvollzug.

Ich würde sagen, dass dieser Satz keine Revolution ist. Das ist seit vielen Jahren geübte Praxis. Auch in Berlin war genau das über 30 Jahre lang die wie im ganzen Bundesgebiet geltende Rechtslage, denn bis zur Föderalismusreform galt auch in Berlin das Strafvollzugsgesetz des Bundes, in dem der offene Vollzug Regelvollzug war. Jetzt sind die beiden Vollzugsarten gleichrangig nebeneinandergestellt, Kollege Kohlmeier hat es beschrieben. Ich finde, das ist ein guter Vorsatz der neuen Koalition, aber kein Umsturz der Verhältnisse.

Dieser Satz ist aber offenbar geeignet, eine aufgeregte Debatte auszulösen, wenn eine große bunte Zeitung darüber berichtet. Da werden Mythen und Schreckensszenarien verbreitet, die dann in der Welt herumgeistern. Damit will ich gleich am Anfang einmal aufräumen. Was ist der offene Vollzug? – Im offenen Vollzug muss man abends in den Bau und darf tagsüber raus – in der Regel, um zu arbeiten. Bevor das passiert, wird geprüft, ob die Person für solche Vollzugslockerungen geeignet ist. Das heißt, es sind eben nicht die üblen Straftäter, von denen eine Gefahr für die Sicherheit ausgeht, und zwar egal, ob es die Regel oder die Ausnahme ist; eine Prüfung findet immer statt.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Fast ein Viertel der Berliner Inhaftierten verbüßt bereits jetzt seine Strafe im offenen Vollzug. Das ist viel im bundesweiten Vergleich. Ich finde das gut. Wenn jetzt einige behaupten, der offene Vollzug an sich sei eine Gefahr für die Sicherheit, dann lege ich nahe, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen. Der noch amtierende Senator für Justiz – Thomas Heilmann, CDU – hat die Praxis im offenen Vollzug evaluieren lassen, und siehe da: Die Missbrauchsquote, also der Anteil derjenigen, die nicht aus dem offenen Vollzug in die Anstalt zurückkommen, liegt bei 0,07 Prozent. Wer da behauptet, das sei eine Gefahr für die innere Sicherheit, macht Politik mit den Ängsten der Bürger, und das ist verantwortungslos.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Beifall von Dr. Hugh Bronson (AfD)]

Ich zitiere noch einmal den Herrn Senator dazu – Herr Kohlmeier hat es schon getan, aber ich finde, den schönen Satz kann man ruhig noch einmal wiederholen –:

Der offene Strafvollzug ist keine liberale Verirrung, sondern ein hocheffektives Konzept, wie Strafgefangene besser resozialisiert werden

können. Das sagt ein CDU-Senator, und ich finde, das ist eine sehr schöne Formulierung. Da darf man sich schon darüber wundern, warum sich jetzt einige über diesen Satz so aufregen.

Ja, wir wollen den offenen Vollzug stärken. Gerade in Berlin kann man sagen, er ist eine Erfolgsgeschichte. Er hat die Aufgabe, dass Inhaftierte das Leben außerhalb der Gefängnismauern erproben und sich auf ein Leben nach der Entlassung vorbereiten können. Wir nennen das Resozialisierung. Das ist das Gleiche wie andere Dinge, die sich SPD, Linke und Grüne im Koalitionsvertrag gemeinsam vorgenommen haben. Kollegin Seibeld hat schon alles aufgezählt; ich habe auch noch ein paar Dinge. Wir haben die Ausweitung der Arbeitsmöglichkeiten im Vollzug, den Zugang zu digitalen Kommunikationsmitteln – denn jemand, der zehn Jahre lang im Bau nicht einen einzigen Computer gesehen hat, wird es schwer haben, sich im Leben danach zurechtzufinden –, die Einbeziehung von Strafgefangenen in die Rentenversicherung und nicht zuletzt die Verbesserung der Personalausstattung im Vollzug, damit die Menschen dort nicht nur verwahrt werden, sondern Betreuung, Therapie und Entlassungsvorbereitung vernünftig stattfinden können. Und jetzt sage ich Ihnen mal was:

[Georg Pazderski (AfD): Au ja! –
Ja! von der CDU]

Resozialisierung ist nicht nur Teil eines menschenwürdigen Strafvollzugs – Sie nennen es Romantik. Jede Maßnahme, die Inhaftierten dabei hilft, nach der Haft wieder ein geregeltes, straffreies Leben zu führen, nützt uns allen, denn Resozialisierung verhindert Straftaten. Deswegen ist Resozialisierung auch die beste Sicherheitspolitik.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Beifall von Marcel Luthe (FDP)]

Ich komme auf die Haftplätze zu sprechen. Es wurde behauptet, Rot-Rot-Grün würde nun die Knäste dichtmachen oder keine neuen bauen, und dann würden die ganzen Straftäter frei herumlaufen. Was für ein absurder Unsinn!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Wir haben im Moment ausreichend Haftplätze, und wir haben eine ähnliche Auslastung wie vor einem Jahr. Da

(Niklas Schrader)

hat sich nicht sehr viel geändert. Wenn wir wirklich mehr brauchen sollten, gibt es die Möglichkeit, mit Brandenburg zusammenzuarbeiten. Eine der großen Berliner Vollzugsanstalten steht in Brandenburg, wer es noch nicht gemerkt hat. Beim Jugendarrest gibt es auch schon eine Kooperation, die gut funktioniert. Das wäre also möglich.

[Zuruf von Cornelia Seibeld (CDU)]

Man muss sich aber doch auch einmal anschauen, wer in den Berliner Gefängnissen alles sitzt, der da eigentlich gar nicht hingehört.

[Lachen bei der AfD –
Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Dann stellt man fest – da sitzen jede Menge Ersatzfreiheitsstrafäter: Menschen, die zu Geldstrafen verurteilt wurden, Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen diese Geldstrafen nicht bezahlen können; sehr viele von ihnen sind Schwarzfahrer. Das sind ganz überwiegend von Armut betroffene Menschen, das sind Menschen, die Probleme in ihrem Leben haben. Ganz überwiegend sind es Menschen, die nicht kriminell oder gefährlich sind.

[Zuruf von der CDU: Ja, ja, ja!]

Und ich sage: Diese Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen, gehören nicht in den Knast, sondern sie brauchen Lebenshilfe und Sozialarbeit.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Deswegen sollte es unsere Aufgabe sein, den Anteil der Ersatzfreiheitsstrafe im Vollzug zu verringern, damit man sich dort um die wirklich Kriminellen kümmern kann. Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, Programme der Haftvermeidung wie „Arbeit statt Strafe“ auszuweiten. Ich finde, das ist der richtige Weg, um den Berliner Vollzug zu entlasten.

Wenn es tatsächlich zu einer rot-rot-grünen Koalition auf Grundlage des ausgehandelten Koalitionsvertrags kommt, könnte man sagen: Diese Strafvollzugspolitik ist beispielhaft für die Grundausrichtung beim Thema öffentliche Sicherheit und Bürgerrechte. Wir wollen Straftaten verhindern und setzen auf gezielte Prävention. Wir wollen die Arbeitsbedingungen und die Besoldung bei Polizei, Feuerwehr und Justiz deutlich verbessern. Wir setzen beim Thema Kriminalität auf eine bessere Personalausstattung bei den Sicherheitsbehörden, auf mehr Präsenz, auf klassische personalintensive Ermittlungsarbeit insbesondere bei der Polizei. Wir setzen eben nicht auf spektakuläre, aber sinnlose Maßnahmen wie Frank Henkels Null-Toleranz-Zonen oder die Belagerung der Rigaer Straße durch die Polizei.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Und wenn sie nicht gestorben sind...]

Wir setzen auch nicht auf wirkungslose Grundrechtseinschränkungen wie die Videoüberwachung.

[Zuruf von der FDP: Schlimm genug!]

Und ja, wo wir der Meinung sind, Befugnisse, Datenbanken oder Überwachungsmaßnahmen sind nicht erforderlich oder verhältnismäßig, sollten wir darauf verzichten oder sie anders regeln, völlig klar.

[Beifall bei der LINKEN]

Deswegen ist für mich auch völlig klar: Sich um die Sicherheit zu kümmern und Grundrechte zu stärken, ist kein Widerspruch. Da werden wir uns nicht von irgendwelchen Populisten beirren lassen, die meinen, der Stammtisch sei der Ort, wo Sicherheitspolitik gemacht wird.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –

Lachen bei der AfD –

Zuruf von Frank Scheermesser (AfD)]

Wir hatten jetzt fünf Jahre lang zwei CDU-Senatoren, denen die Schlagzeile wichtiger war als die Lösung von Problemen. Herr Heilmann hat immer schöne Pressekonferenzen gemacht und stolz irgendwelche Projekte verkündet, die dann meistens im Sande verlaufen sind. Frank Henkel war eigentlich mehr weg als da. – Sein Stuhl ist schon wieder leer. Wir haben uns daran gewöhnt.

[Heiterkeit bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Er wird höchstens als Dienstreisesenator in die Geschichtsbücher eingehen.

[Zuruf von der AfD: Das kann man nicht ertragen!]

Wenn es so sein sollte, wenn es Rot-Rot-Grün gibt, wäre ich froh und erleichtert, dass das endlich ein Ende hat. Ich glaube, die meisten Berlinerinnen und Berliner wären es auch. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die Fraktion der Grünen jetzt Frau Kollegin Bayram.

[Kurt Wansner (CDU): Jetzt kommt die Steigerung!]

Canan Bayram (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wort, das ich mir aus der ersten Rede notiert habe, lautet „Gewohnheitsverbrecher“. Also die Aussage, Rot-Rot Grün – oder im Jargon der AfD „die links-grün Versifften“ –

[Beifall bei der AfD]

wollen jetzt auch die Rechtspolitik dominieren. Allein, wenn Sie diese, Ihre erste Aktuelle Stunde nutzen wollten, um uns wirklich unter Druck zu setzen, dann hätten Sie sich ein Thema wählen sollen, das tatsächlich „grün“ oder „links“ oder besonders neu in den Koalitionsvertrag

(Canan Bayram)

aufgenommen wurde. Alle haben hier versichert: Es bleibt bei der bisher in Berlin geltenden Regelung beim offenen Strafvollzug. Zur Information: Seit 1977 gilt auf gesetzlicher Grundlage, dass der offene Vollzug der Regelvollzug ist. Hier wird also nicht eine neue Praxis von der von Ihnen nicht so geliebten neuen Koalition auf den Weg gebracht, sondern hier wird das gemacht, was sich in vielen Jahren bewährt hat, umgesetzt.

Worum geht es? Was sind „Gewohnheitsverbrecher“? Wer will die denn in den offenen Vollzug stecken? Nennen Sie die Fälle, in denen das passiert ist. Das werden Sie nicht können.

Ich will einige Zahlen nennen, wohl wissend, dass der Kollege bereits zu Beginn gesagt hat, ich solle keine Statistik aufführen, denn wir lebten im postfaktischen Zeitalter. Alles, was die AfD scheut, sind Zahlen und Fakten. Gerade deshalb werde ich die Zahlen nennen. Derzeit – das kann sich jeder im Internet anschauen, die Zahlen sind öffentlich –, Stand 16. November 2016 haben wir 2 732 Männer im geschlossenen Vollzug und 713 im offenen Vollzug, mit Plötzensee kommen wir insgesamt zu der Zahl 865. Das ist die Summe im offenen Männervollzug. Das müssen Sie sich einmal anschauen und ins Verhältnis setzen, bevor Sie hier einen Popanz aufbauen, dass angeblich eine Gefahr für die Menschen in Berlin bestehen würde, weil wir das machen, um genau zu verhindern, dass Menschen zu Gewohnheitsverbrechern werden. Schauen Sie sich doch die Studien an, was Gefängnis mit Menschen machen kann.

[Georg Pazderski (AfD): Schafft man die Gefängnisse ab!]

Warum soll jemand, der nicht gemeinschädlich und gefährlich für die Öffentlichkeit ist, seinem Job nicht weiter nachgehen? Warum soll der seinen Job verlieren, um nach Entlassung aus der Haft einen neuen Job suchen zu müssen? Schauen Sie sich die Praxis an oder lesen Sie sie nach. Der „Tagesspiegel“ hat es vor einigen Jahren sehr schön dargestellt.

Die Leute müssen sich zunächst, wenn sie die Haft antreten, vier Wochen kontrollieren lassen. Da wird gecheckt, ob sie Drogen nehmen, da wird alles Mögliche untersucht, und es wird untersucht, ob die Leute überhaupt geeignet sind für einen offenen Vollzug. Erst dann wird entschieden, ob der offene Vollzug bei diesen Menschen praktiziert wird oder nicht. Schauen Sie sich einmal an, es sind derzeit ca. 79 Prozent im offenen Vollzug in Bezug auf die vorhandenen Gesamtplätze, die dort die Resozialisierung auf diesem Weg erleben können. Die Faktenlage widerspricht dem, was Sie aufgezeigt haben.

Um diese Frage, die Sie vielleicht auch noch haben, zu beantworten: Ja, wir wollen die Situation in den Haftanstalten verbessern und denken, dass wir damit auch die Resozialisierung tatsächlich vorantreiben. Es gibt natürlich das Interesse der Allgemeinheit, der Bevölkerung,

vor Straftätern geschützt zu werden. Deshalb muss man sehr umsichtig damit umgehen. Wir haben aber kein Interesse daran, das Geld in noch mehr Knäste zu stecken, sondern wir möchten, dass die Menschen möglichst in den Stand versetzt werden, ein straffreies Leben zu führen.

[Zuruf von Heiko Melzer (CDU)]

Das geht am besten durch soziale Beziehungen in der Praxis, die der offene Vollzug letztlich übt. Dort sollen die Menschen üben, wieder Teil der Gesellschaft zu werden, nicht wieder straffällig zu werden.

[Heiko Melzer (CDU): Gar nicht erst straffällig zu werden!]

Die ganze Lobhudelei hinsichtlich der Studie von Herrn Heilmann muss ich jetzt nicht noch einmal wiederholen. Dass das funktioniert, das belegen die Zahlen. Darum werden Sie nicht herumkommen. Damit werden wir Sie immer wieder in den jeweiligen Ausschüssen und in den Debatten konfrontieren. Ich freue mich schon auf diese Diskussionen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Luthe das Wort.

Marcel Luthe (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu den Voraussetzungen eines menschenwürdigen Strafvollzugs gehört, dass dem zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten grundsätzlich eine Chance verbleibt, je wieder der Freiheit teilhaftig zu werden. Die Möglichkeit der Begnadigung allein ist nicht ausreichend; vielmehr gebietet das Rechtsstaatsprinzip, die Voraussetzungen, unter denen die Vollstreckung einer lebenslangen Freiheitsstrafe ausgesetzt werden kann, und das dabei anzuwendende Verfahren gesetzlich zu regeln.

So das Bundesverfassungsgericht 1977.

Dieser Gedanke findet sich im 1977 von der sozial-liberalen Koalition unter den Ministern Maihofer und Vogel eingeführten Strafvollzugsgesetz und seinen Nachfolgern seit 2006 in den Bundesländern wieder. Dort geregelt sind die Aufgaben des Vollzugs.

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

– Das ist das Vollzugsziel. –

Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.

(Marcel Luthe)

So weit das theoretische Ziel.

Funktioniert das? – Ich kenne aus meiner Praxis als ehrenamtlicher Strafrichter am Landgericht Berlin verschiedene Fälle. Ich möchte beginnen mit einem verurteiltem Betrüger, zuletzt zu dreieinhalb Jahren Haft, also ein Regelfall für den offenen Vollzug, wie die Kollegin Bayram vorgeschlagen hat. Der Mann hat seit 1980 kontinuierlich Straftaten begangen. Er kam immer wieder in den offenen Vollzug, und immer wieder hat er den offenen Vollzug zu neuen Straftaten genutzt. Auf der anderen Seite haben wir das Beispiel eines verurteilten Mörders, der nach langer Haft über den offenen Vollzug resozialisiert wurde, der seitdem ohne weitere Straftaten als Mitglied der Gesellschaft resozialisiert ist und als solches leben kann. Was bedeutet das? – Es bedeutet doch sicherlich – darüber sollten wir uns im Rechtsstaat einig sein –, dass es keine Pauschallösungen geben kann, keine Quoten für den einen oder anderen Vollzug, sondern es wie immer auf den Einzelfall, auf das Individuum ankommt.

Eine freie Stadt erfordert Sicherheit. Sicherheit bekommen wir nicht durch Videos von Straftaten – wie manche hier glauben. Wir erreichen sie, indem wir diese Taten von vornherein verhindern. Diese Taten verhindern wir einerseits durch eine reaktionsfähige und gut ausgestattete Polizei und andererseits durch einen rehabilitationsfähigen Justizvollzug, durch den Straftäter künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten führen können. Diese Sicherheit muss das Ziel Berliner Innen- und Rechtspolitik sein.

Ein Weg dahin führt über die verantwortungsvolle Ausstattung der JVs, im offenen wie im eigentlichen Regelvollzug. Ich sehe bislang nicht, dass diese Koalition dieses Ziel ernsthaft erreichen will. Wir haben aktuell eine Quote von etwa 1 zu 30 Sozialarbeitern zu Häftlingen. Das Ziel der Resozialisierung wird weder im offenen noch im Regelvollzug tatsächlich ausreichend verfolgt. Nur auf der Grundlage einer vernünftigen Ausstattung der JVs kann dann jeder Strafgefangene oder – nehmen wir die weibliche Form, um zu gendern – jede Strafgefangene in den ihrer Resozialisierung angemessenen Vollzug gelangen. Die Pläne des Senats, am grünen Tisch zu beschließen, wie viele Strafgefangene künftig als geeignet für den offenen Vollzug gelten sollen, ähnelt in fataler Weise den sonstigen Quotenfantastereien sozialistischer Systeme,

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Beifall von Roman Simon (CDU)]

die das Ergebnis einer objektiv-fachlichen Prüfung im Interesse einer vermeintlich stumpfen mathematischen Gerechtigkeit politisch festlegen wollen. Nur wer tatsächlich körperlich und gesundheitlich den Ansprüchen des offenen Vollzugs genügt, Verantwortungsbewusstsein für die Straftat, Reue, Opferempathie empfindet und bei Gewalt- und Sexualstraftätern, Brandstiftern auch die psychologischen Gutachten besteht, nur der kann und

sollte dann auch in den offenen Vollzug gelangen. Auf wen das nicht zutrifft, der darf zu seinem Wohl und dem Wohl aller Berliner schlichtweg noch nicht in den offenen Vollzug gelangen. Alles andere wäre ein Hohn für die rechtstreuen Bürger dieser Stadt.

Ich möchte auf meine Vorrednerin Frau Bayram eingehen, die in einer Zeitung mit den Worten zitiert wurde:

Wir wollen den offenen Vollzug stärken, besonders für kurze Haftstrafen von zwei bis vier Jahren, was daher weniger Haftplätze erforderlich macht.

[Zuruf von der AfD]

Das Zitat legt also zum einen nahe, dass es darum geht, an Haftplätzen zu sparen. Das soll der Grund sein, weshalb Sie den offenen Vollzug für vermeintlich kurze Haftstrafen von zwei bis vier Jahren als wünschenswert erachten. Um allen ein Beispiel dafür zu geben, was eine kurze Haftstrafe von zwei bis vier Jahren ist, möchte ich Ihnen aus einem Artikel vom 20. Oktober 2010 aus dem „Spiegel“ vorlesen:

Haupttäter bei Gruppenvergewaltigung muss vier Jahre in Haft

Im Prozess um die Gruppenvergewaltigung einer 14-jährigen Hamburgerin sind die Urteile gefallen. Fünf Täter wurden verurteilt, vier davon zur Bewährung, einer zu vier Jahren Haft.

Das soll also nach der Vorstellung von Frau Bayram – wenn ich Sie da richtig verstanden habe – ein klassischer Fall für diejenigen sein, die wir in den offenen Vollzug schicken wollen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD –
Zuruf von der AfD: Unverantwortlich!]

Die teilweise aus Redebeiträgen herausklingende Formulierung, man müsse doch die Bürger vor Straftaten schützen und deshalb dürfe es nicht so viel offenen Vollzug geben, halte ich für falsch. Ich halte es insbesondere für falsch zu sagen: Mensch, der ist ja ein Mörder, deswegen muss er da auch sitzen! – Das ist genau der Vergeltungsgedanke, den es auch im Strafrecht gibt, den wir aber lange – jedenfalls in modernen Gesellschaften – abgelegt haben. Diesen Gedanken, dass man Vergeltung statt Resozialisierung fordern sollte, kennt allenfalls noch die Scharia. Hier in Europa, liebe Kollegen von der AfD, kennen wir das nicht.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von der AfD]

Wir haben vorhin noch abschließend gehört, dass die Justizvollzugsanstalten in Berlin ausreichend ausgestattet seien. Tatsächlich ist es doch so, dass wir in der Tat im Moment bei den Männern eine Auslastungsquote von etwa 93 Prozent haben. Im Frauenvollzug hingegen liegt die Quote bei 123 Prozent der Belegung. Von einer

(Marcel Luthe)

ausreichenden Ausstattung kann also nun wirklich keine Rede sein. Wenn ich jetzt von der CDU die Kritik an den Plänen von Rot-Rot-Grün für den offenen Vollzug höre, die wiederum mit zu wenig Plätzen in den JVA's begründet werden, dann – muss ich sagen – kann ich die Kritik der CDU-Fraktion an dieser Stelle nicht nachvollziehen, denn Sie hätten doch genau für diese ausreichenden Plätze fünf Jahre lang sorgen können.

[Beifall bei der FDP]

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für den Senat hat jetzt der Senator Heilmann das Wort.

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt die etwas kuriose Aufgabe,

[Zuruf von links: Tja!]

noch für den offenen Vollzug zuständig zu sein und insofern für den Senat zu reden und gleichzeitig zu einer Koalitionsvereinbarung Stellung zu nehmen, an der ich bekanntermaßen nicht beteiligt war und bin. Deswegen muss ich ein bisschen Text- oder Aussageninterpretation machen, was eigentlich geplant ist, was davon der bisherige Senat unterstützt und wie er die Zukunft des Justizvollzugs und der inneren Sicherheit darauf basierend sieht.

Ich habe das Vorhaben so verstanden: Sie wollen das Prinzip – und so waren auch Ihre Äußerungen, Frau Bayram und Herr Schrader, zu verstehen – des offenen Vollzugs, so wie er in den letzten fünf Jahren in meiner Amtszeit praktiziert wurde, nicht verändern. Logischerweise finde ich das nicht schlecht. Ich würde kurz zusammenfassen, was in den letzten fünf Jahren passiert ist und warum das so gut war.

Einige Vorredner haben erwähnt, dass ich den offenen Vollzug relativ zu Beginn meiner Amtszeit sehr gründlich habe evaluieren lassen. Dabei sind zwei Ergebnisse herausgekommen. Das eine ist der grundsätzlich richtige Ansatz des offenen Vollzugs, es sind aber auch 20 Maßnahmen definiert worden, wie man ihn verbessern kann. Alle 20 Maßnahmen – Herr Schrader, ich komme noch zum Thema Umsetzung – sind umgesetzt worden.

Das führt dazu, dass die jüngste, ganz aktuelle Missbrauchszahl, die ich mir für diese Debatte habe heraussuchen lassen, bei 0,03 Prozent liegt, also noch etwas niedriger als einige Vorredner gesagt haben. Jetzt muss man mal kurz sagen, was überhaupt ein Missbrauch ist. Miss-

brauch bedeutet, dass jemand, der im offenen Vollzug gelockert ist, der nicht nur zur Arbeit, sondern auch zu sonstigen sozialen Maßnahmen, insbesondere zur Ausbildung, Schule, Hochschule oder Therapie gehen kann, nicht oder nicht freiwillig in den offenen Vollzug rechtzeitig zurückgekehrt ist. Das darf nicht sein. Dagegen gehen wir auch vor, wenn das jemand macht, aber bleiben wir bitte bei den Fakten: Das ist natürlich noch keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Einzelner, wenn jemand etwa durch verbotenen Alkoholkonsum während seiner Lockerung nicht zurückkehrt.

Es hat in den fünf Jahren meiner Amtszeit keinen einzigen Fall in Berlin gegeben, bei dem eine wirklich nennenswerte Gewalttat aus dem offenen Vollzug heraus begangen wurde. Vorsichtiger formuliert: Es ist keiner entdeckt worden. Alle der wenigen Beispiele, die eingangs genannt wurden, stammen ja bekanntermaßen aus einem sehr langen Zeitraum und kein einziges davon aus Berlin.

Wir gelten, was den offenen Vollzug betrifft – das war auch letzte Woche Thema in der Justizministerkonferenz –, als ein Land, das ein vorbildliches System eingeführt hat. Dieses vorbildliche System liegt – auch das haben einige Vorredner gesagt – darin, dass wir feststellen, ob jemand geeignet ist. Wir versuchen auch, möglichst viele Geeignete zu finden und zum offenen Vollzug zuzulassen, weil es natürlich so ist, dass jemand, der seine Strafe im offenen Vollzug bekommen hat, eine viel größere Wahrscheinlichkeit hat, dass er hinterher keine Straftat begeht. Und das ist im Interesse unserer Bürger, dass Leute, die aus dem Vollzug herauskommen, hinterher keine Straftat begehen. Natürlich ist jemand, der in die Arbeitswelt integriert ist, der eine Ausbildung macht, viel besser dazu geeignet als jemand, der nach seiner Haftzeit mit einer Tasche vor dem Gefängnistor steht, eigentlich von vorne anfangen muss und häufig nicht dafür geeignet ist. Man kann also bilanzierend sagen: Der offene Vollzug in Berlin funktioniert sehr gut, und ich bin froh, wenn dies in den kommenden fünf Jahren so fortgesetzt wird.

Aber natürlich: Der offene Vollzug ist keineswegs die Lösung aller Probleme im Justizvollzug. Er ist auch in Berlin nur für eine Minderheit der Gefangenen geeignet. Die ganze Debatte ist, Frau Bayram, glaube ich, durch Ihre Medienäußerung entstanden, dass wir weniger Haftplätze brauchen, weil wir ja mehr Menschen in den offenen Vollzug schicken können. Ich bin gar nicht sicher, ob Sie das so gesagt haben. Wie immer bei Medienäußerungen muss man ja vorsichtig sein.

[Zuruf von der AfD: Oh ja!]

Ihre Äußerung, Frau Bayram, ist allerdings mit großer Skepsis zu sehen. Es gibt einen Eignungsfindungsprozess, der gerichtlich überprüfbar ist, der nicht politisch gesteuert wird und aus meiner Sicht auch nicht politisch gesteuert werden darf und kann. Insofern kann man sich

(Senator Thomas Heilmann)

keineswegs darauf verlassen, dass man den offenen Vollzug ausbauen kann.

Keiner hat das hier gesagt, aber die Debatte hat ja einen anderen Hintergrund: Es steht ein Satz in der Koalitionsvereinbarung, man wolle keine zusätzlichen Haftplätze bauen. Der zielt darauf, und so habe ich ihn verstanden, dass man die Teilanstalt I in Tegel nicht neu bauen soll. Das hat die bisherige große Koalition anders entschieden und mit dieser Maßnahme sogar schon begonnen.

Es steht in einer gewissen Tradition, dass die Grünen-Fraktion immer gegen den Neubau der Haftanstalt Heidering, die in den letzten fünf Jahren eröffnet wurde, war. Liebe Kollegen von den Grünen! Wir haben heute 97 Prozent Auslastung im geschlossenen Männervollzug trotz der gut 600 Haftplätze in Heidering. Also den Bedarf hat es ja wohl gegeben. Ich warne davor anzunehmen, dass wir die Teilanstalt I in Tegel nicht brauchen, und zwar aus vier Gründen – erstens: Wenn wir schon bei 97 Prozent Belegung sind, dann ist der geschlossene Männervollzug relativ voll. Zweitens: Wir sind eine wachsende Stadt, und in einer wachsenden Stadt wird die Zahl der Straftäter eher zu- als abnehmen. Jedenfalls besteht kein Anlass anzunehmen, dass die Kriminalität deswegen sinkt.

[Zuruf von der AfD: Ja, genau!]

Drittens: Die Maßnahmen, die die große Koalition in den letzten fünf Jahren ergriffen hat – namentlich der Ausbau der Staatsanwaltschaft, namentlich die zusätzlichen Spezialabteilungen für die organisierte Kriminalität – wirken durchaus. Wir haben heute 150 Untersuchungshäftlinge mehr als im Durchschnitt der fünf Jahre davor, also eine Steigerung um etwa 25 Prozent, und das, obwohl die Rechtsprechung die Anforderung an die Untersuchungshaft verschärft hat – sprich: Man kommt schwerer in Untersuchungshaft als früher. Das liegt ausschließlich daran, dass wir gegen die organisierte Kriminalität in Berlin erhebliche Ermittlungserfolge erreicht haben, und zwar eine ganze Reihe. Da reden wir über ganz schwere Straftaten: Menschenhandel, Drogenhandel, systematische Einbrüche, systematische Gewalttaten, Rockerkriminalität und vieles andere.

Der vierte Grund – wahrscheinlich sogar der allerwichtigste – ist: Wir haben in der großen Koalition ein umfangreiches Modernisierungsprogramm für die zum Teil 100 Jahre alten Haftanstalten gestartet. Das bedeutet immer, dass Sie Haftplätze verlieren. Wir werden allein in der Teilanstalt I in Moabit – das heißt, in einer von elf Anstalten, und davon auch nur in einer Teilanstalt – 50 Haftplätze verlieren, weil wir Gruppenräume einführen. Ich kann mir nicht recht vorstellen, dass die nächste Koalition diese der Resozialisierung dienenden Verbesserungen in den Haftanstalten stoppen will. Wenn Sie diese Maßnahmen von uns aber fortsetzen, dann wird es ganz

sicher so sein, dass Sie Haftplätze verlieren. Und dafür brauchen Sie als Ersatz die Teilanstalt I in Tegel.

Wenn Sie die nicht bauen, dann werden Sie allerdings Häftlinge, die zur Haft verurteilt sind und bei denen die Eignungsprüfung festgestellt hat, dass sie in den geschlossenen Männervollzug müssen, nicht inhaftiert lassen können. Das halte ich allerdings spezial- und generalpräventiv für eine ganz gefährliche Maßnahme. Nun sagen Sie, Sie wollen keine zusätzlichen Haftplätze mehr haben. Wenn Sie das ernst nehmen, dann müssen Sie die Teilanstalt I bauen, denn bis diese fertig ist, sind die anderen Haftplätze verlorengegangen, jedenfalls im Wesentlichen. So scheint mir der Koalitionsvertrag ein Kompromiss zu sein, aber das müssten Sie irgendwann aufklären.

Ich würde gerne zu Ihnen, Herr Schrader, noch zwei Kommentare geben. Erstens haben Sie den gemeinsamen Jugendarrest gelobt. Da, lieber Herr Schrader, kann ich mir nicht verkneifen zu sagen, dass ich das gegen den anfänglichen Widerstand der Linkspartei, insbesondere in Brandenburg, durchgesetzt habe. Aber ich freue mich, dass Sie das heute positiv erwähnt haben. Sie haben auch den offenen Vollzug positiv erwähnt, und dann haben Sie in einem Nebensatz gesagt, ich sei ein Ankündigungssenator gewesen und hätte nichts umgesetzt.

Erstens hat Frau Seibeld ein Dutzend Maßnahmen genannt, die alle umgesetzt wurden. Diese will ich gar nicht wiederholen. Ich würde gerne Ihren eigenen Koalitionsvertrag zitieren. Der hat – immerhin – vier Projekte genannt, die eindeutig von mir angestoßen und umgesetzt worden sind und die Sie offensichtlich so gut finden, dass Sie sie alle fortsetzen wollen und deswegen im Koalitionsvertrag erwähnen. Das ist erstens der Stellenaufbau im Vollzug und die Besserstellung der Mitarbeiter – das können Sie auch als zwei Maßnahmen rechnen – mit der Einstellungskampagne. Gerade heute ist wieder Soldatentag. Ich bin hier und kann deshalb dort nicht hingehen, um ausscheidende Berufssoldaten für den Vollzug zu gewinnen.

Zweitens wollen Sie die Stelle des Opferbeauftragten nicht nur fortsetzen, sondern sogar besser ausstatten. Drittens wollen Sie die Gewaltschutzambulanz ausbauen. Auch das finde ich alles sehr vernünftig. Und viertens erwähnen Sie den Gesundheitspakt im Justizvollzug – nicht im Justizkapitel, sondern einem anderen – und sagen, dass das ein Vorbild sei und dass Sie das auf alle Senatsverwaltungen ausdehnen wollten. Ich freue mich auch über dieses Kompliment bezogen auf die vergangenen fünf Jahre, nur tun Sie mir einen Gefallen: Lassen Sie uns bei den Fakten bleiben! Man muss nicht alles gut finden, was ich gemacht habe, aber es gibt eine ganz lange Liste von Dingen, die nicht angekündigt wurden, sondern umgesetzt werden, und einige erwähnen Sie sogar ausdrücklich positiv in Ihrem Koalitionsvertrag.

(Senator Thomas Heilmann)

Bekanntermaßen ist dies meine letzte Rede vor diesem Abgeordnetenhaus. Ich verabschiede mich von der Landespolitik in dieser Form und bedanke mich für die spannenden, guten, interessanten und über weite Strecken sehr fairen, auch von der Opposition sehr fair geführten Debatten und wünsche dem Land Berlin und dem Senat alles Gute. Es wäre im Interesse des Landes und seiner Bürger, wenn Ihnen Positives gelänge! – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der LINKEN, den
GRÜNEN und der FDP]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Senator! – In der zweiten Rederunde hat jetzt noch einmal für die AfD der Kollege Bachmann das Wort. – Bitte schön!

Hanno Bachmann (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute die Pläne der Koalition für den Strafvollzug als Thema gewählt, weil diese Pläne exemplarisch für eine Politik im Bereich der inneren Sicherheit sind, die sich nicht etwa an den realen Gegebenheiten und Erfordernissen orientiert, sondern vornehmlich ideologisch motiviert ist. Die Vorredner der Koalition haben auch nicht vermocht, die Befürchtungen, die sich mit dieser neuen Praxis im Strafvollzug verknüpfen, zu widerlegen. Alle Vorredner der Koalition haben eine sehr starke täterzentrierte und eine wenig opferzentrierte Sichtweise an den Tag gelegt.

[Beifall bei der AfD]

Was bedeuten Ihre Pläne tatsächlich? – Herr Heilmann hat es schon dargelegt, es wird zwangsläufig auf einen Mangel an Plätzen im geschlossenen Vollzug hinauslaufen, und damit wird zukünftig die Macht des Faktischen entscheiden, ob jemand in den geschlossenen oder offenen Vollzug kommt und nicht mehr, wie es § 16 Abs. 2 Strafvollzugsgesetz Berlin vorsieht, ob jemand die besonderen Anforderungen für den geschlossenen Vollzug erfüllt.

[Canan Bayram (GRÜNE): Totaler Quatsch! –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Den Kopf im Sand
gehabt die letzte halbe Stunde?]

Es ist rechnerisch ganz logisch – und das hat auch Herr Heilmann dargelegt –: Die Stadt wächst, und allein schon deshalb wird auch ein Mehr an Haftplätzen im geschlossenen Vollzug nötig sein. Wenn Sie den Ausbau unterlassen und dann auch noch zusätzlich bestehende Plätze verlorengehen, ist die zwangsläufige Folge, dass der offene Vollzug ausgebaut wird, aber nicht aus sachlich gerechtfertigten Gründen, sondern allein aus dem Mangel an Plätzen. Herr Heilmann hat auf die Belegungsrate von 97 Prozent hingewiesen, aus der sich ersehen lässt, dass

das jetzige System schon an seine Grenzen gekommen ist.

Weiterhin haben Sie sehr stark auf den Gesichtspunkt der Prävention abgehoben. Prävention heißt aber auch, dass schwere Straftaten entsprechend geahndet werden. Wenn also jemand, der zu zwei bis vier Jahren Haft verurteilt wird und damit einiges auf dem Kerbholz haben muss, denn solche Strafen sind schon im mittleren Verbrechensbereich und damit keineswegs mehr im Bagatellbereich, wenn ein zu solcher Strafe verurteilter Verbrecher damit rechnen kann, dass er von vornherein in den offenen Vollzug kommt, ist das natürlich das genaue Gegenteil von Prävention.

[Beifall bei der AfD –
Canan Bayram (GRÜNE): Kann er doch nicht!]
Es ist eher ein Anreiz, Straftaten zu begehen.

[Canan Bayram (GRÜNE): Wie bitte? –
Unruhe bei den GRÜNEN]

Ich beziehe mich hier laut Medien auf die Aussage von Frau Bayram, bei zwei bis vier Jahren Freiheitsstrafe könne man den offenen Vollzug ausweiten. – Herr Luthe von der FDP hat es auch schon dargelegt, welche Straftaten in diesem Bereich abgeurteilt werden.

Bei der SPD sehe ich einen gewissen Widerspruch. Sie hat in der alten Koalition den Ausbau der Haftplätze mitbeschlossen, und jetzt auf einmal soll er nicht mehr nötig sein. Das erschließt sich einem auch nicht.

[Beifall bei der AfD]

Offensichtlich ist dieser Sinneswandel das Ergebnis eines koalitionsären Kuhhandels und nicht besserer Einsicht.

[Beifall bei der AfD]

Ich möchte zum Ende kommen.

[Zuruf von der LINKEN: Besser ist's! –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Eine gute Idee!]

Die Berliner haben von Ihnen mehr Ideologie, aber weniger innere Sicherheit zu erwarten. Das ist aber weder das, was diese Stadt braucht, noch was die Bürger von Ihnen erwarten. Es bleibt aber zu hoffen, dass Sie in der praktischen Politik doch noch zu einer besseren Einsicht gelangen und nicht alles umsetzen, was Sie im Koalitionsvertrag angekündigt haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihre Erledigung gefunden.

Ich rufe auf

(Präsident Ralf Wieland)

lfd. Nr. 2:

Fragestunde

gemäß § 51 der Geschäftsordnung
des Abgeordnetenhauses von Berlin

Nun können mündlichen Anfragen an den Senat gerichtet werden. Die Fragen müssen ohne Begründung, kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen. Sie dürfen nicht in Unterfragen gegliedert sein, sonst müssten wir die Fragen zurückweisen. Zuerst erfolgen die Wortmeldungen in der Runde nach Stärke der Fraktionen mit je einer Fragestellung. Nach der Beantwortung steht dem anfragenden Mitglied mindestens eine Zusatzfrage zu. Eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Hauses gestellt werden. Für die erste Frage rufe ich ein Mitglied der Fraktion der CDU auf – die SPD verzichtet – und bitte Herrn Graf, seine Frage zu stellen. – Bitte schön, Herr Kollege!

Florian Graf (CDU):

Herr Präsident, vielen Dank! – Ich frage den Senat: Beabsichtigt der Senat, die Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters und Kultursenators aufzuheben oder zu überprüfen, Herrn Chris Dercon ab 2017 zum Intendanten der Berliner Volksbühne zu berufen? Und falls ja, welche Möglichkeiten hat der Kultursenator oder sein möglicher Nachfolger eigentlich, ohne dass dem Land eine millioenschwere Zahlung droht?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister, bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Graf! Der Senat beabsichtigt nicht, diesen Vertrag aufzulösen.

[Sven Kohlmeier (SPD): Welcher Senat, ist die Frage!]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Graf! Sie wünschen bestimmt eine Nachfrage zu stellen. Bitte schön, dann haben Sie das Wort!

Florian Graf (CDU):

Wenn nicht die Absicht besteht und auch die rechtliche Möglichkeit gar nicht gegeben ist, teilt der Senat denn dann meine Einschätzung, dass eine solche losgetretene Debatte, weil Verträge eben gelten, kulturpolitisch keinen Mehrwert hat, sondern eher geeignet ist, den Ruf der Berliner Kulturlandschaft und seiner Institutionen zu gefährden als zu befördern? Oder wie beurteilen Sie als Kultursenator das?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Graf! Sie verstehen sicherlich, dass ich die getroffene Entscheidung nach wie vor für richtig halte, und sie auch inhaltlich gut vertreten kann. Ich glaube, dass es mit Chris Dercon eine erfolgreiche Zusammenarbeit werden wird. Es ist allerdings jedem Abgeordneten freigestellt und völlig legitim, sich unterstützend oder auch kritisch zu Entscheidungen des Senats zu äußern. Sie wissen auch, jeder in ein Amt kommende politisch Verantwortliche kann auch getroffene Entscheidungen hinterfragen. In eigener Verantwortung muss das dann vollzogen und geschaut werden, ob man Möglichkeiten sieht, mit getroffenen Entscheidungen anders umzugehen als bisher. Ich als gewählter Kultursenator habe an der getroffenen Entscheidung nichts zu rütteln. Ich stehe dazu und glaube wie gesagt, dass es eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in Berlin und an der Volksbühne sein kann.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Weitere Nachfragen gibt es nicht. Linke und Grüne verzichten ebenfalls.

[Zuruf von der CDU: Wir sind erstaunt!]

Dann kommen wir zur AfD. – Frau Dr. Brinker, bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Ich habe eine Frage an den Senat und speziell an den Regierenden Bürgermeister. Vor zwei Tagen hat das ZDF-Magazin Frontal 21 einen Beitrag gebracht, dass führende SPD-Parteifunktionäre und –Staatssekretäre gegen Zahlung von 3 000 bis 5 000 Euro von Lobbyisten gebucht werden können. Die Frage an den Regierenden Bürgermeister: Haben Berliner SPD-Parteifunktionäre oder –Staatssekretäre an von Unternehmen und Lobbygruppen gebuchten Veranstaltungen teilgenommen? Ist das hier im Haus Praxis?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Frau Abgeordnete! Ich glaube nicht, dass es Gegenstand einer Plenarsitzung und der Fragestunde an den Berliner Senat sein kann, die Wahlkampfauftritte von Senatoren, Staatssekretären zu hinterfragen, egal, welcher Partei auch immer.

(Regierender Bürgermeister Michael Müller)

[Georg Pazderski (AfD): Sie brauchen nur ja oder nein zu sagen!]

Ich glaube, dass das nichts ist, was im Rahmen einer Beantwortung durch den Senat wirklich zu klären und zu beantworten ist. Aber, wie gesagt, es gibt dazu ja offensichtlich Recherchen und Berichterstattung von diesem Magazin. Ich kann auch nicht beurteilen, wer wann an welchen Veranstaltungen teilgenommen hat. Das müsste auf einer anderen Ebene geklärt werden.

Präsident Ralf Wieland:

Für eine Nachfrage haben Sie das Wort, bitte schön!

Dr. Kristin Brinker (AfD):

Es ging dabei nicht um Wahlkampfveranstaltungen, sondern es geht um gebuchte Veranstaltungen, wo im Prinzip Unternehmer und Lobbygruppen Einfluss nehmen wollen auf politische Entscheidungen und Gesetzgebungen. Hat das tatsächlich stattgefunden hier im Land Berlin mit SPD-Abgeordneten, mit Senatsmitgliedern oder Staatssekretären?

Präsident Ralf Wieland:

Das mit den Abgeordneten dürfen Sie nicht beantworten, das fällt wirklich nicht in Ihre Zuständigkeit, der Rest schon. Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Das mit den Abgeordneten darf ich nicht beantworten, und das mit den Senatsmitgliedern kann ich nicht für jeden Einzelnen beantworten. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Senatsmitglieder und wer vom Senat an entsprechenden Essen teilgenommen hat und vor allen Dingen, ob es die von Ihnen unterstellte Einflussnahme gegeben hat. Es ist ganz offensichtlich, das ist jetzt auch in der Berichterstattung deutlich geworden, dass es unterschiedliche Qualitäten von Veranstaltungen gegeben hat, dass wohl einige von Sponsoren unterstützt wurden, andere wurden nicht unterstützt. Dass es Gespräche mit Politikern, mit Staatssekretären, mit Abgeordneten, mit Senatoren gibt, dass dazu eingeladen wird und dass auch Multiplikatoren an solchen Gesprächen teilnehmen, ist normal, findet auch immer wieder statt. Aber die von Ihnen eben noch mal formulierte Unterstellung, dass es eine bewusste Einflussnahme gegeben hat und diese Einflussnahme dann auch von Senatsmitgliedern oder Staatssekretären angenommen wurde, kann ich nicht bestätigen und auch nicht für jeden Einzelnen beurteilen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für eine zweite Nachfrage hat Dr. Berg das Wort. – Bitte schön!

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD):

Ich habe großes Verständnis für den Kollegen, weil ich auch gleich da sitzen werde, und nicht weiß, auf welchen Knopf ich drücken muss, wenn jemand reden soll. – Herr Regierender Bürgermeister! Wir können die Frage ja viel einfacher stellen. Können Sie es ausschließen, dass Mitglieder des Senats oder Sie selbst unter diesen Bedingungen gegen Geld mit Lobbyisten gesprochen haben?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Es wird nicht besser.

[Zuruf von den GRÜNEN: Die lernen das noch!]

Na ja, ich verstehe diese Rumeierei nicht.

[Beifall bei der AfD]

Wollen Sie wissen, ob ich an einem Essen teilgenommen habe, dann kann ich Ihnen das beantworten. Ich kann es Ihnen für die anderen Senatsmitglieder oder Staatssekretäre nicht beantworten. Ich kenne nicht die Kalender, ich kenne nicht die Terminplanung. Ich kann für mich sagen, um das dann auch ganz offen zu sagen: Ich habe an einem Gespräch auf Einladung des „Vorwärts“ teilgenommen. Es ist an mich sowieso nicht irgendein Geld geflossen. Ich wusste nicht und ich glaube, es hat auch nicht stattgefunden, dass es ein gesponsertes Essen war. Es sind Gespräche gewesen, die immer mal wieder stattfinden über den „Vorwärts“ oder Vorwärts-Verlag. Ich glaube, es ist eine Verlagsgruppe, die da im Auftrag einlädt. Das hat einmal mit mir stattgefunden, aber nicht in dem Rahmen, wie es dazu eine Berichterstattung gegeben hat. Für die anderen Senatsmitglieder weiß ich es nicht. Ich kann es nicht beurteilen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir zur FDP. Herr Kollege Swyter hat das Wort. – Bitte schön!

Florian Swyter (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie will der Senat sicherstellen, dass Berlin die rote Laterne in Vergleichsarbeiten wie VERA und IQB im Bildungsbereich abgibt und eine zukunfts- und leistungsorientierte Bildungspolitik in Berlin umgesetzt wird, wenn die gleichen Protagonisten dieses Thema auch in der nächsten Koalition betreiben werden?

Präsident Ralf Wieland:

Frau Senatorin Scheeres, bitte schön!

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Ergebnisse der Ländervergleichsarbeiten, die vor Kurzem präsentiert wurden, uns nicht zufrieden stimmen können. Im Ergebnis ist festzustellen, dass wir uns im Bereich Englisch verbessert haben, in Französisch stehen wir gut da, aber im Bereich des Deutschen haben wir extremen Weiterentwicklungsbedarf. Hier ist der Bildungsabstand im Vergleich zu den anderen Bundesländern zu groß. Der Senat hat in den letzten Jahren aus diesen Gründen, denn es gab ja auch in den Jahren davor Vergleichsarbeiten und bestimmte Dinge waren abzusehen, Maßnahmen eingeleitet. Wir sind zum Beispiel hier im Land Berlin den Weg gegangen, ein Sprachförderzentrum einzurichten. Ein großes Thema in der Legislaturperiode war es, die Ausbildungszeiten im Bereich des Studiums anzugleichen – Grundschule, weiterführende Schule – und dass im Grundschulbereich eine Grundausbildung Deutsch, Mathematik stattfinden muss. Das ist eine Maßnahme, um die Qualität im Unterricht zu verbessern. Die Überarbeitung des Rahmenlehrplans war ein weiterer Punkt, dass jede Schule ein Sprachförderkonzept entwickeln muss. Ich könnte noch viele Dinge ansprechen, die wir entwickelt und umgesetzt haben, um die Qualität im Unterricht zu verbessern.

Eins ist klar – das macht auch der Koalitionsvertrag deutlich –: Wir müssen im Einzelnen noch stärker auf die Unterrichtsqualität schauen. Wir planen auch, die Schulaufsichten anders aufzustellen. Wir haben zum Beispiel in den letzten Monaten Klausurtagungen mit den Schulaufsichten durchgeführt. Dabei haben wir uns explizit das Thema Qualität vorgenommen. Es wird auch ein Indikatorenmodell geplant und entwickelt, damit wir frühzeitig sehen können, wann – an welchen Stufen – wir die Schulen unterstützen müssen. Viele Maßnahmen sind eingeleitet worden.

Ich möchte aber auch noch einmal deutlich machen, dass man die Ländervergleichsarbeiten, die in der KMK präsentiert worden sind, nicht mit den VERA-Ergebnissen vergleichen kann. Die VERA-Ergebnisse sind explizit dazu da festzustellen, wie der Leistungsstand des einzelnen Kindes ist. Beispielsweise prüft VERA 3, ob der Leistungsstand des einzelnen Kindes dem entspricht, was die Schülerinnen und Schüler eigentlich erst zum Ende der 4. Klasse haben müssen. Es geht darum zu schauen: Muss die Lehrkraft etwas an dem Unterricht verändern, bzw. wie kann das einzelne Kind unterstützt werden? Hier geht die Lehrkraft dann mit den Eltern bzw. den Schülern ins Gespräch, um Entwicklungsmöglichkeiten zu erarbeiten und die einzelnen Kinder zu unterstützen. Die VERA-Vergleichsarbeiten sind nicht dazu da, Rankings herzustellen, sondern es geht um die Verbesserung

der Unterrichtsqualität. Das sind für uns wichtige Ansatzpunkte.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Swyter, wünschen Sie, eine Nachfrage zu stellen? – Bitte schön!

Florian Swyter (FDP):

Halten Sie es für den richtigen Weg, Ihre Verantwortung für das nun auch eingestandene schlechte Abschneiden der Berliner Schülerinnen und Schüler bei VERA 8 und IQB auf die Lehrer abzuwälzen?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Frau Senatorin!

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gerade ziemlich deutlich gemacht, dass der Senat viele Maßnahmen auf den Weg gebracht hat. Es geht darum, die Schulen auf diesem Weg zu unterstützen.

[Sebastian Czaja (FDP): Aber es ist ja nicht besser geworden!]

Wir haben den Rahmenlehrplan verändert. Wir haben uns klar für eine Veränderung der Lehrerbildung ausgesprochen – gerade im Grundschulbereich, was Deutsch und Mathematik angeht.

[Sebastian Czaja (FDP): Es hilft aber nichts!]

Hier muss eine Grundausbildung da sein, damit Lehrkräfte spezialisierter und besser unterrichten können. Wir haben im Grundschulbereich keinen Fachlehrerunterricht wie an den weiterführenden Schulen, sondern das Prinzip der Klassenlehrer. Es ist wichtig, dass alle Lehrkräfte in der Lage sind, Deutsch und Mathematik zu unterrichten. Das ist ein existenziell wichtiger Punkt in der Qualitätsentwicklung. Ich könnte in diesem Zusammenhang auch viele andere Punkte ansprechen.

Es geht überhaupt nicht darum, Dinge auf Lehrkräfte abzuwälzen, aber wir müssen natürlich hinschauen, wie unsere Maßnahmen wirken, wie sie im Detail umgesetzt werden und was wir an der Unterrichtsqualität verändern oder verbessern können. Es ist logisch: Lehrkräfte unterrichten. Die Dinge kommen bei den Kindern an oder nicht. Der Unterricht hat Einfluss auf die Entwicklung der Kinder. Natürlich ist das ein Zusammenspiel von Maßnahmen, die der Senat auf den Weg bringt, und der Evaluation und Weiterentwicklung des Unterrichts der einzelnen Lehrkräfte.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Bentele! Sie erhalten jetzt das Wort für eine Nachfrage. – Bitte schön!

Hildegard Bentele (CDU):

Die VERA-3-Vergleichsstudien basieren auf einer KMK-Vereinbarung. Wie stellen Sie sich das Ausklinken aus dieser KMK-Vereinbarung, den neuen Berliner Sonderweg vor?

Senatorin Sandra Scheeres (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bentele! Wir wollen uns nicht ausklinken. In Berlin haben wir die sechsjährige Grundschule, und wie Sie wissen, gibt es in den anderen Bundesländern die vierjährige Grundschule, und danach folgt der Übergang an die weiterführende Schule. Es geht gerade im Bereich von VERA 3 darum, den Leistungsstand abzuprüfen und zu sehen, wie die einzelnen Kinder in Bezug auf den Unterrichtsstoff zum Ende der 4. Klasse dastehen. Das ist ein Frühwarnsystem, um die Kinder zu unterstützen, damit sie am Ende der 4. Klasse wirklich die Bildungsleistung erbringen können. In Berlin haben wir die sechsjährige Grundschule. Deswegen kann man das nicht vergleichen.

Was wir tun werden – das haben wir im Koalitionsvertrag formuliert –: Wir werden mit der KMK ins Gespräch kommen, ob wir nicht eine Angleichung vornehmen und die Vergleichsarbeiten ein Jahr später durchführen können. Hierzu werden wir Kontakt zur Kultusministerkonferenz aufnehmen. Wir werden sehen, mit welchem Ergebnis wir dort herauskommen. Es geht nicht darum, sich auszuklinken, sondern darum, die Vergleichsarbeiten an das Berliner Schulsystem anzupassen.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Die Runde nach der Stärke der Fraktionen ist damit beendet.

Wir können nun weitere Meldungen im freien Zugriff berücksichtigen. Ich werde diese Runde mit einem Gongzeichen eröffnen. Schon mit dem Ertönen des Gongs haben Sie die Möglichkeit, sich durch ihre Ruftaste anzumelden. Alle vorher eingegangenen Meldungen werden nicht erfasst und bleiben unberücksichtigt.

[Gongzeichen]

Ich gehe davon aus, dass alle Fragestellerinnen und Fragesteller die Möglichkeit zur Anmeldung hatten. Dann stoppe ich jetzt die Anmeldung.

[Gongzeichen]

In der Reihenfolge sind das Herr Friederici, Herr Statzkowski, Herr Rissmann, Frau Vogel und Herr Woldeit. Wir werden nun die Liste abarbeiten. Die Liste bleibt

erhalten, auch wenn Ihre Mikrofone diese Anmeldung nicht mehr darstellen. Namentliche Meldungen stehen zur Verfügung, wenn sich aus der Beantwortung des Senats Nachfragen ergeben. – Bitte schön, Herr Kollege Friederici!

Oliver Friederici (CDU):

Herr Präsident! Ich frage den Senat: Was unternimmt der Senat, um Verbraucher vor Hasskommentaren in sozialen Netzwerken besser zu schützen?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Heilmann, bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Friederici! Meine Damen und Herren! Der Senat beschäftigt sich seit vielen Monaten sehr intensiv mit den Hasskommentaren im Internet. Die erste Maßnahme war, dass wir die Justizministerkonferenz – und damit alle Länder und Parteifarben – davon überzeugen konnten, dass es einen Auskunftsanspruch der Staatsanwaltschaft gegenüber sozialen Netzwerken geben soll, damit sie der Staatsanwaltschaft unmittelbar auf Anfrage die persönlichen Daten übergeben, die hinter einem Hasskommentar stehen. Es gibt eine vergleichbare Regelung für Banken. Banken müssen der Staatsanwaltschaft auf die erste Anfrage mitteilen, wer Inhaber eines Bankkontos ist. Ich hoffe, dass der Deutsche Bundestag diese Regelung noch in der laufenden Wahlperiode umsetzt.

Ich habe dem Senat am letzten Dienstag – also vorgestern – vorgetragen, dass wir auf der Basis der Justizministerkonferenz – Donnerstag letzte Woche – einen Vorschlag an den Deutschen Bundestag richten, vier Ansprüche in das Telemediengesetz hineinzuschreiben. Der erste ist der Anspruch auf Löschung von Hasskommentaren innerhalb einer angemessenen Frist, voraussichtlich 24 Stunden, durch die sozialen Netzwerke. Es ist rechtlich wohl so, dass man diesen Anspruch auf der Grundlage von § 1004 BGB schon heute begründen kann, aber das ist sehr kompliziert. Ich denke, bei der Menge der Fälle – Facebook sagt, allein im September seien dort 100 000 Kommentare gelöscht worden, aber es habe 200 000 Anträge gegeben. – Das Erste ist also ein Löschungsanspruch.

Der zweite Anspruch ist, dass es einen Bevollmächtigten gibt, der in Deutschland sitzen muss, damit ich über ein Gericht in Deutschland zustellen und somit den Anspruch schneller und bequemer durchsetzen kann. Dann muss ich nicht über internationales Privatrecht gehen.

Drittens: Die sozialen Netzwerke sollen auf Anträge hin Vorkehrungen bei Wiederholungsgefahr einrichten. Dazu gibt es eine Rechtsprechung des BGH zum Urheberrecht,

(Senator Thomas Heilmann)

die wir gerne ins Gesetz auf diese Fälle übertragen würden. Dann müsste man mit technischen Mitteln, notfalls mit Sperrung des Accounts, der Wiederholungsgefahr begegnen.

Viertens: Wir wollen, dass die Auskunftsansprüche auch in der Strafprozessordnung festgelegt werden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Friederici, haben Sie eine Nachfrage? – Sie bekommen das Wort.

Oliver Friederici (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich habe noch eine Nachfrage an Sie, Herr Senator Heilmann. Wie wird denn der Senat nun künftig auf Bundesebene konkret Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator – bitte schön!

Senator Thomas Heilmann (Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Friederici! Ich kann bekanntermaßen nicht für die Handlungen des zukünftigen Senats sprechen, wir sind aber übereingekommen, dass wir auf eine Bundesratsinitiative verzichten, weil sie zu lange dauern würde, als dass wir das gesetzlich noch vor Ende der Wahlperiode im Bundestag durchbekommen. Deswegen habe ich mich mit Schreiben von gestern an die Vorsitzende des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Frau Künast, gewandt mit der Bitte, die dort schon vorliegende Bundesratsdrucksache nun aufzurufen und die notwendigen Weiterungen im Gesetz dort einzubringen. Es gibt begründete Hoffnung, dass sich das politisch durchsetzen lässt, aber sicher ist es nicht. Ich gehe davon aus – so einmütig, wie das am Dienstag im Senat besprochen wurde –, dass sich auch der künftige Senat für diese Regelung einsetzen wird.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Die zweite Nachfrage geht dann an Herrn Kollegen Freymark. – Bitte schön! – Nicht! Dann hat sich das erledigt.

Dann kommen wir wieder zur anderen Liste, und die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Statzkowski. – Bitte schön!

Andreas Statzkowski (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage den Berliner Senat: Wie ist der Stand des Verfahrens zum Gelände der ursprünglich geplanten König-

Fahd-Akademie in der Glockenturmstraße, und welche Nachnutzungsabsichten gibt es hierzu insbesondere auch für die Nutzung für öffentliche Einrichtungen des Landes Berlin?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Geisel – bitte schön!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Statzkowski! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ursprünglich hatte nach meiner Kenntnis Saudi-Arabien die Absicht, an diesem Standort eine Schule zu errichten. Dieser Absicht ist aufgegeben worden. Neue Erkenntnisse liegen uns gegenwärtig nicht vor. Wir gehen nicht davon aus, dass die ursprüngliche Bauabsicht umgesetzt wird. Alle anderen Informationen liegen im zuständigen Bezirksamt vor, wenn es denn schon von Saudi-Arabien eingereicht wurde. Die Zuständigkeit dafür liegt jedenfalls nicht mehr bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Statzkowski! Wünschen Sie eine Nachfrage zu stellen? – Ja, dann haben Sie das Wort. – Bitte schön!

Andreas Statzkowski (CDU):

Ich frage den Berliner Senat, ob bekannt ist, inwieweit das Königreich Saudi-Arabien bereits Interesse für eine Rückabwicklung des Kaufvertrags angemeldet hat.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator!

[Senator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen: Ja!]

Oder soll jetzt der Finanzsenator antworten?

[Zurufe]

– Dann doch Herr Geisel. – Bitte schön!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Statzkowski! Mir ist das nicht bekannt. Ich bekomme aber gerade ein Signal vom Finanzsenator, dass offenbar ein solches Interesse durch Saudi-Arabien angemeldet wurde.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Dann zur zweiten Nachfrage! – Keine.

Dann geht es weiter in der Liste, und Herr Freymark ist jetzt wirklich an der Reihe. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

(Danny Freymark)

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Danny Freymark (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat: Trifft die Berichterstattung des „Tagesspiegel“ vom 18. November 2016 zu, wonach geprüft wird, ob gegen den SPD-Staatssekretär Björn Böhning ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an den SPD-Staatssekretär a. D. Lutz Diwell / McKinsey eingeleitet werden soll?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister – Sie selbst! – Bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Freymark! Ich kenne nur diese Berichterstattung zu dem Thema, das Sie angesprochen haben.

[Oliver Friederici (CDU): Ist Herr Böhning bekannt? –
Wer ist Herr Böhning? –
Heiterkeit bei der CDU und der AfD]

Wie der Verfahrensstand bei der Staatsanwaltschaft ist, kann ich nicht beurteilen.

Präsident Ralf Wieland:

Wünschen Sie eine Nachfrage zu stellen, Herr Freymark? – Bitte schön!

Danny Freymark (CDU):

Ich mache es ganz kurz: Wie bewerten Sie den daraus resultierenden Imageschaden für das Land Berlin?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Sie haben gerade nach einem Verfahrensstand bei der Staatsanwaltschaft gefragt. Diesen Verfahrensstand kenne ich nicht. Insofern ist auch noch gar nicht klar, ob und wie ermittelt wird und in welche Richtung Vorwürfe formuliert werden. Sie fragen schon, ohne das zu wissen – weder Sie noch ich wissen es –, nach dem Imageschaden. Ich glaube, das beantwortet sich insofern von selbst.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Daniel Wesener (GRÜNE)]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Herr Dr. Berg bekommt das Wort für die zweite Nachfrage. – Bitte schön!

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD):

Nein, nein! – Der Kollege muss auf den richtigen Knopf drücken. Wir haben eine tolle Einweisung gehabt.

Präsident Ralf Wieland:

Haben wir gemacht, Herr Berg.

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD):

Ja! – Weil mir gerade gesagt wurde, ich müsse ins Mikrofon beißen. Das tue ich lieber nicht, sondern ich stelle eine ganz direkte Frage: Herr Regierender Bürgermeister! Auch die Frage nach dem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren lässt sich doch relativ eindeutig beantworten. Hat Herr Böhning als Ihr Staatssekretär und Ihr Mitarbeiter Ihnen eine Meldung über ein anhängendes staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren gemacht? Das hätte er als Beamter nämlich tun müssen, wenn dem so wäre, und diese Frage lässt sich doch relativ eindeutig beantworten.

[Zuruf von der SPD:
Es geht um Vorermittlungen!]

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Noch mal: Es wird meines Wissens gerade in der Staatsanwaltschaft geprüft, ob dieses Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Es geht, glaube ich, um Vorermittlungen. Also auch an dieser Stelle wird schon wieder mit irgendeiner Unterstellung gearbeitet, ohne dass Sie wirklich den Verfahrensstand oder den Hintergrund kennen. Insofern: Ich kann es Ihnen nicht beantworten.

Ich finde es im Übrigen – um das mal in dem Zusammenhang zu sagen – erstaunlich, dass offensichtlich schon über die Presse aus der Staatsanwaltschaft heraus oder von wem auch immer kommuniziert wird, ohne dass die eigentlich Betroffenen darüber direkt informiert werden. Aber insofern entzieht es sich meinem Kenntnisstand, wie der Stand der Verfahren oder möglicher Ermittlungen ist.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur Kollegin Frau Vogel. – Bitte schön!

Katrin Vogel (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: Warum wurde die für den 9. November geplante Abschlussveranstaltung zur Öffentlichkeitsbeteiligung zum Landschafts- und Naturschutzgebiet Müggelsee kurzfristig am Veranstaltungstag abgesagt, und wann wird die entsprechende Veranstaltung nun stattfinden? – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator Geisel, bitte schön, Sie haben das Wort.

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete Frau Vogel! Mein sehr geehrten Damen und Herren! Diese Veranstaltung oder diese Befragung der Sportvereine, die am Müggelsee beheimatet sind, ist aufgrund einer Intervention des Bezirksamtes Treptow-Köpenick abgesagt worden. Der Bezirksbürgermeister Igel hatte mich angeschrieben und hatte Befürchtungen geäußert, dass bei der geplanten, seit zwei Jahren diskutierten Unterschutzstellung von Teilen des Müggelsees Interessen der Sportvereine nicht richtig wahrgenommen worden sind. Ich wollte mir selbst ein Bild davon verschaffen und habe deshalb diese Veranstaltung abgesagt. Ich habe mir ein Bild darüber verschafft, und ich gehe davon aus, dass die Interessen der Sportvereine in dem entsprechenden Maße berücksichtigt sind. Deswegen findet die Veranstaltung, also die Anhörung der Sportvereine, am Montag nächster Woche statt.

Präsident Ralf Wieland:

Frau Vogel, wünschen Sie eine Nachfrage zu stellen? – Bitte schön!

Katrin Vogel (CDU):

Ja, ich habe eine Nachfrage: Wird diese Veranstaltung eine öffentliche Veranstaltung sein?

Präsident Ralf Wieland:

Bitte schön, Herr Senator!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vogel! Nein, es ist keine öffentliche Veranstaltung. Es ist eine Anhörung der betroffenen Vereine.

Präsident Ralf Wieland:

Wünschen Sie noch eine zweite Nachfrage zu stellen? – Sie könne eine zweite Nachfrage stellen, wenn niemand sonst eine Nachfrage hat. – Bitte schön!

Katrin Vogel (CDU):

Dann ist meine Frage: Werden dort nur Sportvereine angehört oder jeder, der sich an dem Öffentlichkeitsverfahren beteiligt hat?

Präsident Ralf Wieland:

Herr Senator!

Senator Andreas Geisel (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt):

Es handelt sich um eine Verbände- und Vereinsnäherung, und die Betroffenen sind persönlich eingeladen worden.

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank!

Dann kommen wir jetzt zur letzten Frage in dieser Runde. – Herr Woldeit, bitte schön, Sie haben das Wort.

Karsten Woldeit (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Ich kann verstehen, dass dieses Thema für Sie und die SPD gerade sehr unerfreulich ist. Unabhängig davon möchte ich noch einmal bei dem Thema nachhaken, das Frau Dr. Brinker gerade angesprochen hat. Es war Ihnen nicht konkret genug. Deswegen möchte ich einmal einen konkreten Fall herausgreifen.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Sie müssen schon eine Frage stellen, bitte.

Karsten Woldeit (AfD):

Es gab offensichtlich mehrere gemeinsame Essen mit Herrn Groth, einem Bauunternehmer, welche durchgeführt wurden. Im Zuge dessen gab es mehrere Spenden. Man spricht von knapp unter 10 000 Euro, unter anderem auch an die SPD. Deswegen habe ich die direkte Frage an den Senator Geisel: Wie bewerten Sie dieses Vorhaben gerade auch in Bezug auf das Planungsverfahren im Mauerpark? – Danke!

Präsident Ralf Wieland:

Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Senat immer nur allgemein angesprochen werden kann. Der Senat

(Präsident Ralf Wieland)

entscheidet für sich, wer antwortet. Wie ich sehe, antwortet der Regierende Bürgermeister. – Bitte schön!

Regierender Bürgermeister Michael Müller:

Das wollte ich auch gerade sagen. Es werden Fragen an den Senat gerichtet.

[Karsten Woldeit (AfD): Das haben wir doch schon gewusst!]

Er entscheidet in eigener Verantwortung, wer für den Senat antwortet. An dieser Stelle sage ich noch einmal: Die Plenarsitzung und die Fragestunde in Richtung Senat sind nicht der richtige Ort, um Wahlkampfaktivitäten zu hinterfragen. Insofern kann es dazu heute hier auch keine Auskunft geben, zumal Sie Dinge abfragen, deren Beantwortung man auch in einer Spontanen Fragestunde nicht einfach aus dem Ärmel schütteln kann. Es ist nicht in Ordnung, diese Frage, das, was Sie wissen wollen, hier zum Gegenstand der Fragestunde zu machen und unter anderem wieder, aus der ersten Frage folgend, hier auch mit Unterstellungen zu arbeiten. Ich will das auch noch einmal ganz klar zurückweisen, was hier die Zielrichtung Ihrer Frage – Aktivitäten an dieser Stelle – ist.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Woldeit, wünschen Sie eine Nachfrage zu stellen?

[Karsten Woldeit (AfD): Nein!]

Nein! – Eine andere haben wir auch nicht. Dann wären wir heute mit der Fragestunde fertig.

Ich komme zur

lfd. Nr. 3.2:

Priorität der Fraktion der CDU

Tagesordnungspunkt 11

a) Verkehrsfluss des Individualverkehrs verbessern (I) – Verkehrslenkung Berlin (VLB) auflösen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0019](#)

b) Verkehrsfluss des Individualverkehrs verbessern (II) – Bauen mit Bonus

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0020](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der CDU. – Herr Kollege Friederici, bitte schön, Sie haben das Wort.

Oliver Friederici (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Abgeordneten Florian Graf und Christian Goiny, zugegebenermaßen auch Raed Saleh haben dafür gesorgt, dass in der zu Ende gehenden Wahlperiode bei dem von der CDU mitinitiierten SIWA-Investitionsprogramm die Einrichtungen der öffentlichen Daseins-

vorsorge strukturell saniert werden. All das klappt im Schul- und Kita-Sanierungsbau so leidlich, aber auf keinen Fall im Verkehrsbau. Die Straßen Berlins werden immer noch nicht in dem Maß saniert, wie eigentlich Geld vorhanden ist. Das funktioniert seit Jahren nicht. Die SPD-geführte Senatsbauverwaltung kommt bei der Ausschreibung, der Anordnung, Baudurchführung und Bauabnahme von Straßensanierungs- und -bauprojekten nicht hinterher.

Das ist sehr schade, denn wenn bei der SPD weiter – und offensichtlich wird jetzt wahrscheinlich jemand anders diese Verwaltung führen – das Geld nicht ausgegeben wird, verrotten weiter unsere Straßen. Das nennt man zum einen Werteverzehr und zum anderen Überforderung und Versagen der politischen Führung der seit Jahren SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Die extra für die Bauabläufe geschaffene Verkehrslenkungsbehörde VLB war dafür gegründet worden, dies effizient bezirksübergreifend und zügig zu organisieren und zu bescheiden. Es kam aber der VLB zunächst das Personal abhanden. Dann war es da, und man war mit sich selbst beschäftigt. So ging es Jahr für Jahr weiter. Die jeweiligen diversen SPD-Stadtentwicklungssenatoren waren nicht in der Lage, diese Missstände aufzuheben. Auch wenn ich dem zuständigen fachverantwortlichen Verkehrsstaatssekretär Christian Gaebler durchaus guten Willen bei der jahrelangen Problembehandlung konzediere, ist es eindeutig das politische Führungsversagen der SPD-Senatorin Ingeborg Junge-Reyer, vor allem aber auch von Michael Müller und Andreas Geisel in den letzten Wahlperioden. Unter ihnen sind Berlins Straßen verrottet. Dafür tragen eindeutig nur Sozialdemokraten in Berlin Verantwortung.

[Beifall bei der CDU–

Jörg Stroedter (SPD): Sie waren dabei! –

Regina Kittler (LINKE): Na klar! –

Zuruf: Die CDU war immer abwesend! –

Oh! von der SPD]

Dieses Versagen ist für die Berlinerinnen und Berliner eine sehr schwere Hypothek. Nirgendwo in Deutschlands Großstädten steht so viel Geld wie in Berlin für die Straßensanierung zur Verfügung. Nirgendwo wird aber dafür so wenig gebaut wie in Berlin. Nirgendwo findet eine so katastrophale Baustellenkoordinierung statt wie in Berlin. Schlimme Beispiele gibt es jede Menge. 20 Meter Brückenbauten über den Teltowkanal werden mindestens fünf Jahre Sanierungszeit benötigen. Die Straßensanierung wie die Neuköllner Karl-Marx-Straße dauert inzwischen sechs Jahren. Der Seegefelder Weg in Spandau ist einspurig und braucht ein Jahr Bauzeit. Er ist immer noch nicht fertig. Am Lichtenrader Damm wird seit sieben Monaten ein Erdloch verfüllt, welches eine Größe von fünf mal fünf Metern hat. All das ist klassisches Führungsversagen dieser SPD-Verwaltung.

(Oliver Friederici)

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Deswegen wollen wir endlich eine richtige Baustellenkoordination, zügige Anordnung und Durchführung der wichtigen Baumaßnahmen und, was das Wichtigste ist, zügige qualitativ hochwertige, schnelle Fertigstellung. Das geht erwiesenermaßen nicht in der bisherigen Kombination SPD und VLB. Deswegen ist es vermutlich gut, dass es nicht mehr die SPD ist, die Führungsverantwortung für das Ressort Bauwesen in der Stadt haben wird.

Deswegen ist es besser, dass nach der erfolglosen und gescheiterten Verkehrslenkungsbehörde eine neue Form der Sanierungskoordination für die Berlinerinnen und Berliner hier in ihrer Stadt auftritt. Die Aufgaben der VLB müssen wieder in die Bezirke verlagert werden mit dem dazugehörenden Personal. Der neue Senat muss endlich auch hier seine Verantwortung erkennen und ein neues Konzept für die Baustellen vorlegen und umsetzen. Das ist Inhalt des ersten Antrags der CDU.

Im zweiten Antrag fordern wir endlich ein signifikantes und grundsätzliches Bonus-Malus-System für die Durchführung und die erfolgreiche Fertigstellung von Baustellen im öffentlichen Straßenland. Die Berliner sind es leid, dass unendlich lange parallel gebaut wird an Baustellen, diese quasi ruhen und keine Menschen dort arbeiten und dass diesen Missstand senatsseitig keinen interessiert. Deshalb fordern wir die neue rot-rot-grüne Berliner Landesregierung auf: Erstens weg mit der VLB. Eine völlig neue Baustellenorganisation muss her. Das muss Rot-Rot-Grün endlich umsetzen. Zweitens muss ein grundsätzliches Bonus-Malus-System für die Baufirmen her, die schneller fertig werden und für die Baufirmen, die trödeln oder qualitativ nicht ordentliche Arbeit abliefern.

Verkehrspolitik ist mehr als Holzroller und Fahrrad wie bei Rot-Grün.

[Oh! von der SPD –
Beifall bei der AfD –
Beifall von Roman Simon (CDU)]

Verkehrspolitik, so wie wir als CDU sie für alle Berliner verstehen, ist zügige Sanierung und Ausbau der kompletten Verkehrsinfrastruktur für Wohlstand und Wachstum aller Menschen und nicht nur für diejenigen, die am 18. September links gewählt haben.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Das alles muss eben ideologiefrei, diskriminierungsfrei für alle Berlinerinnen und Berliner und nicht nur für die Klientel der künftig regierenden Linksfront hier in Berlin gelten.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Berlin hat mehr verdient als linke Selbstverwirklichung. Dafür wird sich die CDU in den nächsten Jahren konsequent einsetzen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Buchholz, bitte schön!

Daniel Buchholz (SPD):

Meine Damen! Meine Herren! Herr Präsident!

[Jörg Stroedter (SPD): Daniel, der ist noch
an der Regierung!]

Herr Kollege Friederici! Was Sie hier vortragen ist wahrlich nur ein ganz tiefer Griff in die Mottenkiste. Ich glaube, Sie haben eines heute nicht gehört, die ganze CDU-Fraktion nicht. Es gab am Anfang ein Gongzeichen vom Präsidenten. Das hieß, die Plenarsitzung hat begonnen. Er bedeutet aber auch: Aufwachen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU! Ja, Sie sind noch Teil der Landesregierung, oder wollen Sie hier fünf Jahre Mitregieren komplett verleugnen? Was ist das für ein Auftakt für eine Legislaturperiode? Peinlich ist das. Absolut peinlich!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Beifall von Stefan Förster (FDP)]

Dafür steht der Gong am Anfang, dass Sie sich auch erinnern, welche Verantwortung Sie hier tragen. Wir können gern noch einmal Ihre CDU-Senatorin und – Senatoren einzeln bewerten. Aber das machen wir vielleicht lieber nicht hier. Es wird in den nächsten Monaten noch genug Gelegenheit gegeben sein, das zu tun. Das war Populismus pur, Herr Friederici.

[Holger Krestel (FDP): Sagen Sie einmal etwas
zum Straßenbau!]

Er zeigt ganz deutlich, dass es sehr gut ist, dass die CDU in zwei Wochen hier keine Regierungsverantwortung mehr trägt, denn Sie haben schon komplett abgewirtschaftet.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Die Aufgaben der Verkehrslenkung Berlin sind sehr verantwortungsvolle. Es geht darum, Bauarbeiten in der Stadt, die notwendig sind, zu ermöglichen, den Verkehrsfluss so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Das ist natürlich eine hoheitliche Aufgabe. Damit ist schon der erste Teil Ihres Antrags entlarvt, wenn Sie glauben, irgendeine private Gesellschaft könnte die hoheitliche Aufgabe der Steuerung der Beeinflussung des Verkehrsflusses in Berlin übernehmen. Das ist schon ein starkes Stück. Offensichtlich haben Sie die letzten fünf Jahre im Verkehrsausschuss geschlafen, denn Sie haben das mit

(Daniel Buchholz)

uns diskutiert, dass wir natürlich die Verkehrslenkung Berlin verbessern wollen, dass vor allem die Abläufe in der Behörde, aber auch die Abläufe mit den Bezirken verbessert werden müssen. Herr Friederici! Sie haben selbst Fragen dazu gestellt. Ja, es ist so, dass viele Bauherren, die dann konkrete Baumaßnahmen vornehmen wollen, nicht in der Lage sind, vernünftige Antragsunterlagen einzureichen. Das wissen Sie eigentlich, aber Sie verleugnen es heute komplett. Das ist ziemlich peinlich. Und wir haben auch gemeinsam, SPD plus CDU, daran gearbeitet, das Personal bei der Verkehrslenkung Berlin deutlich aufzustocken. Wir sind jetzt bei 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ist deutlich mehr als noch vor Kurzem. Und auch Sie müssten wissen, dass die Rekrutierung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht so ganz einfach ist, weil sie schlichtweg in der Privatwirtschaft in diesem Bereich deutlich mehr verdienen oder weil sie gleich von Bundesbehörden abgeworben werden. Das sind Realitäten, die muss man auch aussprechen. Es ist nicht so einfach, diese Stellen in der Praxis zu besetzen. Trotzdem gelingt es. Und natürlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch entsprechend nachzuschulen, wenn es um spezielle verkehrsrechtliche Anforderungen, die hoheitlichen Aufgaben einer Verkehrslenkung Berlin, geht.

Nun gut, das ist eigentlich alles verabredet. Sie könnten es wissen, Sie wollen es aber nicht wissen. Sie verleugnen, dass es ein Teil der Daseinsvorsorge ist. Sie glauben, dass die Bezirke das besser könnten. Herr Friederici, wo leben Sie eigentlich? Das muss ich mal wirklich fragen: Wo leben Sie eigentlich? Sie wissen doch ganz genau, dass die Baumaßnahmen oftmals – einige, die Sie gerade erwähnt haben – in der Verantwortung der Bezirke durchgeführt werden. Dann, bitte schön, klopfen Sie doch auch mal bei Ihren Stadträten an! – Übrigens: In Spandau – der Weg, den Sie angesprochen haben – gibt es noch einen CDU-Baustadtrat. Mit dem können Sie ja mal in privatissimo genau erörtern, woran es liegt, dass die Baustelle noch nicht weg ist. Viel Spaß dabei!

Und Sie wissen auch, dass dafür vor 2004, bevor die Verkehrslenkung Berlin gegründet wurde, eine landesweite Behörde zuständig war, nämlich der Polizeipräsident von Berlin. Also nicht hier die Mär aufbringen, das sei früher mal eine bezirkliche Aufgabe gewesen!

Wir sind uns nur in einem Punkt einig: Wir brauchen weiterhin eine deutliche Verbesserung der Aufgaben dieser Behörde. Und da muss man auch mal eins eingestehen: Arbeitsabläufe und Organisatorisches sind nicht an einem Tag zu ändern. Das wird in Kürze auch noch mal umfassend untersucht.

Aber eins, Herr Kollege Friederici, müssen Sie und die Kolleginnen und Kollegen der CDU sich mal ganz deutlich vorhalten lassen: Erinnern wir uns an die letzten fünf Jahre! Wer hat da große Baumaßnahmen für Straßenbau-

ten und insbesondere für Radwege in diesem Parlament als Haushälter aufgehoben? Herr Friederici, das waren Ihre Kollegen im Hauptausschuss hier im Parlament. Das war peinlich genug, denn viele Baumaßnahmen konnten schlichtweg nicht begonnen werden, weil CDU-Haushälter hier die Finanzmittel festgehalten haben. Das haben Sie zu verantworten und nicht die anderen in dieser Koalition.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Ines Schmidt (LINKE)]

Zum Schluss noch zu Ihrem zweiten Antrag! Der liest sich zwar zunächst mal ganz nett, denn Sie haben recht: Bauen mit Bonus kann ein Anreizsystem für private Firmen sein, damit sie schneller bauen, völlig richtig. Ist auch sehr erfolgreich, übrigens schon vom damaligen Verkehrssenator Michael Müller durchgeführt worden, bei den Avus-Baumaßnahmen. Das Problem ist nur, Herr Friederici – mal kurz nachdenken –: Es geht nicht jeden Tag um die Avus, dass die gebaut werden soll, nein, es geht um popelige Straßen mitten in der Stadt. Da können Sie nicht Tag und Nacht aufbauen, da können Sie nicht Tag und Nacht die Bagger rollen lassen. Das müssten Sie eigentlich auch verstehen. Es geht um Lärmschutz der Bevölkerung in der Stadt.

[Sebastian Czaja (FDP): Es geht darum,
den Verkehr in Bewegung zu halten! 100 Stunden steht
der Berliner im Jahr im Stau!]

Es geht darum, dass schlichtweg keine Baufreiheit vorhanden ist, weil ein normaler Verkehrsfluss noch erfolgen muss, Herr Czaja. Sich vorher zu informieren, hilft manchmal.

Komplexe Baumaßnahmen – die hängen übrigens oftmals einfach daran, dass die Leitungsunternehmen schlichtweg zu lange brauchen. Die Wasserleitungen, die Gasleitungen, die Stromleitungen, die Internetleitungen, das müssen wir verbessern. Nicht bloß, dass die Bezirke sich aktiver einbringen, sondern auch, dass die Leitungsunternehmen von Anfang an die richtigen Schnittstellen, die richtigen Papiere vorlegen.

Es bleibt von beiden Anträgen nicht viel übrig. Ich will gar nicht von heißer Luft reden, sondern wenn man sich vor allem noch mal vergegenwärtigt, dass CDU-Abgeordnete im Hauptausschuss viele große Straßenbau- und Radwegemaßnahmen behindert haben – es ist eine totale Luftnummer und schon heute eine Verabschiedung von einer sehr, naja, konstruktiven Oppositionsarbeit. Es ist ziemlich peinlich, liebe CDU-Fraktion. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt der Kollege Wolf das Wort. – Bitte schön!

Harald Wolf (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir die Frage gestellt: Was ist das denn jetzt? Dieser Antrag ist in mehrfacher Hinsicht befremdlich.

[Beifall von Daniel Buchholz (SPD) und Sven Heinemann (SPD)]

Erstens soll der „Verkehrsfluss des Individualverkehrs“, wie es im Titel heißt, verbessert werden.

[Seht gut! von der AfD]

Ich frage: Weshalb nur der Individualverkehr? Unsere Position ist: Wir wollen auch den öffentlichen Personennahverkehr voranbringen und beschleunigen. Das ist bei Ihnen offensichtlich wieder ausgeblendet. Sie sind wieder in Ihre alten Autofahrerzeiten zurückgefallen. Wir haben das Interesse, dass alle Verkehrsteilnehmer in dieser Stadt sich in dieser Stadt sicher und zügig bewegen können. Und deshalb haben wir das auch in der Koalitionsvereinbarung so festgehalten.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Holger Krestel (FDP): Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Auto ab!]

Das Zweite, was ich befremdlich fand, war, dass eine Noch-Regierungspartei nach fünf Jahren eklatantes Führungsversagen feststellt.

[Zuruf von Daniel Buchholz (SPD)]

Ich erwarte doch, wenn man zu diesem Ergebnis kommt, auch als Regierungspartei, dass man zumindest ansatzweise merkt, dass hier ein Führungsversagen diagnostiziert worden ist. Oder ist Ihnen das erst nach den Wahlen vom September eingefallen, dass hier ein eklatantes Führungsversagen vorliegt?

Es ist, glaube ich, nicht wirklich ernst zu nehmen, vor allem, wenn man sich die Diskussionsbeiträge vom Kollegen Friederici im Verkehrsausschuss ansieht, als wir über das Thema der Verkehrslenkung eine sehr gründliche Diskussion geführt haben und über die realen Probleme, die dort existieren, nämlich über die vielen Schnittstellen, die fehlenden seriös gearbeiteten Anträge von den Bauträgern, die Schnittstellen mit den Bezirken etc., etc. Das Thema ist wesentlich komplexer, als Sie es jetzt hier sagen.

Und dann stelle ich mir die Frage, wie Sie zu dem Schluss kommen, dass man die Verkehrslenkung auflösen muss, wenn Sie ein Führungsversagen diagnostizieren. Wenn ich ein Führungsversagen als das zentrale Problem feststelle, sage ich doch: Dann muss die Füh-

rung geändert werden, aber doch nicht die Institution aufgelöst werden. An dem, was Sie hier formulieren, stimmt alles vorne und hinten nicht.

Und das Allerbeste ist: Wenn man nach fünf Jahren Regierungszeit in einem Antrag formuliert: Wir lösen die Verkehrslenkung Berlin auf – und dann schreibt:

Für die landesweite Baustellenkoordinierung ... müssen neue effektive Wege gefunden werden.

Da kann ich nur sagen: Danke schön!

[Beifall von Harald Moritz (GRÜNE)]

Sie lösen eine Institution auf und sagen: Für das, was die bisher gemacht hat – vielleicht nicht so, wie wir uns das gewünscht haben; mehr schlecht als recht –, müssen neue Wege gefunden werden. Da würde ich doch verlangen, dass man nach fünf Jahren Regierungstätigkeit wenigstens einen Vorschlag hat, wie diese „neuen effektiven Wege“ aussehen sollen. Ich diagnostiziere ein gravierendes Oppositionsversagen bei Ihnen.

[Beifall bei der LINKEN und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Moritz! – Bitte schön!

Harald Moritz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ersten Anträge der CDU in dieser neuen Legislaturperiode sollen den Verkehrsfluss verbessern. Die VLB wollen Sie auflösen und Baumaßnahmen beschleunigen. Da fragt man sich doch: Was haben Sie in den letzten fünf Jahren gemacht? Ihre Senatoren sitzen noch hier auf der Regierungsbank, und Sie stellen solche pauschalen Oppositionsanträge. Das ist wirklich ein Armutzeugnis.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Und jetzt nur alles auf die SPD zu schieben! Sie haben eine gemeinsame Regierung gehabt und hätten da einschreiten können. Ich kann mich noch gut entsinnen: Wir haben in mehreren Anträgen detaillierte Vorschläge zur Verbesserung der VLB gemacht, wir haben im Ausschuss eine Anhörung gemacht, und Sie haben die Anträge einfach rundweg abgelehnt. In der Debatte haben Sie uns dann – wie Sie es immer getan haben – Ideologie vorgeworfen und wir hätten keine Ahnung. Und außerdem hätten Sie die Probleme lange erkannt und im Griff und würden sie lösen. Und jetzt, fünf Jahre nach Ihrer Regierungsarbeit, schreiben Sie in der Begründung:

Die Verkehrslenkung Berlin hat sich ... zu einer trägen Behörde entwickelt.

(Harald Moritz)

Sie sei „endgültig gescheitert“ und solle aufgelöst werden. Dann haben Sie praktisch in Ihrer Regierungsarbeit mit dazu beigetragen, diese Behörde und die Zustände noch viel schlechter zu machen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Udo Wolf (LINKE)]

Rot-Rot-Grün hat vereinbart, die Leistungsfähigkeit der VLB durch eine Reorganisation zu verbessern. Das wird nicht von heute auf morgen gehen, das haben wir auch schon gehört. Aber ich bin mir sicher, dass ich nicht, wie Sie heute, in fünf Jahren hier stehen und eine Auflösung einer Behörde fordern werde.

Sie fordern, den Verkehrsfluss des Individualverkehrs zu verbessern. Hat er sich denn verschlechtert? Auch da wäre die Frage nach Ihrer Mitverantwortung.

Rot-Rot-Grün wird die Verkehrspolitik an das geänderte Mobilitätsverhalten der Berlinerinnen und Berliner, die wachsende Stadt und das Ziel der klimaneutralen Stadt Berlin 2050 ausrichten. Die Zahlen der ÖPNV-Nutzung steigen, der Radverkehr boomt. Deshalb muss in die Infrastruktur des Radverkehrs und des ÖPNV investiert werden. Und das werden wir tun.

Deshalb haben wir uns darauf verständigt, dem Umweltverbund, also ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, die Priorität einzuräumen. Das bedeutet aber nicht, dass wir in ideologischer Verblendung den motorisierten Individualverkehr – kurz MIV – ausbremsen werden. Aber wir werden im Zweifel dem fließenden Verkehr, also genau das, was Sie wollen, Vorrang vor dem ruhenden Verkehr einräumen, wenn wir Platz brauchen.

Verkehrsfluss des Individualverkehrs: Wir definieren den Individualverkehr übrigens nicht nur als motorisierten Individualverkehr, sondern man kann auch muskelbetriebenen Individualverkehr sagen, nämlich mit dem Fahrrad fahren und zu Fuß gehen. Darauf werden wir ein besonderes Augenmerk legen.

[Andreas Otto (GRÜNE): Genau! –
Beifall bei den GRÜNEN]

Also, es bedarf Ihres Antrages nicht.

Beim Bauen kommt es vor allen Dingen auf eine gute Vorbereitung, Planung, Koordinierung und Kontrolle und natürlich auf eine vernünftige, ordentliche Vertragsgestaltung an. Ich glaube nicht, dass Nacharbeit und ein Bonusssystem uns wirklich weiterführen werden.

[Zuruf von Oliver Friederici (CDU)]

Rot-Rot-Grün hat sich als besonderen Arbeitsschwerpunkt den Erhalt der bestehenden Infrastruktur gesetzt. Das hatten Sie auch vorher, und Sie bilanzieren hier, dass alles noch viel schlimmer geworden sei. Uns kommt es auf eine kontinuierliche Instandhaltung von Straßen und Brücken an. Wir werden die entsprechenden Baumittel

dauerhaft und angemessen bereitstellen. Herr Friederici! Ihrer Anträge bedarf es nicht. Sie hatten fünf Jahre Zeit dafür. Jetzt sind Sie nicht mehr am Zug. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat der Kollege Laatsch von der AfD das Wort.

Harald Laatsch (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verkehrslenkung Berlin hat das Motto:

Die Verkehrslenkung Berlin sorgt für einen sicheren Verkehr auf den Hauptverkehrsstraßen Berlins, und dass alles im Fluss bleibt ...

So würden wir uns das auch wünschen. Gut gemeint ist aber nicht gut gemacht. Anspruch und Wirklichkeit klaffen weit auseinander. Was sagen die Koalitionäre? – Was sie immer sagen: Wir machen, wir tun. – Wird sich etwas ändern? Wir glauben nicht daran.

Die Baustadträte in den Bezirken warten teils seit Jahren darauf, dass sie die kaputten Straßen sanieren dürfen. Der frühere Leiter der VLB erklärte dazu generös, bereit zu sein, einmal pro Legislatur, also alle fünf Jahre, mit den Bezirken zu sprechen. Kann eine Behörde, die vom Start weg von diesem dienstleistungsfremden Geist beseelt ist, einen Neustart schaffen? Eine Behörde, die genau das Gegenteil von dem tut, wofür sie eingerichtet wurde, nämlich die Entwicklung der Stadt behindert, statt zu verbessern, ist ein Problem und muss abgeschafft werden.

[Zuruf von der AfD: Weg damit!]

Aber wie viele Behörden in Berlin wollen wir denn abschaffen? Oder stinkt der Fisch vom Kopf? Wir haben verschiedene parallel laufende Behörden, die alle ihrer Aufgabe nicht nachkommen.

Der kommende Senat will den Individualverkehr verdrängen. Ihn wird die Situation nicht stören. Wenn er aber glaubt, die Vernachlässigung des Straßennetzes trafe nur den Individualverkehr, dann irrt er, denn die Pünktlichkeit des Busverkehrs liegt trotz eigener Fahrspuren bei nur 85 Prozent. Alle Versuche, durch Busspuren und Ampelschaltungen das Problem zu lösen und den Busverkehr zu beschleunigen, sind gescheitert. Wer das Straßennetz vernachlässigt, der vernachlässigt auch den ÖPNV.

Die Baustellenorganisation und das Baustellenmanagement sind unzureichend. Das schränkt die Verkehrsleistung der Infrastruktur ein. Eine Verbesserung der Lage ist durch die Verkehrsblockadepolitik von Rot-Rot-Grün nicht zu erwarten. Der Verkehr aber wird durch diese Politik nicht wie erhofft abnehmen, im Gegenteil wird der

(Harald Laatsch)

Parksuchverkehr massiv zunehmen, und der Verkehrsdruck rund um die zugangsbeschränkten Bereiche wird wachsen.

Der neue Senat wird mit seiner geplanten Verkehrspolitik die Berliner in eine Mehrklassengesellschaft spalten. Zwei neue Mauern werden gebaut.

[Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

– Danke schön! – Einerseits entsteht eine virtuelle Mauer um die autofreie Stadt der glückseligen Innenstadtbewohner. Sollen die anderen doch sehen, wo sie bleiben! – Andererseits wird eine neue virtuelle Mauer dadurch entstehen, dass der Boulevard Unter den Linden gesperrt und der Weiterbau der A 100 ab Grenzallee behindert wird. Eine Ost-West- und eine Innenstadt-Randbezirke-Spaltung ist absehbar. Bleiben die Pläne von Rot-Rot-Grün, wie sie sind, und bleibt die VLB erhalten, wie sie ist, sieht Berlin chaotischen Zeiten entgegen.

Ich komme zum Antrag 18/0020 – Bauen mit Bonus. Ein durchaus interessanter Ansatz, bedeutet aber auch, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Was passiert dann eigentlich mit den anderen Baustellen, die nicht vom Bonus betroffen sind? Bleiben die dann doppelt so lange liegen? Das kann nicht der richtige Weg sein. Deswegen: Die AfD tendiert nicht zu einfachen Lösungen, wo komplexe Analysen gefragt sind. Deshalb ist es richtig, diese Anträge an den zuständigen Ausschuss zu überweisen. – Danke schön!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat der Kollege Förster von der FDP das Wort.

Stefan Förster (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Als ich die beiden Anträge das erste Mal gelesen habe, dachte ich mir: Mensch, die CDU wird immer dann mutig, wenn sie auf dem Weg in die Opposition ist. – Aber als ich vorhin dann Herrn Buchholz reden hörte, dachte ich: Ist die Tatsache, dass man sich gleich am Anfang einer Debatte mit Realitätsverweigerung auseinandersetzen muss, so bei der SPD eingedrungen? – Denn dass es bei der VLB und bei der SPD – in beidem Sinne trifft das zu – optimal läuft, kann man wirklich nicht behaupten.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Insofern ist einerseits die Kritik richtig, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der CDU in den letzten fünf Jahren des noch amtierenden Senats mit dieser Problematik hätten beschäftigen können. Das ändert aber nichts

darin, dass die aufgezeigten Problempunkte richtig sind und thematisiert werden müssen.

Die Baustellenkoordination in Berlin ist eben ein Bremsklotz ersten Ranges, und die VLB trägt nun mal die Hauptverantwortung dafür. Ich kann das auch nach 15 Jahren Mitgliedschaft im Stadtplanungs- und Verkehrsausschuss der BVV Treptow-Köpenick sagen. Ich kenne die bezirkliche Praxis und weiß, dass das Hauptproblem nicht die Tiefbauämter in den Bezirken sind, die die Baumaßnahmen nicht umsetzen können, sondern dass es vor allen Dingen die Verkehrslenkung Berlin ist, die die Anordnungen nicht trifft, wodurch es nicht vorangeht.

[Zuruf von Christian Gräff (CDU)]

Allein in meinem Bezirk kann ich aktuell vier große Straßenbauvorhaben nennen, die auf Hauptstraßen stattfinden und wo die Verkehrslenkung Berlin die Anträge, die der Bezirk im Frühsommer eingereicht hat, erst im Spätherbst beschieden hat, mit dem Ergebnis, dass jetzt, im November gebaut wird. Bei Straßenbaumaßnahmen weiß jeder: Temperaturen über fünf Grad plus sind erforderlich, und Bauen bei diesen Temperaturen ist auch im Sinne der Qualität des Bauens nicht sinnvoll. Wenn die VLB die Anordnung erst so spät trifft, dass man diese Baumaßnahmen nicht rechtzeitig umsetzen kann, dann ist das ein Problem. Wenn ich dann, zum Beispiel bei der Straße An der Wuhlheide, sehe, dass auch die Wasserbetriebe noch ihr Kanalsystem erneuern, dann muss das auch zeitlich eingeplant werden. Insofern ist die Kritik, die an die Bezirke gerichtet wird, sie würden ihre Mittel nicht ausgeben, ein völlig falscher Ansatz, denn die Mittel würden sie ausgeben, wenn sie die Anordnungen rechtzeitig bekämen.

Herr Buchholz! Sie haben darauf hingewiesen, es seien nur 120 Mitarbeiter bei der VLB. – Meine Güte, wo leben Sie? Durch das Sparen in den Bezirken haben die meisten bezirklichen Tiefbauämter für all ihre Aufgaben im Schnitt gerade mal noch 50 Mitarbeiter. Da sind doch 120 bei der VLB eine enorme Ressource, die man nutzen und wo man erwarten könnte, dass schnell und effektiv gearbeitet wird.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Stattdessen stellte der Senat vor einem Jahr einen neuen Chef an die Spitze der VLB, der allerdings kein Verkehrsexperte ist, sondern ein Jurist. Der kennt sicher alle gesetzlichen Bestimmungen, die bei Genehmigungen zu beachten sind, weiß aber offenbar nicht, wie man sie schnell und effektiv umsetzt, weil er eben kein Mann der Praxis ist. Das ist eben auch Personalpolitik, die der Senat bisher gemacht hat.

Herr Wolf! Die Behinderungen betreffen doch alle Verkehrsarten gleichermaßen, wenn nicht gebaut werden kann. Das betrifft natürlich den Straßenbau, aber auch die Rad- und Fußwege nebenan, die nicht mit gemacht

(Stefan Förster)

werden können, und ganz besonders den öffentlichen Personennahverkehr, denn wenn die Straßenbahngleise erneuert werden müssen, wenn die S- und U-Bahn gleichermaßen Ersatzverkehr benötigen, den die BVG bereitzustellen hat, ist es ein Problem, wenn durch die Doppelzuständigkeiten ständig Koordinationsaufwand besteht. Deswegen kann es auch nicht sein, dass wir immer ein Miteinander brauchen, aber ein Nebeneinander haben. Wir haben bis jetzt die bezirklichen Straßenverkehrsbehörden, die für das Nebenstraßennetz zuständig sind, und die VLB, die für das Hauptstraßennetz zuständig ist. Was wir uns aber wünschen sollten, ganz egal, wo diese Einheit zugeordnet ist, ist eine einzige Behörde oder Organisationseinheit, die von der Hauptstraße mit Bundesstraßenfunktion bis zur kleinsten Nebenstraße am Waldrand alles koordiniert und auch entsprechend umsetzt. Wo sie dann angesiedelt ist, ob in den Rathäusern der Bezirke oder am Flughafen Tempelhof, das ist mir völlig egal, aber es muss eine Einheit geben, die für die Bezirke alles umsetzt, nicht dass es dann zur Anhörung bei der einen und der anderen Behörde kommt und es nicht vorangeht.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Carsten Ubbelohde (AfD)]

Gleichermaßen ist das auch mit dem Straßenbau. Das Bonus-Malus-System ist sinnvoll. Anreize zu geben, schneller zu bauen, ist vollkommen vernünftig. Es muss dann aber auch kontrolliert werden, dass auch die Qualität bei den Bauarbeiten gewährleistet wird. Die Tiefbauingenieure in den Bezirken fehlen, die das umsetzen sollen. Das ist genauso ein Manko.

Insgesamt gibt es also in beiden Bereichen viel zu tun. Die FDP-Fraktion ist auch der Auffassung, die VLB, die Verkehrslenkung Berlin, ist nicht mehr reformierbar, denn VLB steht schon längst nicht mehr für Verkehrslenkung Berlin, sondern für Verkehrslahmlegung Berlin, und genau das ist doch das Problem.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Das muss sich im Sinn einer funktionierenden Stadt ändern. Ich möchte, weil wir gerade beim Thema Verkehr sind, mit einem Zitat von Henry Ford schließen.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Stefan Förster (FDP):

Es gibt mehr Leute, die kapitulieren, als solche, die scheitern.

In diesem Sinne herzlichen Dank!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag Drucksache 18/0019, Stichwort: Verkehrslenkung Berlin, wird die Überweisung an den künftigen für Verkehr zuständigen Ausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht, dann verfahren wir so.

Zum Antrag Drucksache 18/0020, Stichwort: Bauen mit Bonus, wird die Überweisung federführend an den künftigen für Bauen zuständigen Ausschuss und mitberatend an den künftigen für Verkehr zuständigen Ausschuss sowie an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich auch hier nicht, dann verfahren wir so.

Zu den Tagesordnungspunkten 3.3 und 3.4 sind keine Prioritäten angemeldet.

Ich rufe dann auf

Tagesordnungspunkt 3.5

Priorität der AfD-Fraktion

Tagesordnungspunkt 10

Verbot der Vollverschleierung

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0017](#)

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0017-1](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier der Kollege Dr. Curio. – Bitte schön!

Dr. Gottfried Curio (AfD):

Die AfD fordert das Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum. Im Interesse einer Mehrheitsfähigkeit dieses Vorhabens später hier im Haus beantragen wir, den Senat zu bitten, für die entsprechende gesetzliche Regelung eine Vorlage zu schaffen.

Es geht um den Schutz der Individualfreiheitsrechte der muslimischen Frau und um die Bewahrung der grundgesetzlichen Werte unserer Gesellschaft, die die optische Unkenntlichmachung der Person nicht dulden kann. Diese Auslöschung des Gesichts, die Vollvermummung der Frau durch Burka und Niqab, ist das Symbol der Unterdrückung der weiblichen Selbstbestimmung, ist geschlechtsspezifische Diskriminierung schlechthin.

[Beifall bei der AfD]

Sah man außer in kriminellen Zusammenhängen je einen voll vermummten Mann? Sie ist nicht nur Verletzung, sondern Negation der Menschenwürde. Ihre Duldung ist damit grundgesetzwidrig. Die Menschenwürde verbietet, den Menschen zum bloßen Objekt zu machen durch jedwede Behandlung, die seine Subjektqualität, sein Personsein in Frage gestellt. Mit dem Verhindern der

(Dr. Gottfried Curio)

Gesichtswahrnehmung aber wird ein integraler Teil des sozialen Menschseins entfernt, ja vernichtet. Eine Art Mensch zweiter Klasse entsteht. Das Verletzen der Menschenwürde ist ausnahmsweise auch der Selbstbestimmung entzogen.

Wie sehr die Vollverbergung die Frau zum Objekt degradiert, wird an der sexistischen Herkunft dieser Unsitte deutlich. Sie verhüllt das Objekt der Begierde als ein „Eigentum“ des „Besitzers“. Sie war und ist auch nicht etwa Religionsausübung. Sie ist hier und heute allein Zeichen bewusster Abgrenzung gegen westliche Kultur und die Werte der Aufklärung. Nie in Jahrtausenden hat es in Europa solche Stigmatisierung eines Geschlechts gegeben. Und jetzt bitte nicht Multikulti! Die Burka steht gerade nicht für Liberalität oder Weltoffenheit. Der sich hier ausdrückende Herrschaftsanspruch über die Frau ist nur eines: gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Marcel Luthe (FDP)]

Der Verstoß gegen das Grundgesetz und alle unsere Werte ist so eklatant, dass wir nicht einmal die Freiheit haben, dieses schwarze Stück Tuch, das Frauen das Gesicht raubt, zu verbieten oder zu dulden. Man denke: Textstellen, die man nicht mehr lesen können soll, werden geschwärzt zur Unkenntlichmachung. Sollen jetzt Menschen geschwärzt werden?

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Wollen wir, ja, dürfen wir die zur Schau getragene Frauenverbergung als politisches Statement einer islamistischen Ideologie zulassen, diese öffentliche Werbung und Demonstration gegen Menschenrechte bei uns hoffähig machen? Haben wir nicht die Pflicht, die Freiheitsrechte der Frau zu schützen, auch gegen den sozialen Gruppendruck, der bei fortgesetzter Duldung der Vollverschleierung entsteht? Heute sind es drei, morgen viele, sei es unter Druck, sei es als Kulturkampf. Abgrenzung funktioniert selbstverstärkend durch gruppenimmanentes Sozialdiktat, erzeugt inflationäre Selbstgettoisierung, macht Integration zunichte, bevor sie beginnen könnte.

[Beifall bei der AfD]

Wollen wir – auch zum Entsetzen unserer Kinder, man stelle sich vor, ein schwarzer Sack, ein Sack, der spricht –,

[Heiterkeit bei der AfD]

wollen wir solch ein frauenverachtendes Menschenbild, solch eine entmenschende Geschlechterapartheid auf Berliner Straßen? Und weiß man, wer sich unter diesem Sack versteckt: eine Frau, ein Mann, wer bin ich, und, wenn ja, wie viele, eine Person mit oder ohne Sprengstoffgürtel? Die Duldung der Frauenvermummung wäre auch ein fatales Zeichen an alle Fundamentalisten, dass unser Rechtsstaat zurückweicht vor der ideologisch-kulturellen Landnahme eines radikalen Islamismus.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Sitzen hier auch Türöffner islamistischer Propaganda? Nach unseren Grundwerten begegnen sich Menschen frei und gleichrangig. Die Vollverschleierung ist das Signal, an unserer freien, offenen Gesellschaft, ihrer Kommunikationskultur nicht teilhaben zu wollen, sich von der Lebensart der „Ungläubigen“ abgrenzen zu wollen. Der Niqab ist die Fahne der Salafisten, die Burka atmet den Geist der Scharia. So wird ein falscher Standard etabliert. Sure 33 empfiehlt den Frauen, ihre Kleider herunterzuziehen, damit sie nicht belästigt werden. Diese Assoziation von Verhüllung und Ehrbarkeit heißt im Umkehrschluss, wer sich nicht so kleidet, ist offenbar die berühmte „ungläubige“ Schlampe, von Männern in einschlägiger Weise zu betrachten, mit allen Kölner Konsequenzen.

[Beifall bei der AfD –
Zuruf von der AfD: Bravo!]

Selbst innerislamischer Konsens ist, dass die Freiheit der Religionsausübung durch ein Burkaverbot nicht berührt wird. Und Handlungsfreiheit findet ihre legitime Grenze am höherwertigen Gut der Menschenwürde. Auch überzeugte Nudisten dürfen nicht über den Kudamm flitzen, weil: wider die guten Sitten.

[Heiterkeit bei der AfD]

Laut Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte ist das französische Burkaverbot im öffentlichen Raum eine legitime Maßnahme, die Voraussetzungen des Zusammenlebens zu wahren, welche von der Burka – als einer Barriere zwischen Trägerin und Umwelt – untergraben würden. Höre ich da etwa: „Niemand hat die Absicht, eine Barriere zu errichten.“?

[Beifall von Stefan Franz Kerker (AfD) –
Heiterkeit von Andreas Wild (AfD)]

Wir sagen Ihnen: Mister Müller! Tear down this barrier!

[Beifall bei der AfD]

Liebe Abgeordnete! Laut Forsa sind 60 Prozent der Befragten für ein totales Verbot der Vollverschleierung. Verehrte Abgeordnete der künftigen Senatsparteien! Zeigen Sie uns, dass Sie nicht gegen den erklärten Willen von 60 Prozent der Bevölkerung regieren wollen! – Danke sehr!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Marcel Luthe (FDP)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für die SPD die Kollegin Radziwill das Wort.

Ülker Radziwill (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Zu Beginn einige verfassungsrechtliche Anmerkungen, damit wir wissen, auf welcher Basis wir hier gemeinsam politisch agieren können. Erstens: Es ist ein anerkanntes Grundrecht, dass jeder Mann und jede Frau sein Äußeres am Glauben ausrichten kann, das gilt auch für die Bekleidung. Zweitens: Der Staat kann nicht mit dem Hinweis auf die Gleichberechtigung der Frau das Recht auf freie Religionsausübung absprechen. Drittens: Nirgendwo im Grundgesetz gibt es ein Recht, von fremden Religionsbündungen im öffentlichen Raum verschont zu bleiben.

[Zuruf von der AfD: Falsch!]

Viertens: Vielmehr lässt sich aus dem Grundgesetz der Grundsatz der friedlichen Koexistenz von Glauben und Weltanschauung ablesen, der den Staat zur Neutralität geradezu verpflichtet. Aber aus dem Grundsatz der Koexistenz lässt sich nicht ein Verbot von religiöser Bekleidung ableiten. Fünftens schließlich: Das allgemeine Persönlichkeitsrecht, ein wichtiges Grundrecht, schließt auch das Recht ein, nicht zu kommunizieren, ob es uns gefällt oder nicht.

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat das Vollverschleierungsverbot in Frankreich bestätigt. Mit dem laizistischen Rechtsstaat in Frankreich ist das vereinbar. Auf unseren Rechtsstaat ist dieser laizistische Grundsatz nicht eins zu eins übertragbar und daher nicht vergleichbar. Dazu empfehle ich besonders die Lektüre des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags.

Der Ersetzungsantrag der CDU-Fraktion ist schon sehr originell. Nicht nur, dass mit gleichlautendem Text ein Antrag in Rheinland-Pfalz eingebracht wurde, sondern die Menschenwürde sei verletzt, steht dort. Aus unserer Sicht ist die Menschenwürde nicht verletzt, wenn Frauen in Ausübung ihrer Religion freiwillig meinen, sich so verschleiern zu müssen.

[Zurufe von der AfD]

Vollverschleierung entspricht nicht unseren Vorstellungen, und wir empfinden es als frauenverachtend. Es gefällt uns nicht. Wir haben uns aber auf der Basis unseres Grundgesetzes zu bewegen. Das gilt für jeden, besonders auch im Parlament. In der über 150-jährigen Geschichte der Sozialdemokratie haben wir immer für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, sozialen Zusammenhalt, soziale Gerechtigkeit, Frauenrechte, für die Gleichstellung von Mann und Frau und eine weltoffene, emanzipatorische Gesellschaft gekämpft.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Lachen bei der AfD]

Vieles ist erreicht, sonst hätten wir auch dieses Grundgesetz nicht. Vieles ist erreicht auf dem Weg der Verbesse-

rung und Umsetzung der Emanzipation, und gerade deshalb brauchen wir solche Anträge nicht.

Man könnte meinen, dass der Antragsteller eine Obsession für Frauenbekleidung hat.

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der LINKEN
und den GRÜNEN]

Anders erklärt sich nicht, wieso Sie in fünf Landesparlamenten gleichlautende Anträge stellen. Sonst erklärt es sich nicht, warum Sie sich auf Kosten einer winzigen, marginalen Gruppe in einem rund 80-Millionen-Staat Gehör verschaffen wollen, auf Kosten dieser zarten, schmalen Schultern.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Sonst erklärt es sich eben nicht, dass Sie auf Kosten dieser Menschen populistisch Ihr rassistisches Bild vermitteln,

[Ah! von der AfD]

dass Sie gesellschaftspolitisch versuchen zu spalten,

[Pfui! von der AfD –

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Genau so ist es!]

dass Sie Ihre rechtspopulistische Vorstellung, Ihr menschenverachtendes Gedankengut hier reinbringen wollen.

[Frank-Christian Hansel (AfD): 60 Prozent der
Bevölkerung!]

Aber ich bleibe dabei: Es muss eine Obsession sein, und ich bin sehr gespannt, was als Nächstes kommt. Vielleicht ein Antrag mit der Obsession zur Männerbekleidung, ein Verbot von Bademode à la Borat?

[Carsten Schatz (LINKE): Oh!]

Die Situation ist aber doch zu ernst, und ich will die letzten Sekunden dafür verwenden, um noch eines mitzuteilen: Vor 55 Jahren wurde zwischen Deutschland und der Türkei das Anwerbeabkommen beschlossen. Viele Menschen mit muslimischem Glauben sind hergekommen und haben dazu beigetragen, dass Deutschland eine sehr reiche, eine weltweit anerkannte Industrienation geworden ist.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Kollegin! Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen!

Ülker Radziwill (SPD):

Ich komme zum Schluss. – Es ist heute auch wichtig, dieses Jahrestages zu gedenken und diesen Menschen, den vielen Gastarbeitern, für Ihre Lebensleistung in unserer Gesellschaft zu danken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN, den
GRÜNEN und der FDP –
Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat für die CDU-Fraktion der Kollege Dregger das Wort. – Bitte schön!

Burkard Dregger (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! – Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich rate zu Gelassenheit und Vernunft bei diesem Thema, denn wir müssen konstatieren, dass es sich nicht um ein Thema handelt, das in seiner Dimension momentan die Grundfesten unseres Landes bedroht. Dennoch ist es ein Thema, das wir nicht verdrängen sollten. Es wird diskutiert in der deutschen Öffentlichkeit, und ich bin der festen Überzeugung, dass diese Diskussion auch in die Parlamente gehört und nicht herausgehalten werden darf, Frau Kollegin Radziwill. Deswegen ist es wichtig, dass wir es hier erörtern und auch in die Ausschüsse überweisen.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Wir müssen uns fragen: Wie kommen wir dazu, das Tragen eines Kleidungsstücks unter bestimmten Umständen verbieten zu wollen? Wen oder was bedroht ein Vollschleier? Wie verträgt sich das mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die den Menschen unseres Landes die größtmögliche persönliche Freiheit gewährt – so weitgehend, wie es kaum anderswo in dieser Welt möglich ist –, Freiheiten, die in unserem Grundgesetz verfassungsrechtlich gewährleistet werden und die wir unter keinen Umständen auf unverhältnismäßige Weise einschränken wollen, denn sie machen den Kern unserer Werteordnung aus, die wir schützen und erhalten wollen? Doch wir müssen uns auch fragen: Dürfen Freiheit und Toleranz zu Beliebigkeit verkommen? Gibt es nicht auch Grundregeln des sittlichen Zusammenlebens, ohne die ein friedliches und angstfreies Zusammenleben nicht möglich ist? Meine Betonung liegt auf „Zusammenleben“. Haben wir nicht Anspruch darauf, unseren verschleierten Mitmenschen zu erkennen und kennenlernen zu können? Sind Vollverschleierungen nicht Ausdruck einer selbstgewählten Abgrenzung? Befördern Vollverschleierungen nicht die Parallelgesellschaften, die dem Zusammenleben eines Landes mit Zuwanderern aus über 190 Staaten entgegenstehen?

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Florian Kluckert (FDP)]

Was veranlasst Frauen, sich bis zur Unkenntlichkeit zu verschleiern? Geschieht dies selbstbestimmt, oder sind sie fremdbestimmt? Sind ihre Menschenwürde, ihre Grundrechte auf freie Entfaltung verletzt? Berauben sie sich nicht der gleichberechtigten Teilnahme am beruflichen und gesellschaftlichen Leben in unserem Land? Oder berauben nicht ihre Männer sie der emanzipierten Wahr-

nehmung ihrer Rechte? Wir können nicht davon ausgehen, dass alle betroffenen Frauen durch Zwang und Druck seitens ihrer Männer und Familien zum Anlegen des Vollschleiers gezwungen werden, sondern wir müssen in Betracht ziehen, dass betroffene Frauen die Vollverschleierung auch selbst gewählt haben. Dennoch ist es richtig: Unsere offene Gesellschaft lebt vom respektvollen Umgang der Menschen miteinander und von gegenseitigem Vertrauen untereinander. Vertrauen kann nur entstehen zwischen Menschen, die sich ansehen und erkennen können. Die Vollverschleierung verhindert das. Sie ist respektlos dem Mitmenschen gegenüber, der sein Gegenüber erkennen möchte.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Sie ist ein erhebliches Integrationshindernis. Sie vereitelt jegliche zwischenmenschlichen Kontakte. Sie erzeugt Ablehnung der Betroffenen in unserer Gesellschaft sowie Unsicherheit und Ängste im Umgang mit Vollverschleierten und gefährdet damit die öffentliche Ordnung.

[Beifall bei der CDU und der AfD]

Immanuel Kant, einer der bedeutendsten deutschen Philosophen der abendländischen Aufklärung, hat uns gelehrt – ich zitiere wörtlich –:

Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen.

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, ist also der Wahlspruch der Aufklärung.

Deutschland ist in den Genuss der Aufklärung gekommen, und die Aufklärung ist ein Meilenstein in der Entwicklung unseres Landes zu dem, was es heute ist, dem freiheitlichsten Rechtsstaat dieser Erde, einem Magneten für die Eliten dieser Welt. Damit das so bleibt, müssen wir dafür sorgen, dass die nicht wenigen Zugezogenen in unserem Land in den Genuss dieser Errungenschaften der Aufklärung kommen. Dazu mag auch ein gewisser Nachdruck gehören im Rahmen dessen, was unsere Verfassung erlaubt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Das Wort hat die Linksfraktion und hier der Kollege Schlüsselburg.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste! Erstens: Dieser Antrag der AfD ist verfassungswidrig.

(Sebastian Schlüsselburg)

[Lachen bei der AfD]

Zweitens: Dieser Antrag ist rassistisch und intolerant.

[Lachen bei der AfD]

Drittens: Dieser Antrag befeuert religiösen Fundamentalismus und gefährdet die Offenheit unserer liberalen Demokratie.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN –

Frank-Christian Hansel (AfD): Blödsinn!]

Liebe CDU! Das gilt im Kern auch für den Antrag, den Sie hier per Tischvorlage Copy-and-paste vorgelegt haben. Ich glaube, Sie haben das gemacht, weil Sie ein kleines Abgrenzungsproblem zur AfD haben, aber darüber reden wir dann in den Ausschüssen.

Warum ist dieser Antrag verfassungswidrig? – Ganz einfach: Er verstößt gegen Artikel 4 des Grundgesetzes, die Glaubens- und Religionsfreiheit und das staatliche Neutralitätsgebot. Für den Fall, dass Sie Artikel 4 Grundgesetz nicht verstehen, meine Herren, hören Sie mal zu, eine kleine Nachhilfe. Ich zitiere aus dem erwähnten Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes:

Das Tragen der Burka im öffentlichen Raum wird von Artikel 4 GG geschützt. ... Ein generelles Verbot der Burka im öffentlichen Raum verstößt gegen das Neutralitätsgebot des Grundgesetzes und lässt sich verfassungsrechtlich nicht rechtfertigen.

Warum ist das so? – Das ist so, weil die Religions- und Glaubensfreiheit ein vorbehaltlos geschütztes Grundrecht ist. In sie darf überhaupt nur und auch nur schonend eingegriffen werden, wenn und soweit andere Grundrechte und Güter von Verfassungsrang betroffen sind. Und jetzt faseln Sie an dieser Stelle von der Vollverschleierung im öffentlichen Raum von einer permanenten Demonstration. Ich bin mal gutwillig und unterstelle Ihnen, dass Sie damit die negative Religionsfreiheit meinen, also einem Glauben nicht angehören zu müssen. Ja, die Vollverschleierung ist ein starkes Bekenntnis zu religiösen Kleidungsvorschriften.

[Lachen bei der AfD]

Allerdings, und jetzt zitiere ich das Bundesverfassungsgericht, hat der Einzelne

in einer Gesellschaft, die unterschiedlichen Glaubensüberzeugungen Raum gibt, kein Recht darauf, von fremden Glaubensbekenndungen ... verschont zu bleiben

– so das Verfassungsgericht.

Warum ist dieser Antrag rassistisch, intolerant und autoritär?

[Karsten Woldeit (AfD): Das fragen wir uns auch!]

Die AfD stellt sich die Welt offenbar als eine Ansammlung von kulturell und religiös homogenen Gemeinschaften vor, die sich am besten auch noch an Landesgrenzen halten. Das hat nichts, aber gar nichts mit der Realität im Jahr 2016 zu tun. Sie treffen mit Ihrem Vorschlag fast ausschließlich Frauen islamischen Glaubens mit Migrationshintergrund.

[Zuruf von Carola Bluhm (LINKE)]

Sie begegnen diesen Frauen mit Misstrauen und sprechen ihnen eigene Entscheidungen ab. Natürlich wird es ein paar geben, die das nicht freiwillig tun,

[Stefan Franz Kerker (AfD): Ein paar!]

aber mit einem Verbot lösen wir das Problem nicht. Wir müssen ihnen helfen und sie unterstützen, statt diejenigen zu treffen, die tatsächlich ihr Grundrecht an der Stelle ausüben. Für uns als Linke ist es wichtiger, was im Kopf steckt, und nicht, wie er umhüllt ist.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Herr Curio! Eine Wortwahl möchte ich für meine Fraktion ganz klar zurückweisen. Frauen sind keine Säcke, dass das mal ganz klar ist!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Ich möchte mir weder als Mann noch als Volksvertreter anmaßen, einer Frau Vorschriften darüber zu machen, wie sie sich bekleidet oder bedeckt.

Letzter Punkt: Warum befeuert dieser Antrag religiösen Fundamentalismus? – Stellen wir uns doch nur mal eine Sekunde vor, das Grundgesetz gäbe es nicht und dieser Antrag würde tatsächlich beschlossen. Was wäre die Konsequenz? – Sie würden den religiösen Fundamentalisten direkt in die Hände spielen. Sie würden selbst den Beweis erbringen, dass unser Staat religiös nicht neutral ist und bestimmte Religionen privilegiert und andere diskriminiert. Sie würden einen religiösen Kampf der Kulturen um die richtige Kleiderordnung entfachen. Wie grotesk! Was kommt denn dann? – Eine Sittenpolizei, die herumrennt und Kopftücher, Niqabs und andere Kleider kontrolliert? Denken Sie Ihre Vorschläge doch mal zu Ende!

[Frank-Christian Hansel (AfD): Scharia-Polizei! –
Zuruf von Carsten Schatz (LINKE)]

Sehr geehrter Herr Pazderski! Offensichtlich, das zeigt Ihr Antrag, reicht es nicht – Sie sitzen ja noch nicht einmal hier –, als Soldat einfach nur auf das Grundgesetz zu schwören. Man sollte es verstehen, auch die Grundrechte. Ich schenke Ihnen die aktuelle Ausgabe des Grundgesetzes. Verinnerlichen Sie unsere Grundwerte, und bis dahin belästigen Sie dieses Haus nicht mit verfassungswidrigen Anträgen! – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN –

Zuruf von Stefan Franz Kerker (AfD) –
Abg. Sebastian Schlüsselburg (LINKE) überreicht
Abg. Frank-Christian Hansel (AfD) ein Buch.]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Nun hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort, und dort die Kollegin Bayram. – Bitte schön!

Canan Bayram (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! In dem Antrag steht, der Senat solle ein Vollverschleierungsverbotsgesetz vorlegen – diesen Antrag beraten wir jetzt –, und das heißt, der Senat soll etwas möglich machen, was den AfD-Fraktionen in Berlin und in anderen Bundesländern bisher nicht gelungen ist. Bisher konnte kein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der dem Bestimmtheitsgebot tatsächlich genügt, Stichwort: Definition der zu verbietenden Vollverschleierung. Fällt darunter auch der Weihnachtsmann, weil er einen Bart aufgesetzt hat?

[Oh! von der AfD –
Beifall von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Oder fällt darunter derjenige, der kältebedingt eine Sturmhaube trägt?

[Gunnar Lindemann (AfD): Antifa!]

Schwierige Frage – bisher keine Antwort. Wer sich das ganze Bild machen möchte, kann sich das anschauen. Es gibt interessante Videos, die man sich von den Parlamentsdebatten ansehen kann.

Ebenso bereitet es Probleme, verfassungskonforme Gesetze hinzubekommen – die Kollegen haben dazu schon einige Ausführungen gemacht –, denn: Das Anliegen widerspricht unserem Grundgesetz. Der Wert unseres Grundgesetzes besteht darin, nicht alles zu untersagen, solange nicht gleichwertige Verfassungswerte es gebieten. Man kann nicht alles verbieten, was man ablehnt, sagt der Bundesinnenminister. Und auch wir sind der Ansicht, dass Burka und Niqab Unterdrückungsinstrumente sind. Wir lehnen diese ab, aber wir sagen: Es wird nicht gelingen, das mit einem Gesetz zu verbieten.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Frank-Christian Hansel (AfD): Doch!]

In der Begründung zu dem Gesetz wird ausgeführt, dass das angestrebte Ziel dem Individualfreiheitsrecht der muslimischen Frau dienen solle. Das scheint ja Ihr Anliegen zu sein.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Genau!]

Dazu kann ich Ihnen sagen: Danke für das Schutzangebot, aber nein danke!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Kollegin!

Canan Bayram (GRÜNE):

Als muslimische Frau brauche ich diesen Schutz nicht, und ehrlich gesagt nehme ich Ihnen das noch nicht einmal ab. Meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für Frauenrechte und Emanzipation ein, von dem Schutz vor Gewalt gegen Frauen bis hin zur paritätischen Besetzung von Führungspositionen durch Frauen.

[Georg Pazderski (AfD): Bis hin zur Burka!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Gestatten Sie – –

Canan Bayram (GRÜNE):

Dann schaue ich mal in die Reihen der AfD. Wie halten Sie es denn mit dem Anteil der Frauen in Ihrer Fraktion?

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Zuruf von der LINKEN: Genau!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Bayram! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dregger?

Canan Bayram (GRÜNE):

Frauen wollen nicht, dass man über sie redet, sie wollen mitreden, sie wollen mitgestalten. Daher komme ich zu dem abschließenden Ergebnis zu diesem Antrag. Wir sollten aufhören, lange Debatten über Unmögliches zu führen, frei nach dem Motto: Ein Blick ins Gesetz spart viel dummes Geschwätz! – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Nun hat die FDP-Fraktion und dort der Kollege Fresdorf das Wort. – Bitte schön!

Paul Fresdorf (FDP):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie kontrovers das Thema Vollverschleierungsverbot in Deutschland und auch hier in Berlin diskutiert wird, durften wir in den vergangenen Minuten erleben. Das Vollverschleierungsverbot ist kein Thema, welches wir hier in der von der Geschäftsordnung vorgegebenen Zeit in einem angemessenen Rahmen diskutieren oder beraten könnten. Die Fraktion der Freien Demokraten

(Paul Fressdorf)

unterstützt aus diesem Grund die Überweisung an den Rechtsausschuss unter Zuladung des Ausschusses Integration. Wenn das Hohe Haus diesem Wunsch Folge leistet, werden wir eine Anhörung zu diesem Thema in den genannten Ausschüssen beantragen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf den Antrag eingehen. Einige Argumente hierzu wurden schon genannt, daher bitte ich Sie, Redundanzen zu entschuldigen. Es ist mir jedoch wichtig, unseren Standpunkt zu diesem Antrag deutlich zu machen. Inhaltlich werden wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, ob ein Verbot, welches in einer Demokratie immer nur die Ultima Ratio sein darf, bei diesem Thema angemessen ist. Wie ist der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte zu bewerten? Erscheint es als angebracht, den Einzelnen im Interesse der Gesamtgesellschaft in der von ihm – bzw. in diesem Fall eher von ihr – ausgelegten Religionsausübung einzuschränken? Dürfen wir so tief in die Freiheit des Einzelnen eingreifen, um die Freiheit als solche zu verteidigen? Bewegen wir uns mit einem solchen Verbot noch im verfassungskonformen Rahmen, oder wird hier eine Regelung geschaffen, die vom Verfassungsgericht kassiert werden wird?

Die Vollverschleierung der Frau steht auch für mich und meine Fraktion für ein rückwärtsgewandtes Frauen- und Weltbild, welches weder in unsere Zeit noch in unsere Gesellschaft passt.

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Beifall von Dr. Susanne Kitschun (SPD) und
Hildegard Bentele (CDU)]

Sie steht für eine Geschlechtertrennung und die Einschränkung an der Teilhabe am öffentlichen Leben für Frauen und entspricht in keinster Weise unserem liberalen Weltbild. Wie wir gemeinsam als Abgeordnete unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung diesbezüglich gerecht werden können, möchten wir gerne mit Ihnen in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren. Dass die Diskussionen und die ausführliche Beschäftigung bei einem solchen Thema im Vordergrund stehen sollten, ist unzweifelhaft, zumindest dann, wenn es einem tatsächlich um die Sache geht. Bei mir entsteht der Eindruck, dass es sich für die einbringende Fraktion um einen Schaufensterantrag handelt. Dies erkennen Sie daran, dass er nicht nur kurz, sondern auch zu knapp gehalten wurde und zusätzlich keinerlei inhaltliche Gestaltung aufweist. Wenn Ihnen ein Vollverschleierungsverbot wirklich wichtig wäre und Sie nicht nur auf die Wirkung der erhobenen Forderungen auf Ihre Kernwählerschaft abzielen würden, müsste man erwarten können, dass Sie mit einem konkreten Gesetzentwurf auf die Fraktionen des Hauses zugekommen wären und nicht versucht hätten, die inhaltliche Verantwortung für ein solches Gesetz auf den Senat abzuwälzen.

[Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den GRÜNEN]

Ein Verbot von dieser Tragweite ist kein Thema für einen Satz, und es gilt hier, verschiedene Rechtsgüter abzuwägen. Dies wollen wir mit allen Fraktionen und unter Beteiligung von Experten gemeinsam beraten.

Zusammenfassend halte ich fest: Wir unterstützen die Überweisung des Antrags in den Rechtsausschuss unter Zuladung des Integrationsausschusses. Sollte diesem Wunsch nicht entsprochen werden, würden wir aus den vorgenannten Gründen diesen Antrag ablehnen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU –
Beifall von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zu dem Antrag der AfD-Fraktion und zu dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird die Überweisung an den künftigen für Recht zuständigen Ausschuss beantragt. – Widerspruch höre ich dazu nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf,

lfd. Nr. 3.6:

Priorität der Fraktion der FDP

Tagesordnungspunkt 5

Berlin braucht Tegel – Tegel-Offenhaltungsgesetz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0018](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. In der Beratung beginnt die Fraktion der FDP. Hier hat der Kollege Sebastian Czaja das Wort. – Bitte schön!

Sebastian Czaja (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir bringen heute einen wichtigen Antrag ein, nein, wir bringen sogar ein Gesetz ein, das sich mit der Offenhaltung des Flughafens Tegel beschäftigt, weil es um eine Zukunftsfrage für Berlin geht. Deshalb bitte ich Sie, Frau Präsidentin, dafür Sorge zu tragen, dass der Regierende Bürgermeister hier anwesend ist.

[Torsten Schneider (SPD): Nee, nee! –
Christian Goiny (CDU): Was hat der Regierende
Bürgermeister mit dem Flughafen zu tun? –
Heiterkeit]

Das mag eine berechtigte Frage sein, was der Regierende mit dem Flughafen zu hat.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Ich habe die Information, dass Herr Schneider unterwegs ist.

[Torsten Schneider (SPD): Herr Geisel ist unterwegs!]

Sebastian Czaja (FDP):

Ich sehe hier niemanden, der sich mit dieser Zukunftsfrage auseinandersetzen möchte, und deshalb bitte ich um entsprechende Anwesenheit.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Wenn Sie einen Antrag stellten, würden wir darüber abstimmen lassen und dann den Regierenden Bürgermeister her zitieren.

Sebastian Czaja (FDP):

Bitte, ist hiermit gestellt, der Antrag.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann stimmen wir darüber ab, dass der Regierende Bürgermeister her zitiert wird. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und die Linksfraktion.

[Oliver Friederici (CDU): Das ist ein
Parlamentsverständnis! –
Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sebastian Czaja (FDP):

Das sehe ich aber anders bei der Anwesenheit hier im Plenum.

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Vielleicht wechseln
Sie einmal die Optik! –
Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Das Ergebnis der Abstimmung ist festgestellt. Das Präsidium hatte keine Bedenken. – Ich bitte Sie fortzufahren, Herr Czaja!

Sebastian Czaja (FDP):

Großes Unverständnis dafür, dass der Regierende Bürgermeister immer noch nicht bereit ist, sich mit den Zu-

kunftsthemen der Stadt zu beschäftigen, dass die künftige Koalition keinerlei Bereitschaft zeigt, zumindest jetzt in der ersten Lesung damit zu beginnen, eine qualifizierte Debatte über diese Frage zu führen, und dann auch noch dagegen stimmt. Wer so Politik macht, der macht sie an den Menschen vorbei, und der macht sie vor allem an den Realitäten in der Stadt vorbei.

[Beifall bei der FDP und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Sie halten damit Kurs, Berlin weiterhin der Lächerlichkeit preiszugeben, sie halten damit Kurs, diese Stadt weiterhin dem Gespött auszusetzen. Denn Gott und die Welt spottet schon heute über den BER, dessen Nichteröffnung den Steuerzahler täglich 1,3 Millionen Euro kostet. Wer sich mit diesem Flughafen auseinandergesetzt hat – Sie haben es in den letzten fünf Jahren immer wieder getan, im Untersuchungsausschuss oder darüber hinaus –, der muss spätestens jetzt zu der Erkenntnis gekommen sein, dass der Flughafen BER zu klein geplant ist, das Sorgenkind Nummer eins in der Stadt bleibt, und wenn wir nur diesen einen Flughafen haben, noch dazu ein Verkehrschaos obendrauf kommt. Das werden wir als Freie Demokraten nicht hinnehmen, denn wir stehen für die funktionierende Stadt Berlin.

[Beifall bei der FDP –
Zuruf von der CDU: Wir auch!]

Wie unverantwortlich darüber hinaus diese Entscheidung noch ist, einfach daran festhalten zu wollen, nur einen Flughafen in Berlin offenzuhalten, das müsste Ihnen jüngst das Ereignis am Flughafen Schönefeld aufgezeigt haben. Denn wenn nur ein Flugzeug in die Situation kommt und eine Havarie auslöst, wie in Schönefeld das Kleinflugzeug mit den brennenden Reifen, dann ist Berlin abgehängt, dann ist Berlin verschlossen, und wir haben keine andere Möglichkeit, irgendwo in dieser Stadt zu landen. Wir sind jetzt noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Sie haben die große Chance, wenn Sie Tegel offenhalten, nicht wieder ein blaues Auge zu erlangen und vor allen Dingen solch einen Zwischenfall zu vermeiden, indem Sie weiterhin die Erreichbarkeit herstellen.

Wir reden hier über die Hauptstadt Deutschlands, das will ich noch einmal deutlich sagen. Wir sind die Hauptstadt Deutschlands, wir sind Berlin, eine der attraktivsten Metropolen der Welt, in die jedes Jahr 40 000 bis 50 000 Menschen als Neu-Berliner und Neu-Berlinerinnen kommen. Demnächst wohl nur noch mit dem Fahrrad, wenn es nach Rot-Rot-Grün geht, oder zu Fuß.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Aber wir setzen an dieser Stelle auch darauf, dass Sie die Berlinerinnen und Berliner nicht in die Steinzeit zurückkatapultieren, sondern dazu beitragen, dass mit einem zweitem Flughafen in der Stadt auch das drohende Verkehrschaos auf den Berliner Straßen abgewendet wird. Denn im Ergebnis heißt es, wenn Tegel schließt, dass

(Sebastian Czaja)

90 000 Fahrzeuge am Tag auf der Stadtautobahn A 100 hinzukommen und der Britzer Tunnel die Staufalle Nummer eins wird. Dieses Verkehrschaos haben Sie zu verantworten, wenn Sie sich dafür aussprechen, den Flughafen Tegel nicht offenzuhalten. Also nutzen Sie unsere Einladung, die wir Ihnen hier heute vorgelegt haben.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Der Regierende Bürgermeister als Aufsichtsratschef der Flughafengesellschaft weiß sehr genau, dass der Verkehr in Berlin zusammenbricht, wenn Tegel schließt. Die Frage „Tegel offenzuhalten“ ist nicht eine Frage ausschließlich des Luftfahrtverkehrs, sondern sie ist auch eine für die Zukunfts- und Funktionsfähigkeit der Stadt. Ich kann Ihnen nur raten, endlich mit der Realitätsverweigerung aufzuhören. Es kommt mir fast so vor wie bei einem Kleinkind, das sich die Augen zuhält und glaubt, versteckt zu sein. So agiert der Regierende Bürgermeister,

[Carola Bluhm (LINKE): Eher die FDP!]

so agieren Sie als Senat. Damit muss Schluss sein. Machen Sie Realpolitik, machen Sie Politik für die Zukunft dieser Stadt! Tegel wird gebraucht, damit Berlin in Bewegung bleibt, nicht abgehängt wird, der Wirtschaftsstandort weiterhin funktioniert, der Tourismusstandort weiterhin funktioniert und wir uns nicht ständig der Lächerlichkeit preisgeben und Berlin ausschließlich für die Kapriolen dieses Regierenden Bürgermeisters bekannt wird.

Gestatten Sie mir einen letzten Satz. Auch wenn er nicht anwesend ist, hätte der Regierende Bürgermeister, der hier aufgrund der Sympathiewerte von Herrn Wowereit sitzt – noch – und ab dem 8. Dezember aufgrund der Duldung von Linken und Grünen,

[Canan Bayram (GRÜNE): Wir dulden nicht nur!]

die große Chance –,

[Canan Bayram (GRÜNE): Wir dulden ihn nicht nur, wir wählen ihn auch!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Sie müssen zum Schluss kommen!

Sebastian Czaja (FDP):

– endlich einmal eigene Stärke zu erlangen, wenn er die Souveränität hätte,

[Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

sein eigenes Handeln infrage zu stellen und an das anzupassen, was die Berlinerinnen und Berliner einfordern, nämlich den Flughafen Tegel offenzuhalten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Stroedter das Wort.

Jörg Stroedter (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder purer Wahlkampf, lieber Sebastian Czaja, wie wir ihn beide gemeinsam schon häufiger erlebt haben. Das lässt sich übrigens alles gut sagen, wenn man seinen Wahlkreis in Steglitz-Zehlendorf hat, dort warm sitzt und mit dem Flughafen nichts zu tun hat.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

300 000 Menschen sind betroffen in Pankow, Reinickendorf und Spandau. Die sind dieser Berliner FDP komplett egal.

[Holger Krestel (FDP): Wissen Sie, wie viele in Spandau unterschrieben haben?]

Die Konsequenzen werden Sie in fünf Jahren sehen. Sie haben das als FDP im Bundestagswahlkampf 2009 schon mal hinter sich gehabt. Da haben Sie auch hochgerüstet. Wo das 2013 geendet hat, wissen Sie.

Sie haben das Beispiel angesprochen – auch das war interessant –: Die kleine Havarie, die sich in Schönefeld abgespielt hat. Haben Sie sich mal gefragt, was in Tegel passieren kann, wenn da mal eine Maschine runterkommt? Das ist nur Glück, dass das bis heute nicht passiert ist.

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Und ich empfehle Ihnen persönlich: Gehen Sie doch mal in die Gotthard- oder Scharnweberstraße und nehmen Sie sich dort für ein halbes Jahr eine Wohnung!

[Zuruf von Georg Pazderski (AfD)]

Gucken Sie sich an, in welcher Frequenz das bis in die Nacht geht! Die Leute sind krank vor Lärm. Sie sitzen in Zehlendorf und gucken sich das an.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN –

Zuruf von Ronald Gläser (AfD)]

Dann kommen wir mal zum Rechtlichen: Sie wissen genau, dass bis zum Bundesverwaltungsgericht Entscheidungen gefällt worden sind. Sie wissen auch ganz genau, dass am BER sofort alle Klagen wieder anfangen würden, wenn wir in irgendeiner Frage dort wackeln würden. Auch das ist Ihnen völlig egal, weil Sie als Wirtschaftspartei der BER nicht interessiert. Da ist es schön, wenn man Polemik machen kann.

[Sebastian Czaja (FDP): Das ist Blödsinn, was Sie sagen!]

Fakt ist, rechtlich ist das klar entschieden.

(Jörg Stroedter)

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Wir lassen nicht zu, dass der BER dadurch gefährdet wird, dass Sie eine sinnlose Tegel-Debatte führen.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –
Zurufe von der AfD und der FDP]

Der nächste Punkt ist der Schallschutz. Sie wissen genau, dass wir spätestens ab 2019, wenn der Flughafen offenbleibt, Schallschutz in Tegel haben müssen. Da reden wir über riesige Summen. Nach meiner Einschätzung, wenn man den BER als Beispiel nimmt, reden wir zum Schluss über Milliarden. Wer soll die investieren? Wo soll das Geld herkommen? Wie soll sich das wirtschaftlich rechnen? Der Schallschutz wird übrigens nicht dadurch anders, ob da mehr oder weniger Flugzeuge sind, sondern er muss in voller Höhe stattfinden.

Dann kommen Sie immer mit dem Thema – –

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Czaja?

Jörg Stroedter (SPD):

Immer gerne!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Bitte schön!

Sebastian Czaja (FDP):

Herr Kollege Stroedter! Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie der Vorlage von Herrn Geisel und dem Regierenden Bürgermeister nicht folgen, dass für Lärmschutzmaßnahmen 350 Millionen notwendig sind,

[Harald Wolf (LINKE): 400 steht da!]

und Sie weiterhin den Popanz von 2 Milliarden und weiteren Milliarden aufbauen wollen?

Jörg Stroedter (SPD):

Sie gehen richtig in der Annahme, dass ich bei Zahlen, die in der Verwaltung aufgeschrieben werden, immer eine gesunde Skepsis habe. Das sollte man als Abgeordneter haben. Das empfehle ich Ihnen für die Zukunft auch, Herr Czaja!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –
Heiterkeit bei der SPD]

Dann kommen wir mal zu dem Verkehrsthema: Tegel war mal als Flughafen mit 8 Millionen geplant. Heute fliegen dort 21 Millionen. Der Flughafen Tegel hat weder U-Bahn noch S-Bahn. Er hat eine ganz schmale Anbindungsstraße. Ich sehe da keinen Stau. 21 Millionen fliegen in Tegel ohne Probleme. Sie sehen am neuen BER

mit einer ganz anderen Verkehrsanbindung einen Stau. Auch diese Debatte ist unseriös. Sie wissen das. Die Autos sind auch nicht alle gleichzeitig auf der Stadtautobahn, und es gibt auch andere Möglichkeiten, zu dem Flughafen zu kommen. Auch das wissen Sie ganz genau.

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

Dann kommen wir zu den Airlines: Fragen Sie doch mal Lufthansa, Air Berlin, Easyjet, Ryanair! Niemand will diesen Flughafen Tegel haben. Keiner will den zweiten Standort haben. Nicht mal die Postflüge kann man deshalb umlegen, weil Air Berlin nicht bereit ist, das zu akzeptieren, von zwei Standorten zu fliegen. Auch das wissen Sie.

Dann ist für mich auch die Frage: Was sind das für Zahlen, die Sie dort unterstellen? Man kann das hochspekulativ so machen. Ich bezweifle das. Der durchschnittliche Berliner fliegt ein- bis zweimal im Jahr, auch die Wähler der FDP – nehme ich an – fliegen ein- bis zweimal im Jahr. Die steigenden Zahlen kommen in erster Linie durch den Tourismus,

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

bedingt auch noch durch die wachsende Stadt. Worum es uns geht, ist aber, dass wir die Chancen der Nachnutzung in Tegel nutzen. Da sage ich auch mal so deutlich: Wir haben in Tegel eine riesige Chance bei der Nachnutzung. Wir werden dort 5 000 Wohnungen bauen, und zwar vor allem Wohnungen in einem Bereich, der für die Berlinerinnen und Berliner bezahlbar ist. Wir kriegen für die Beuth-Hochschule einen zweiten Campus hin. Wir werden einen Forschungs- und Technologiepark errichten, in dem viele Arbeitsplätze entstehen. Das ist eine Chance für die Stadt. Das ist eine Chance für den Bezirk Reinickendorf, für Tegel, für uns insgesamt

[Zuruf von Holger Krestel (FDP)]

und nicht, einen künstlich offengehaltenen Flughafen Tegel dort weiter zu betreiben, den niemand will, weder die Leute noch die Airlines noch die Stadt. Sie wissen das ganz genau. Es war ein guter Wahlkampfgegner, um einmal über 7 Prozent zu kommen. Die „B. Z.“ hilft Ihnen ja auch mit ganzseitigen Anzeigen. Ich weiß nicht, ob Sie dafür etwas bezahlt haben.

[Zurufe von der FDP]

Das ist alles wunderschön, aber im Endeffekt brauchen wir den Flughafen nicht.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Jörg Stroedter (SPD):

Helfen Sie mit, dass der BER funktionstüchtig ist und wir dort die Perspektive für Berlin haben! – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hat die CDU-Fraktion mit dem Kollegen Friederici das Wort. – Bitte schön!

Oliver Friederici (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr als 35 Millionen Fluggäste wird der Flughafenstandort Berlin-Brandenburg Ende des Jahres 2018 haben. Das sind so viele Fluggäste, wie München 2011 hatte. Wir als CDU freuen uns ausdrücklich über diese Zunahme des Luftverkehrs.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Die Zunahme des Luftverkehrs bildet die neue Wirtschaftskraft und Attraktivität Berlins ab. Die Menschen wollen nach Berlin kommen. Gleichzeitig hat sich das Wohlstandsniveau der Berliner und Brandenburger erhöht, sodass mehr geflogen wird.

Die neue Koalition aus Rot-Rot-Grün will diese Tatsache einfach nicht wahrhaben. Alle drei Parteien wollen sich offensichtlich bei Urlaubsreisen nur noch mit Fahrrad, Straßenbahn und Dreirad bewegen

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Heiterkeit bei der AfD]

und haben auch leider keine Kraft, sich auch nur in irgendeiner Art und Weise zu den Chancen und Möglichkeiten des Flugverkehrsstandorts Berlin-Brandenburg positiv zu äußern.

[Lachen von Torsten Schneider (SPD)]

Die Zunahme des Luftverkehrs ist eine verkehrspolitische Herausforderung, der sich Rot-Rot-Grün nicht stellen will, aus rein ideologischen Gründen nicht stellen kann.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Der neue Koalitionsvertrag trägt dem Luftverkehrswachstum und den Chancen Berlins an Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen grundsätzlich keine Rechnung. Dieser neue Koalitionsvertrag will stattdessen die Chancen und Möglichkeiten des Luftverkehrs und der zu schaffenden Arbeitsplätze wie üblich behindern. Rot-Rot-Grün leugnet den Zuwachs. Rot-Rot-Grün will keinen Ausbau der Flughafenkapazitäten. Rot-Rot-Grün will keine dritte Start- und Landebahn, weil es Angst vor den eigenen Wählern hat.

[Harald Moritz (GRÜNE): Zum Thema!]

Und Rot-Rot-Grün will keinen Ausbau der Verkehrsverbindungen zum Flughafen BER. Rot-Rot-Grün will keine U-Bahn zum Flughafen. Stattdessen sollen die Menschen mit Fahrrad und zu wenig senatsseitig bestelltem Bus- und Bahnverkehr ihren Flieger erreichen.

[Beifall bei der AfD –
Heiterkeit bei der AfD –
Zuruf von Dr. Wolfgang Albers (LINKE)]

Alles das macht deutlich, wie wenig diese neue Koalition in der Realität international angekommen ist. Berlins Konkurrenten in Europa sind London und Paris, Kopenhagen, Barcelona und Stockholm. Diese Städte bauen das U-Bahnnetz aus. Diese Städte haben mehrere internationale Flughäfen. Diese Städte bauen ihr Verkehrsnetz aus und nicht nur ihr Fahrradnetz.

[Harald Moritz (GRÜNE): Zum Thema!]

Diese Städte machen deutlich: Ja, wir stellen uns dem harten Wettbewerb und schaffen die Verkehrsinfrastruktur, damit Wohlstand und Wachstum für alle Menschen gesichert und ausgebaut werden und eben nicht nur für linke Wähler.

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Dafür
hatten Sie ja fünf Jahre Zeit!]

Rot-Rot-Grün kann und will nicht erkennen, dass der Flughafenstandort Berlin-Brandenburg ausgebaut werden muss. Rot-Rot-Grün begreift nicht, dass der Zuwachs der Luftverkehrskennzahlen einerseits und die Weigerung, BER auszubauen, andererseits direkt in eine neue Diskussion zur Offenhaltung des Flughafens Tegel führen.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Gestatten Sie Zwischenfragen?

Oliver Friederici (CDU):

Nein!

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Da sage ich als CDU-Vertreter: Wir diskutieren mit und fordern aufgrund des begrüßenswerten starken Wachstums – erstens – ein Luftverkehrskonzept vom Senat – ein diesbezüglicher Antrag wird von der Unionsfraktion noch einzubringen sein – und zum anderen eine inhaltlich geführte Diskussion und eben ideologiefrei,

[Torsten Schneider (SPD):
Dann schießen Sie mal los! –
Canan Bayram (GRÜNE):
Machen Sie doch mal vor! –
Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

mit welchen Flughafenstandorten Berlin und Brandenburg künftig im internationalen Wettbewerb auftreten wollen. Ideologiefrei wird mit Rot-Rot-Grün vermutlich überhaupt nicht gehen.

[Beifall bei der AfD –
Canan Bayram (GRÜNE):
Machen Sie doch mal vor!]

Daher werden wir uns als CDU und auch andere Teile der Opposition ergebnisoffen darum kümmern müssen.

(Oliver Friederici)

[Ah! von links]

Da ist ein Tegel-Gesetz der FDP – es tut mir leid – verfrüht. Ich kann es verstehen, Sie haben es im Wahlkampf gefordert, aber als CDU sage ich: Wir brauchen erst ein tragfähiges Konzept für den Luftverkehr und dann eine Entscheidung.

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Die CDU sichert zu: Wir wollen, dass Berlin ein exzellenter Flughafenstandort bleibt, dieser leistungsfähig ausgebaut wird und für die ganze Stadt da ist. Die CDU will einen ideologiefreien Zukunftsdialog für die zwei Berliner Flughäfen Schönefeld alt und Tegel alt. Wir wollen und müssen Berlins Zukunft für den neuen Flughafen BER gestalten und nicht wie Rot-Rot-Grün verkehrspolitisches Ideologiechaos anrichten und damit Berlins Zukunft verspielen. Die Menschen haben einfach mehr verdient als Holzroller, Fahrräder, Straßenbahn, Wasserfahrzeuge,

[Canan Bayram (GRÜNE):
Wovon reden Sie?]

Verkehrsflächenrückbau und Ähnliches à la Rot-Grün. Wir wollen die Zukunft für Berlin und Brandenburg, und dafür steht die CDU. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der AfD und der FDP –
Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für die Linksfraktion der Kollege Harald Wolf das Wort.

Harald Wolf (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! – Herr Friederici! Das war ja ein völlig ideologiefreier Vortrag, den wir gerade gehört haben.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN –
Oliver Friederici (CDU): Das kriegen
Sie nie hin!]

Wissen Sie, es ist eine gewisse Tragik, wenn man an seine eigenen Vorurteile selbst glaubt, und das ist, denke ich, in Ihrem Beitrag sehr deutlich geworden.

Ich frage mich auch, wie Sie dazu kommen zu behaupten, dass die rot-rot-grüne Koalitionsvereinbarung den Flughafen BER nicht ausbauen wolle. Völliger Unsinn! Natürlich wollen wir das!

[Oliver Friederici (CDU): Für Fahrradständer,
oder wie? –
Heiterkeit bei der AfD]

– Also, das Niveau steigt zusehends!

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Deshalb lacht
auch die AfD!]

Wir werden diesen Flughafen zu einem leistungsfähigen Flughafen machen.

[Sebastian Czaja (FDP): Aber wann?]

Zu der Frage „Aber wann?“ sollten sich die Fraktionen, die in den letzten fünf Jahren politische Verantwortung getragen haben, eine Antwort überlegen.

[Beifall bei der LINKEN]

Der Flughafen wird, wie Sie wissen, 2017 oder 2018 nach Ihrer, meine Damen und Herren, erfolgreichen Vorarbeit eröffnet werden.

[Sebastian Czaja (FDP): Bestehen Sie jetzt
auch auf der Anwesenheit des
Regierenden Bürgermeisters?]

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Kollege Friederici, nachdem die CDU fünf Jahre verantwortlich und verantwortungsbewusst mit dem Thema umgegangen ist, kaum, dass sich die die CDU in dem Übergang zur Opposition befindet, jetzt offensichtlich die Tegel-Frage wieder aufmacht.

[Sebastian Czaja (FDP): Getrieben durch die FDP!]

– Herr Czaja, das macht es ja noch schlimmer, dass die CDU sich von Ihrem Unsinn treiben lässt. Aber der Quatsch wird ja immer noch quätscher, wenn man das jetzt weiterbetreibt. Ich habe hier von Ihrer Seite bislang noch keine qualifizierte Diskussion über dieses Thema gehört.

[Georg Pazderski (AfD): Es wird
auch nicht besser!]

Sie müssen sich mal mit der rechtlichen Lage auseinandersetzen. Da zitiere ich aus dem Planfeststellungsbeschluss, wenn Sie es nachlesen wollen, Seite 328 des Planfeststellungsbeschlusses. Dort heißt es:

Der Planfeststellungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der endgültigen Schließung der Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Tempelhof spätestens nach einer Übergangszeit von sechs Monaten nach Inbetriebnahme der ausgebauten Südbahn.

Wortlaut des Planfeststellungsbeschlusses. Ich zitiere auch noch mal das Bundesverwaltungsgericht, das festgestellt hat, dass der planfestgestellte Ausbau des Flughafens Schönefeld unter – – Ich gucke gerade noch einmal.

[Sebastian Czaja (FDP): Sehen Sie!
Es steht nämlich nicht drin, dass Tegel
geschlossen werden muss!]

– Entschuldigung! Der Planfeststellungsbeschluss steht unter dem Vorbehalt der Schließung der beiden innerstädtischen Flughäfen. Das steht explizit im Planfeststellungsbeschluss, und das können Sie nicht wegdiskutieren.

[Ronald Gläser (AfD): Aber ändern!]

(Harald Wolf)

Wenn Sie an dieser Schließung rütteln, gefährden Sie das Projekt BER. Es wird dann hundertprozentig Klagen gegen den BER und gegen den Planfeststellungsbeschluss geben. Deshalb sage ich: Es ist unverantwortlich. Es ist ein Hasardspiel, was Sie hier betreiben, und es bedeutet, den Leuten Sand in die Augen zu streuen und nicht die Wahrheit zu sagen, wie die Realität und wie die Lage ist.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN, der SPD
und den GRÜNEN]

Ich sage auch: Wir halten fest, dass wir mit der Schließung des innerstädtischen Flughafens Tegel ein Gefährdungspotenzial wegnehmen und über 300 000 Menschen vom Fluglärm entlasten wollen.

[Vereinzelter Beifall bei der LINKEN, der SPD
und den GRÜNEN]

Die FDP als sogenannte Wirtschaftspartei tut dem Wirtschaftsstandort Berlin einen Tort an, denn Sie gefährdet mit dieser Politik die Fertigstellung des BER;

[Frank-Christian Hansel (AfD): Blödsinn!]

sie gefährdet sogar die Entwicklung eines Zukunftsstandortes, wie er in Tegel mit der Ansiedlung von Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen und dem Bau von ca. 10 000 Wohnungen geplant ist.

[Zurufe von der FDP]

Wir werden das nicht mitmachen! Wir halten daran fest: Der BER muss zu einem leistungsfähigen Flughafen ausgebaut werden, und Tegel wird geschlossen.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Moritz das Wort.

Harald Moritz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP und ihre Berliner Wiederbelebungskampagne, jetzt mit dem Tegel-Offenhaltungs-Gesetz! Um die bündnisgrüne Haltung gleich am Anfang klar zu benennen: Wir wollen den Flughafen Tegel so schnell wie möglich schließen und lehnen Ihr Gesetz ab.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Der Flughafen Tegel wird aus guten Gründen geschlossen wegen der hier bereits angesprochenen Sicherheitsprobleme und der Belastungen durch den Fluglärm.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Sie schüren Ängste!]

Aus dem politischen Konsensbeschluss von 1996, Tegel zu schließen, ist inzwischen eine rechtsverbindliche Lage geworden. Es gibt den Widerruf der Betriebsgenehmigung von 2004

[Sebastian Czaja (FDP): Den Sie widerrufen können!]

und die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses von 2006. Beides wird sechs Monate nach der Betriebsaufnahme der beiden Pisten am BER wirksam. Darüber hinaus gibt es die gesetzlichen Vorgaben im gemeinsamen Landesentwicklungsplan, und – das wurde vom Kollegen Wolf schon erwähnt – den Planfeststellungsbeschluss zum BER. Und das Bundesverwaltungsgericht hat die Standortentscheidung nur dadurch rechtfertigen können, dass die innerstädtischen Flughäfen Tempelhof und Tegel schließen sollen. Es ging bei dieser Verbindung keinesfalls um Kapazitätsfragen, sondern es ging immer um den Standort. Mit diesen rechtlichen Regelungen haben die Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens Tegel auch ein schutzwürdiges Vertrauen in die Bestandskraft der Schließungsbescheide erlangt. Auch das gilt es zu achten.

Theoretisch könnte man alles infrage stellen und ändern, aber es ist die Frage, mit welchem Ziel, zu welchem Preis und welchen Mitteln. Wollte man Tegel dauerhaft betreiben, müsste man sicherlich ein Planfeststellungsverfahren durchführen, und das dürfte unter den heutigen Rahmenbedingungen für einen innerstädtischen Flughafen nicht mehr funktionieren. Das ist auch richtig so! Auch bestünde die Gefahr – auch das ist schon angesprochen worden –, wenn Tegel dauerhaft weiterbetrieben würde, dass der Planfeststellungsbeschluss angefochten wird. Letztendlich würde Berlin unter Umständen ohne einen Flughafen dastehen.

Aber nun zu Ihrem Tegel-Offenhaltungs-Gesetz: Damit wird es ganz sicher nicht funktionieren können. In § 2 wird der Anwendungsbereich des Gesetzes auf Berlin beschränkt, was für ein Berliner Gesetz richtig ist. Aber § 4 bezieht sich schon auf eine Metropolregion von 30 Kilometern um den Stadtmittelpunkt. Wo auch immer er liegt, aber damit dürfte sich Ihr Gesetz mit Sicherheit außerhalb der Stadtgrenzen bewegen. In § 6 wollen Sie ein Bundesgesetz in einer speziellen Form anwenden. Ob ein Landesgesetz ein Bundesgesetz ändern kann, weiß ich nicht. In § 4 soll dann schon heute eine Kapazität an Flugbewegungen sichergestellt werden, die in 15 Jahren möglicherweise notwendig wäre. So lange soll sie nutzlos vorgehalten werden. Wer zahlt das?

In § 3 ist der Absatz 2 – wahrscheinlich schon vor der Einbringung des Gesetzes – entfallen. Aber das Bizarrste ist für mich der Absatz 3 in § 3. Da wird bestimmt, dass sich das Gesetz ausschließlich auf die Flugbewegung bezieht, die der Flugbereitschaft und der allgemeinen Luftfahrt zuzuordnen sind, also ausschließlich auf Regierungsflüge und Privat- und Geschäftsflieger, denn dem allgemeinen Luftverkehr werden die Flüge des Linien- und Charterverkehrs – in Berlin 90 Prozent – nicht zugeordnet. Also will die FDP einen Flughafen für die Besserverdienenden, für die Privat- und Geschäftsflieger.

(Harald Moritz)

Und wer soll's bezahlen? – Der Bund, weil er seine Flugbereitschaft da stationiert. Schön!

[Sebastian Czaja (FDP): So steht das da nicht drin!]

Das steht so da drin, genau!

[Sebastian Czaja (FDP): Das ist Ihre Lesart!]

Wahrscheinlich haben Sie das den Menschen draußen, wo Sie Unterschriften beim Volksentscheid sammeln, ganz sicherlich nicht gesagt, dass das so etwas ist. Also, ziehen Sie Ihren Antrag zurück und lassen Sie uns Tegel schließen, so wie es vorgesehen ist. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –

Torsten Schneider (SPD): Ein Bundesgesetz!]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für die AfD der Kollege Hansel das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD):

Werte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wir als AfD stehen für den Erhalt von Tegel und haben in unserem Wahlprogramm gefordert, Tegel als Regional- und Regierungsflughafen weiterzubetreiben. Die Kollegen von der FDP sind also beileibe nicht die Einzigen, die dieses für die Mobilität der Berliner und die Berliner Wirtschaft wichtige politische Ziel verfolgen. Jeder Realist erkennt, dass der BER bei seiner irgendwann einmal realisierten Eröffnung schon anfangs viel zu klein sein wird und die in Tegel vorhandenen Ergänzungskapazitäten erhalten bleiben müssen. Erinnern wir uns aber: Seit 2006 hat das grüne Spitzenpersonal mit Renate Künast immer wieder öffentlich schwadroniert, dass der Flughafen in Schönefeld vermeintlich viel zu groß geraten könnte. Das waren rückblickend geradezu absurde Auftritte angesichts der 2014 offiziell eingeräumten massiven Kapazitätsunterdeckung des – ich sage es mal so – aus Sicht der SPD heute wohl peinlicherweise mit dem großen Namen Willy Brandt verbundenen Flughafens.

Aber von der Realität ließen sich die herrschenden Ideologen in Berlin in Sachen Flughafensystem noch nie beeindrucken. Seit der absurden Tempelhof-Schließung 2008 gefallen sich SPD, Linke und Grüne in einer völligen Ignoranz in der Notwendigkeit eines florierenden Luftverkehrssystems für die deutsche Hauptstadt an sich. Und diesen ideologischen Starrsinn bekommen die Berliner jetzt auch mit der Tegel-Schließungsdebatte zu spüren, die sich mit dem Volksbegehren wehren, das nunmehr in die zweite Phase geht und das wir im Rahmen unseres Mottos „Mehr Demokratie wagen!“ unterstützen.

[Beifall bei der AfD]

„Mehr Demokratie wagen!“, das war einst mal das Thema desjenigen, dessen Enkel der Großbaustelle im Süden

Berlins seinen Namen gegeben haben. So ändern sich die Zeiten.

[Zuruf von Sven Kohlmeier (SPD)]

Dabei stellt sich die alte und neue Berliner Senatskoalition gegen eine rot-rote brandenburgische Landesregierung, die nichts mehr gegen einen besonders definierten Weiterbetrieb von Tegel einzuwenden hat, da es den Brandenburgern davor graut, die vollkommen unzureichende BER-Kapazität auch noch mit Regierungs- und Regionalfliegern teilen zu müssen. Sie wissen, da gehen Slots verloren, die da gebraucht werden.

Angesichts kaum kalkulierbarer Planungs- und Bauzeiten für Großprojekte wie insbesondere Flughäfen über mittlerweile mehrere Jahrzehnte ist unser Credo ganz einfach: Lasst uns den Flughafenstandort Tegel erhalten und nicht die Zukunft leichtfertig durch eine Tegel-Schließung verschenken! Und an die den Senat tragenden Fraktionen auf der linken Seite gerichtet: Sagen Sie der Öffentlichkeit, dass der Tegel-Schließungsbescheid angesichts der BER-Bedarfsunterdeckung von der Berliner Landesluftfahrtbehörde zurückzuziehen wäre und die Tegel betreffende Planfeststellung – also Schließung sechs Monate nach der Inbetriebnahme – durchaus und selbstverständlich zu verändern ist. Denn, liebe Freunde Parlamentarier – jetzt komme ich auf einen wichtigen Satz –, nichts ist alternativlos. Und meine Partei ist im Übrigen auch und vor allem genau deswegen in dieses Abgeordnetenhaus und in die zehn Landesparlamente gewählt worden.

[Bravo! und Beifall bei der AfD]

Es geht rein um den politischen Willen, und das ist Sache des Parlaments. Wir können Gesetze ändern. Wir können scheinbar in Stein gemeißelte Rechtslagen verändern. Wir können das – ich will das andere Unwort nicht gebrauchen –, wenn wir es wollen. Wir werden den parlamentarischen Vorstoß der Kollegen konstruktiv begleiten und gegebenenfalls über eine Bundesratsinitiative versuchen, eine Planfeststellung durch Bundesgesetz – das geht nämlich – zu erreichen.

Zu erwähnen bleibt, dass die gesamte Tegel-Nachnutzungspropaganda, die seit 2011 auftragsgemäß die sogenannte Tegel Projekt GmbH verbreitet hat, inzwischen in sich zusammengebrochen ist. Wie bei Tempelhof wurde mit viel Steuergeld die Geschichte erzählt, gerade hier von den Kollegen auch, dass Tausende Arbeitsplätze und Wohnungen auf den dann stillgelegten Flughafenstandorten errichtet werden könnten. Nun ist auch für Tegel kleinlaut eingeräumt worden, dass nichts übrigbleiben wird und das Flughafengelände wahrscheinlich stückchenweise verschербelt werden muss, weil sich die vielbesungenen Hightech-Unternehmen einfach nicht einstellen wollen. Wir als AfD-Fraktion erklären unser Ja zum Offenhalten und dem Weiterbetrieb von Tegel, wenn auch mit spürbar reduziertem Flugaufkommen, und werden uns weitere Initiativen vorbehalten, den Flugha-

(Frank-Christian Hansel)

fenstandort Berlin insgesamt bedarfs- und zukunftsge-
recht zu gestalten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die
Überweisung des Gesetzesantrags federführend an den
künftig für Verkehr zuständigen Ausschuss und mitbera-
tend an den künftig für Umwelt zuständigen Ausschuss
und an den künftig für Recht zuständigen Ausschuss
sowie an den Hauptausschuss empfohlen. Widerspruch
höre ich dazu nicht, dann verfahren wir so.

Ich komme zur

lfd. Nr. 4:

**Viertes Gesetz zur Änderung der Bauordnung für
Berlin**

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/0011](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht
vorgesehen. Es wird die Überweisung der Gesetzesvorla-
ge an den künftig für Bauen zuständigen Ausschuss emp-
fohlen. – Widerspruch höre ich dazu nicht, dann verfahr-
ren wir so.

Der Tagesordnungspunkt 5 war Priorität der Fraktion der
FDP unter Nummer 3.6.

Ich komme nun zur

lfd. Nr. 5 A:

**Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des
Landesabgeordnetengesetzes**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der
Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke, der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der
FDP

Drucksache [18/0026](#)

Erste Lesung

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt.
Ich eröffne die erste Lesung. Eine Beratung ist nicht
vorgesehen. Es wird die Überweisung des Gesetzesan-
trags an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch
höre ich dazu nicht, dann können wir so verfahren.

Ich komme zur

lfd. Nr. 6:

**Zwanzigster Staatsvertrag zur Änderung
rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster
Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 50
Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/0015](#)

In der Beratung beginnt die Fraktion der FDP und hier
der Kollege Krestel. – Bitte schön!

Holger Krestel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nahezu seit
der Gründung der Bundesrepublik begleitet uns die durch
staatliche Verträge begründete sogenannte Staatsferne der
öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Bundesre-
publik besteht nun aber fast 70 Jahre, und dieser Rund-
- und Fernsehfunk per staatlich verordneter Staatsferne
besteht nach wie vor in einer Form, als ob Herr Adenauer
und Herr Mende gleich um die Ecke kommen würden.
Diese jedem gesellschaftlichen Wandel, z. B. der Einfüh-
rung privater Rundfunk- und Fernsehsender, völlig ab-
holde Starrheit hat dazu geführt, dass sich in unserer
Gesellschaft eine Art Parallelstruktur gebildet hat, ein
munteres Konglomerat meinungsstarker Funktionäre. Wir
wollen hier nicht das Kind mit dem Bade ausschütten,
öffentlicher Rundfunk hat für die FDP weiterhin seinen
Platz. Wir brauchen ein Korrektiv, das kulturell hochwer-
tige Kultur-, Jugend- und andere Sendungen jenseits von
Formaten wie „Bauer sucht Frau“ möglich macht und
diese auch umsetzt.

[Georg Pazderski (AfD): Lindenstraße!]

Zahlreiche Mitarbeiter in den Funkhäusern, Redaktionen
und den Sendehäusern tun das ja auch. Es besteht jedoch,
um zwei Beispiele zu nennen, keine Notwendigkeit, für
hohe Millionenbeträge Sportereignisse einzukaufen und
die Zuschauer damit zwangsweise für Sendungen zahlen
zu lassen, die sie, wenn sie das denn wollten, bei privaten
Sendern kostenlos sehen könnten bzw. nur dann dafür
zahlen müssen, wenn sie die Sendung auch sehen wollen.
Unverständlich und geradezu aus der Zeit gefallen ist für
uns die Tatsache, dass mittlerweile rund 30 Prozent der
Haushalte öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten aus
Pensionen und Pensionszusagen für die außergesetzlichen
Versorgungssysteme ehemaliger öffentlich-rechtlicher
Rundfunkfunktionäre besteht. Der öffentlich-rechtliche
Rundfunk ist so ziemlich die letzte Insel in unserer Ge-
sellschaft, bei der der unsägliche Norbert-Blüm-Satz „Die
Rente ist sicher“ noch zutrifft, sogar mit der Erweiterung
„Die fette Rente ist sicher“.

[Beifall bei der FDP]

Daher wird die sogenannte GEZ-Gebühr längst von vie-
len Menschen in diesem Land als heimliche Zusatzsteuer
empfunden – dafür, dass man den Bürgern für teures
Geld mitteilt, was sie denken sollen und wie man bitte

(Holger Krestel)

schön politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Vorkommnisse zu bewerten habe.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Kurt Wansner (CDU)]

Nun hat die KEF in ihrem zwanzigsten Bericht eine Absenkung des Rundfunkbeitrags ab 2017 um 30 Cent empfohlen. Das ist noch nicht einmal ein Trinkgeld, wenn man das zuvor von mir Gesagte dagegenstellt. Es wäre das absolute Minimum gewesen, jedem GEZ-Zahler wenigstens diesen Obolus von 30 Cent im Monat zu erlassen. Stattdessen aber schafft man einen neuen Reptilienfonds, der – das ist zu befürchten – im Zweifel allen möglichen Zwecken, jedoch nicht dem Schutz vor kommenden Gebührenerhöhungen, wie es in der Vorlage steht, dienen wird. Daher werden wir uns mit der zukünftigen rechtlichen Regelung, die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten betreffend, noch ausgiebig beschäftigen müssen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Zimmermann das Wort.

Frank Zimmermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Krestel! Sie haben gleich drei fundamentale Grundsätze des deutschen Mediensystems offenbar komplett falsch verstanden, und deswegen sind Sie mit Ihrem Beitrag auch haarscharf neben der Sache gelandet.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Holger Krestel (FDP): Aha!]

Wir haben – erstens –, Herr Krestel, eine duale Medienordnung, die das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern und die Bestands- und Entwicklungsgarantie dieser Anbieter schützt. Wir haben kein Paralleluniversum oder einen andere Art von Ihnen inkriminiertem Nebeneinander. Es ist eine gewollte und vom Verfassungsgericht gestützte duale Medienordnung. Lesen Sie es noch einmal nach!

Zweiter Fehler, Herr Krestel: Über das Programm zu befinden und darüber, ob „Bauer sucht Kultur“ richtig ist oder nicht, ist hier nicht die Aufgabe.

[Holger Krestel (FDP): Sie haben ja nicht
mal richtig zugehört!]

Wir haben die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für die öffentlich-rechtlichen Anstalten zu schaffen, insbesondere für den RBB, aber auch für die anderen, durch die Mitentscheidung in den Rundfunkstaatsverträgen. Diese Aufgabe müssen wir erfüllen und dürfen nicht Ihre komi-

schen programmlichen Erwägungen hier zur Grundlage machen.

Drittens: Das Bundesverfassungsgericht hat einen klaren Funktionsauftrag für die öffentlich-rechtlichen Anstalten formuliert. Dazu gehört insbesondere die Versorgung mit all den Inhalten, die in den Staatsverträgen drinstehen. Es geht hier um die Finanzierung und den Anspruch der Anstalten, eine gerechte und vernünftige Finanzierung zu bekommen.

Sie haben in der letzten Minute Ihrer Rede doch noch einmal zur Sache gesprochen. Ich will dazu noch ein paar Sätze sagen, um das zu korrigieren, denn es war leider auch falsch. Es ist kein Reptilienfonds oder irgendeine Art von Kasse, in die irgendjemand greifen kann.

[Holger Krestel (FDP): Lesen Sie sich
mal die Formulierung durch!]

Die Ministerpräsidenten haben Ende Oktober entgegen der Empfehlung der KEF – der zuständigen Kommission – beschlossen, den Rundfunkbeitrag unverändert zu lassen. Damit erreichen wir eine Beitragsstabilität über mehrere Jahre. Das ist genau das, was wir wollen, nämlich dass die Rundfunkbeiträge nicht wie ein Jo-Jo rauf- und runtergehen und sich ständig alles ändert. Wir wollen an dem Punkt eine Stabilität haben. Und diese Einnahmen, die durch ein Beitragsaufkommen entstehen und nicht ausgegeben werden müssen,

[Holger Krestel (FDP): Aber können!]

werden einer Rücklage zugeführt. Dazu geben die Sender eine Selbstverpflichtungserklärung ab. Auch der RBB wird das tun. Mit diesem Geld wird nichts getan. Es ist eine Rücklage für künftige Mehrbedarfe, und das macht Sinn.

Gleichzeitig – um noch einen positiven Ausblick zu wagen – ist es entscheidend – und das ist auch ein Auftrag der Länder an die Sender –, dass die öffentlich-rechtlichen Sender grundlegende strukturelle Veränderungen in die Wege leiten, um künftig überbordende Mehrbedarfe zu vermeiden. Das ist auch beschlossen worden. Wir erwarten bis Herbst 2017 erste Vorschläge dazu, wie die Sender verfahren. Damit das klar ist: Es ist der Auftrag und die Botschaft der Bundesländer an die Anstalten, dass sich die Sender auf viele Jahre auf gleichbleibende und nicht auf steigende Beiträge einstellen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Goiny das Wort.

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Rundfunkstaatsvertrag ist folgerichtig in der Umsetzung des neuen Beitragsmodells, das in Deutschland eingeführt worden ist. Wir glauben, dass sich das, was mit diesem neuen Beitragsmodell in Deutschland jetzt zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Weg gebracht worden ist, bewährt hat. Zum einen führt es dazu, dass inzwischen der Anteil derjenigen, die den Rundfunkbeitrag zahlen, gestiegen ist. Das hat bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu Mehreinnahmen geführt. Davon profitiert insbesondere der Rundfunk Berlin-Brandenburg. Es ist zwar auch richtig, dass man dafür gesorgt hat, dass diese Mehreinnahmen nicht einfach verplant und ausgegeben werden können, sondern in eine Rücklage gepackt werden, die insbesondere dazu dient, künftige Beitragsanpassungen abzufedern bzw. zu verhindern. Das ist bisher erfolgt, und insofern zeigt sich, dass dieses System funktioniert. Ich finde die Entscheidung, die in diesem Rundfunkstaatsvertrag abgebildet ist, richtig, nämlich dass man auch für die künftige Gebührenperiode auf diesem Weg fortschreitet. Auch hier wird es so sein, dass diese Mehreinnahmen seitens des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht verpfändet werden dürfen, sondern in eine Rücklage gepackt werden müssen.

Und die 30 Cent-Gebührenreduzierung, die die KEF vorgeschlagen hat, ist eine Dimension, mit der man nicht ernsthaft vor der Gebührenzahlerinnen und -zahler treten und sagen konnte: Wir haben etwas entlastet. Das würde keiner ernst nehmen. Wichtig ist es, dafür zu sorgen, dass der Rundfunkbeitrag dauerhaft stabil bleibt, und das ist mit diesem Staatsvertrag gewährleistet.

Lieber Kollege Krestel, das, was von Ihnen vorgeschlagen wurde, geht in der Sache ein bisschen fehl. Zum einen sind wir in Deutschland Verfechter des privaten Rundfunks. Ich glaube auch, dass viele spannende und interessante Formate auf dem Markt sind. Auf der anderen Seite ist es nach wie vor richtig, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen wichtigen Beitrag zur Information und Unterhaltung leistet. Der Kollege Zimmermann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass staatsvertraglich geregelt ist, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk senden soll. Ich wäre sehr dagegen, dass wir vonseiten der Politik sagen: Sport, Unterhaltung oder Kultur sind nicht so wichtig.

[Holger Krestel (FDP): Hat keiner gesagt!]

Diese Form der Einmischung in Programmangebote von privaten wie staatlichen Rundfunkanstalten ist nicht gut. Die FDP hat über viele Jahrzehnte diese Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland auf Bundesebene mitgeprägt und mitverantwortet. Damals waren sie nicht auf dem schlechtesten Weg. Ich habe eher den Eindruck, dass das, was Sie heute erzählt haben, eher von der Stimmung und dem Mainstream bestimmter

gesellschaftlicher Kreise motiviert war als von sachlichen Erwägungen und Argumenten.

Ich glaube, wir haben mit dem System, das wir jetzt in Gang gesetzt haben, dafür gesorgt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk sparen muss, denn in der Tat ist es so, dass die Finanzplanung der Rundfunkanstalten in der Vergangenheit davon ausgegangen ist, mit künftigen Gebührenerhöhungen weitaus höhere Beträge zur Verfügung zu haben. Wir sehen beim RBB mit der neuen Intendantin, dass man sich sehr ambitioniert und engagiert darum kümmert, wie man das Programm attraktiver und interessanter machen kann. Diese Diskussion auch der Nutzerinnen und Nutzer ist völlig legitim und wichtig. Ich warne allerdings ein bisschen davor, vonseiten der Politik jetzt zu sagen, was gesendet werden darf und was nicht. Die Beitragsstabilität, die wir jetzt hiermit erreichen, ist eine substanzielle Veränderung im Vergleich zu früheren Jahren, wo wir mit jeder Gebührenperiode eine Beitragserhöhung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk hatten. Das haben wir seit Jahren nicht mehr, und das werden wir auch bis 2020 nicht mehr so haben. Deswegen ist es, glaube ich, richtig, was hier mit diesem Staatsvertrag auf den Weg gebracht wird. Die Änderungen, die jetzt in diesem Staatsvertrag zum Thema Deutschlandradio auf den Weg gebracht werden, sind sozusagen organisatorischer, struktureller Art. Das ist auch richtig, dass man das macht, und ich finde übrigens, dass diese Rundfunkanstalt durchaus mehr Beachtung auch durch die Politik und die Öffentlichkeit verdient, weil dort wirklich ein qualitativ hochwertiges Rundfunkprogramm gemacht wird – übrigens auch aus Gebühren finanziert. Das zeigt, dass sich öffentlich-rechtlicher Rundfunk durchaus in diesem Land bewährt hat. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Frank Zimmermann (SPD)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Kollege Gelbhaar das Wort.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag, der hoffentlich bald beschlossen ist, steht geschrieben:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt eine unverzichtbare Säule unserer Medienordnung. Die Koalition steht zum Gebot der Staatsferne und zur verfassungsrechtlich abgesicherten Bestands- und Entwicklungsgarantie. ... Dazu gehört auch eine auftragsgemäße Finanzierung durch den Rundfunkbeitrag.

Das ist die Leitschnur, entlang der wir dann in dieser Legislaturperiode das Thema handhaben wollen, und

(Stefan Gelbhaar)

deswegen will ich mir auch unter dieser Prämisse den Staatsvertrag anschauen.

Dort ist natürlich der Hörfunkrat des Deutschlandradios aufgeführt. Das ist bis jetzt noch nicht so thematisiert worden. Trotz aller Kritik an der Gremienzusammensetzung – da hätten wir uns ein bisschen mehr vorstellen können; ich sage mal: Pluralismus bei Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften – sagen wir: Die Gremienzusammensetzung hat sich verbessert – in der Konsequenz des Bundesverfassungsgerichtsurteils, aber auch mit dem verbesserten Verhältnis von Mann und Frau durch die Präzisierung der dortigen Vorschriften. Wir finden auch gut, dass die Transparenz in diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag noch mal festgeschrieben wurde – das heißt, öffentliche Sitzungen des Hörfunkrates beim Deutschlandradio und auch eine Veröffentlichung der Ergebnisse. Auch das ist hier noch nicht angeklungen.

Das Einzige, was hier thematisiert wird, ist das alte Thema, was immer alle bewegt: Rundfunkbeitrag. – Da empfehle ich Ihnen allen: Fahren Sie mal nach Griechenland, fahren Sie mal nach Polen! Schauen Sie sich an, wie man es auch machen kann und wie es wirklich schwierig ist! In Griechenland die Staatskrise, und was wurde als Erstes gemacht? Man streicht mal eben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Gelder. Dadurch ist der Rundfunk geschlossen worden, und damit ist eine Säule kritischer Berichterstattung über das, was da passiert, weg. Da schlägt jetzt die FDP vor, dass wir diesen Weg einschlagen sollen.

[Dr. Hans-Joachim Berg (AfD): Die berichten doch gar nicht mehr kritisch! –

Holger Krestel (FDP): Sie haben nicht zugehört!]

Das kann es ja wohl nicht sein. Mit Verlaub, nein, da sind wir anderer Auffassung. Und, Herr Krestel, ich glaube, auch die FDP wird mindestens in Rheinland-Pfalz diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zustimmen. Deswegen finde ich Ihre Argumentation bemerkenswert und auch, wie Sie sich da verbiegen. Ich empfehle Ihnen, mal innerparteilich zu klären, was die Haltung der FDP zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist –

[Beifall bei den GRÜNEN]

ob es die Haltung derjenigen ist, die rechts von Ihnen sitzen, oder die Haltung derjenigen, die links von Ihnen sitzen. Das sollten Sie, glaube ich, klären.

[Zuruf von der FDP]

Jetzt zum Rundfunkbeitrag als solchem: Ich sage, dass es eine solche Finanzierungsgrundlage braucht – Punkt 1. Und Punkt 2: Es braucht auch eine unabhängige Finanzierungsgrundlage, die eben nicht im Steuersystem der Bundesrepublik ihre Grundlage findet.

[Holger Krestel (FDP)
meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Krestel?

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Bitte schön!

Holger Krestel (FDP):

Herr Kollege! Ich unterbreche Sie ungern, aber ich weiß nicht, ob Sie meiner Rede in voller Länge zuhören konnten. Ich habe doch gesagt, der öffentlich-rechtliche – –

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Es war schwierig.

Holger Krestel (FDP):

Ja, weil Sie sich die meiste Zeit mit Ihrem Nachbarn unterhalten haben. Ich habe Sie gut beobachtet.

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Ich saß alleine, aber ist okay.

Holger Krestel (FDP):

Ich habe gesagt: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat weiterhin seinen Platz. Wir brauchen ein Korrektiv, das kulturell hochwertige Sendungen möglich macht. –

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege, es müsste eine Frage werden.

[Mario Czaja (CDU): Müsste!]

Holger Krestel (FDP):

Haben Sie das nicht gehört, oder wollen Sie mich hier bewusst falsch interpretieren? – Danke!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Ich glaube, ich habe Sie ganz richtig interpretiert. Sie wollen in den Programmauftrag hineindirigieren. Das ist nicht in Ordnung. Wenn man dort Staatsferne postuliert, was ich richtig finde – ich finde es auch richtig, wenn die FDP das postuliert –, dann können Sie nicht auf der anderen Seite gleich wieder sagen, was der Rundfunk wie oder wo machen soll. Das passt nicht zusammen,

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

und das sollten Sie intern bei sich klären, ob das die Haltung der FDP ist oder ob das nur Ihre Haltung ist. – Das zum einen.

(Stefan Gelbhaar)

Dann noch zum Rundfunkbeitrag: In der Tat, Beitragsstabilität – das ist schon angesprochen worden – ist für uns auch wichtig, denn das Ganze immer wieder zu erhöhen und dann wieder abzusenken, ist nicht nur intransparent, sondern hilft auch den Sendern nicht weiter. Insofern ist diese Variante mit einer Sicherheitsreserve, über die man dann auch reden kann – wie man das genau macht, wie das transparenter ist, was da mit dem Geld passiert – – Wenn da die FDP kommen und etwas sagen würde, fände ich das spannend. Darüber könnte man reden. Aber es ist grundsätzlich ein richtiger Ansatz, Beitragsstabilität als eine Maßgabe für die Rundfunkfinanzierung anzunehmen. Das finde ich vollkommen richtig, weil es das Ziel sein muss: Qualität in allen journalistischen Formaten! Vielleicht kommen wir da ein bisschen zusammen. Das ist Punkt 1.

Und Punkt 2: Beispielsweise Ausbau des barrierefreien Angebots! – Das ist im Koalitionsvertrag auch breit geschrieben worden. Auch das kostet Geld, und es ist mir und der bündnisgrünen Fraktion besonders wichtig – das ist ein alter Kampf –, dass wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vollständig barrierefrei generieren, und das meint auch, dass jeder das Programm wahrnehmen kann. Das finden wir wichtig, und das kostet eben Geld. Dieses Geld kann man über den Rundfunkbeitrag bereitstellen, und deswegen werden wir mit dieser Prämisse in die Ausschussberatungen gehen, stehen dem aber sehr offen gegenüber. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die AfD hat der Kollege Gläser das Wort. – Bitte schön!

Ronald Gläser (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Änderung des Rundfunkstaatsvertrags ist nicht geeignet, das grundsätzliche Misstrauen in die Medien und insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland zu beseitigen.

Ich beginne mal mit der Umbenennung der Sender. Da würden wir als „Alternative für Deutschland“ ja prinzipiell noch sagen: Das tragen wir mit. – Die unter dem Label Deutschlandradio geführten drei nationalen Rundfunkprogramme werden umbenannt und sollen einheitlicher klingen. Da ist der Deutschlandfunk, der weiterhin Deutschlandfunk heißt. Da ändert sich nichts. „Deutschlandradio Kultur“ heißt dann „Deutschlandfunk Kultur“ – mit Zusatz –, und „DRadio Wissen“ heißt demnächst „Deutschlandfunk Nova“. Das ist natürlich schon wieder so ein Name, wo ich mir denke: Ich verstehe darunter nichts, und die meisten Leute draußen werden darunter

nichts verstehen. Es könnte auch etwas mit Esoterik, Astrologie oder Astronomie sein.

[Heiterkeit bei der AfD, der CDU und der FDP]

Man hätte es einfach machen können: Deutschlandfunk 1, 2 und 3. – Dann wäre der Wiedererkennungseffekt groß genug gewesen, und dann hätten wir da auch guten Gewissens zustimmen können.

Zu allem Überfluss bleibt auch noch der Name „Deutschlandradio“ erhalten. Es hätte also alles „Deutschlandradio“ oder alles „Deutschlandfunk“ heißen müssen. Dadurch, dass jetzt diese zwei Sender da sind, werden die Leute keinen Wiedererkennungswert haben, und deswegen geht das ins Leere: Ich habe da neulich was im Radio gehört. – Wo war denn das? – Na, im Deutschlandfunk! – Nova oder Kultur? – Nein, einfach im Deutschlandfunk! – So werden die Gespräche ablaufen, und keiner außerhalb der Kernzielgruppe der Hörer wird genau wissen, was gemeint ist.

Aber natürlich ist das nur ein unwesentlicher Nebenkriegsschauplatz – diese Verpackung und die Namen. Das Wichtige ist ja Folgendes: Wir reden hier darüber, dass die Gremien, die die Inhalte und das Geschäft bestimmen und die die Inhalte zu verantworten haben und das überwachen, geändert werden müssen. Die müssen geändert werden, weil das Bundesverfassungsgericht sagt, dass da viel zu viele Staatsvertreter drin sind.

Erst mal für meine Fraktion: Bei einem wirklich unabhängigen Sender sind überhaupt keine Staatsvertreter drin.

[Beifall bei der AfD –
Bravo! von der AfD]

Da wäre die Staatsquote null.

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Warten wir es ab!]

Nach Ihrer Logik sind ja die staatsfernen Vertreter, sind die Vertreter von ARD und ZDF ja z. B. staatsfern, obwohl sie natürlich eindeutig zu dem ganzen Apparat dazugehören. Aber ich begeben mich jetzt mal auf dieses Argumentationsniveau und sage: Gut, der Verwaltungsrat besteht aus vier Leuten von Bund und Ländern und vier Vertretern von ARD und ZDF, und er ist damit sozusagen 50 : 50 besetzt – staatsfern und staatsnah.

Jetzt müssen Sie diese Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts von 2014 umsetzen, dass da nur noch ein Drittel der Leute staatsnah ist. Da wäre es ja das Einfachste gewesen, dass Sie zwei unabhängige Experten reinnehmen und zwei Leute – einen vom Land und einen vom Bund – rauschmeißen. Dann hätten Sie die Quote schon erfüllt. Aber so geht das natürlich nicht in Deutschland. Sie müssen ja Ihre Genossen versorgen, Sie müssen neue Posten schaffen.

[Beifall bei der AfD]

(Ronald Gläser)

Also wird die Zahl der Verwaltungsratsmitglieder von acht auf zwölf hochgetrieben. Da kriegen ARD und ZDF auch noch etwas ab, und dann kommen die zwei unabhängigen Experten dazu, und bei Bund und Ländern kann alles so bleiben, wie es ist.

Und beim Hörfunkrat, der für das Programm zuständig ist, kommen noch mehr Leute dazu. Die Zahl der Hörfunkratsmitglieder wird von 40 auf 45 erhöht. Das sind dann rund 30 Organisationen, darunter beispielsweise die Kirchen, der DGB oder der Zentralrat der Juden, die durch tausend Gesetze mit dem Staat verflochten sind, die man nie und nimmer als staatsfern bezeichnen kann.

Die verbliebenen Organisationen bin ich einmal durchgegangen. Gestern Nachmittag habe ich sie alle gegoogelt. Es sind ungefähr 30. Ich habe mir angeschaut, wer Vorsitzender und Mitglied in irgendeiner Partei ist oder maßgebliche Personen Mitglieder einer Partei sind, die in dem Verein etwas zu sagen haben. Ich kam auf siebenmal SPD.

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ronald Gläser (AfD):

Nein! – Bitte! Von wem denn?

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Frau Dr. West und Herr Gelbhaar hätten jeweils eine.

Ronald Gläser (AfD):

Herr Gelbhaar, selbstverständlich!

[Ulker Radziwill (SPD): Wollen Sie Frauen nicht? – Zurufe]

Ronald Gläser (AfD):

Ach so!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Die Reihenfolge wäre Frau Dr. West und Herr Gelbhaar. Wenn Sie nur eine gestatten, ist es Ihre Entscheidung, nicht meine.

Ronald Gläser (AfD):

Ok, ich habe den Namen West gar nicht gehört. Dann gilt natürlich „Ladies first“, Frau West.

Dr. Clara West (SPD):

Vielen Dank, Herr Gläser! Ich hätte einmal eine Frage: Was verstehen Sie und was versteht Ihre Partei unter unabhängigen und staatsfernen Experten?

Ronald Gläser (AfD):

Das müssen Sie jetzt die Leute fragen, die den Rundfunkstaatsvertrag gemacht haben. Dort kommen unabhängige Experten hinein, ich glaube Medienwissenschaftler oder irgendwelche anderen Leute. Die Verwaltungsratsmitglieder, die unabhängigen, werden vom Hörfunkrat gewählt. Wer das genau ist, müssen Sie die Leute in dem Gremium fragen. – So!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Dann hätten wir noch Herrn Gelbhaar!

Ronald Gläser (AfD):

Ja, genau, Herr Gelbhaar!

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Bitte schön!

Stefan Gelbhaar (GRÜNE):

Ich habe nur eine Nachfrage, weil Sie gesagt haben, dass für das Programm der Hörfunkrat des Deutschlandradios zuständig wäre. Sehen Sie das wirklich so?

Ronald Gläser (AfD):

Na ja, er überwacht das. Er ist nicht zuständig dafür.

Okay.

[Danny Freymark (CDU): Noch jemand? – Heiterkeit bei der CDU]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Weitere Zwischenfragen gibt es nicht. Weitere Zwischenfragen kann es nicht geben, weil es laut Geschäftsordnung pro Rede nur zwei gibt.

Ronald Gläser (AfD):

Sehr schön! – Wie gesagt, es sind 30 Organisationen, und ich habe mir angeschaut, wer die Leute sind, die dort das Sagen haben. Ich kam bei den Vorsitzenden oder maßgeblich im Vorstand aufzufindenden Personen auf siebenmal SPD, dreimal Grüne, dreimal FDP, zweimal CDU. Und das wollen Sie uns als staatsferne Organisationen verkaufen?

[Beifall bei der AfD]

(Ronald Gläser)

Das sind natürlich alles staatstragende Parteien und staatsnahe Organisationen.

Letzter Punkt KEF: Natürlich reicht es noch nicht einmal, was die KEF vorgeschlagen hat. Meine Fraktion ist der Auffassung, der Rundfunkbeitrag müsste noch viel weiter sinken, ungefähr auf die Hälfte. Dann wäre er angemessen. Deswegen können wir das nicht gutheißen. Wir werden uns wahrscheinlich in Zukunft über das Thema noch stärker unterhalten müssen. Wir möchten einen Antrag einbringen, dass wir den ganzen Rundfunkstaatsvertrag auflösen. Dann können wir diese Debatte noch einmal länger führen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD –
Beifall von Holger Krestel (FDP)]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung an den künftig für Medien zuständigen Ausschuss empfohlen. – Widerspruch dazu höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf die

lfd. Nr. 7:

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten
Rechtsverordnungen**

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [18/0022](#)

Die Fraktion Die Linke bittet um Überweisung der lfd. Nr. 1 VO-Nr. 18/001 – Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten bei den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR), den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und den Berliner Wasserbetrieben (BWB) an den künftig für Datenschutz zuständigen Ausschuss und an den Hauptausschuss.

Die Fraktion Die Linke bittet um Überweisung der lfd. Nr. 12 VO-Nr. 18/012 – Verordnung über den Ausgleich sprachbedingter Nachteile bei aus dem Ausland zugezogenen Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I an den künftig für Bildung zuständigen Ausschuss.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Überweisung der lfd. Nr. 13 VO-Nr. 18/013 – Verordnung über die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner in stationären Einrichtungen nach dem Wohnteilhabegesetz (Wohnteilhabe-Mitwirkungsverordnung) – an den künftig für Pflege zuständigen Ausschuss.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Überweisung der lfd. Nr. 19 VO-Nr. 18/019 – Verordnung zu den Transplantationsbeauftragten in Entnahmekrankenhäusern im Land Berlin (Berliner Transplantationsbeauftrag-

tenverordnung – an den künftig für Gesundheit zuständigen Ausschuss.

Von den weiteren Verordnungen hat das Haus hiermit Kenntnis genommen.

Ich komme zur

lfd. Nr. 8:

Erstellung einer Dunkelfeldstudie

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0013](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion und hier der Kollege Vallendar, bitte schön!

Marc Vallendar (AfD):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 2015 wurden in Berlin 569 000 549 Straftaten in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das sind 26 393 Fälle bzw. 4,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Wenn dies allein schon ein Grund zur vorsichtigen Besorgnis hinsichtlich des Zustands der inneren Sicherheit in Berlin liefert, bleibt Berlins wahre Kriminalität allerdings weiterhin verborgen.

Eingeschränkt wird die Aussagekraft der polizeilichen Kriminalstatistik nämlich dadurch, dass der Polizei ein Teil der begangenen Straftaten nicht bekannt wird. Art und Umfang dieses Dunkelfelds hängen naturgemäß von der Anzeigebereitschaft der Bevölkerung und der Kontrollintensität der Polizei ab. Vor allen Dingen in den Bereichen, wo Straftaten kaum oder nur schwer ermittelt werden können, ist die Berliner Politik derzeit quasi im Blindflug unterwegs.

Ein Beispiel: Im Rahmen einer parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Tom Schreiber von der SPD aus dem Jahr 2015 zur organisierten Kriminalität, Menschenhandel und Zwangsprostitution fragte dieser, wie hoch das Landeskriminalamt die Dunkelziffer im Bereich der Zwangsprostitution einschätzt. Die Antwort des Berliner Senats: Die Polizei Berlin kann hierzu keine belastenden Angaben machen.

Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

[Beifall bei der AfD]

Während sich die neue Senatsregierung unter rot-rot-grün anscheinend als Sittenpolizei lieber um die Beschränkung bürgerlicher Freiheiten wie ein Verbot vermeintlich sexistischer Werbung mit Pin-Up-Girls nach dem Vorbild Afghanistans und Saudi-Arabiens kümmert und,

[Beifall bei der AfD –
Stefanie Fuchs (LINKE): Fordern Sie
doch die Sittenpolizei!]

(Marc Vallendar)

wie wir heute erfahren haben, auch die Vollverschleierung in Deutschland anscheinend befürwortet

[Zuruf von Anja Schillhaneck (GRÜNE)]

ist ein Vorgehen gegen die grassierende Straßen- und Zwangsprostitution in Berlin selbstverständlich mit keinem Wort im Koalitionsvertrag erwähnt, wie auch, wenn man hierzu keine belastenden statistischen Zahlen hat.

Es gibt aber viele weitere Bereiche, in denen eine Dunkelfeldstudie sprichwörtlich Licht ins Dunkel bringen kann, Kleinstkriminalität, welche selten zur Anzeige gebracht wird, weil sich der Bürger denkt, dass es sowieso nichts bringt, weil das Verfahren ohnehin eingestellt und der Täter nie ermittelt wird. Schätzungen gehen davon aus, dass jede zweite Tat nicht angezeigt wird. Bei Sachbeschädigungen liegt das Dunkelfeld demnach bei 52 Prozent, bei Fahrraddiebstahl bei 40 Prozent und bei Beleidigungen bei 98 Prozent. Ebenfalls im Dunkelfeld verharrt die organisierte Drogenkriminalität. Dealer, welche in Berlin beinahe wöchentlich von der Polizei aufgegriffen werden, sind keine Seltenheit. Wie groß ist das Handelsvolumen tatsächlich? Auch hier fehlen Zahlen.

Und auch das große Feld der häuslichen Gewalt liegt in Berlin zumindest weiterhin im Dunkeln. Wir hatten gerade schon auf dem Vorplatz des Abgeordnetenhauses die Thematik zur Frage Gewalt gegen Frauen.

Das Land Niedersachsen hat hier hingegen einen anderen Weg gewählt. Die kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Niedersachsen führte im Rahmen des Projektes bereits im Jahr 2013 eine erste periodisch angelegte sogenannte Dunkelfeldstudie in Niedersachsen durch. Die Erkenntnisse daraus haben die polizeiliche Kriminalstatistik um die Perspektive der Bevölkerung ergänzt und so ein deutlicheres Bild von der Kriminalitätssituation im Land Niedersachsen ermöglicht. Die Erhebung war in dieser Form bundesweit einzigartig. Mittlerweile haben sich auch die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern diesem Vorhaben angeschlossen, sodass nach Abschluss ein Vergleich zwischen den Bundesländern möglich sein wird. Berlin sollte sich diesem neuen Modell des Erkenntnisgewinns nicht verschließen. Umso bemerkenswerter ist es, dass es sich bei den Bundesländern, welche sich bereits für eine Dunkelfeldstudie ausgesprochen haben, bisher um SPD-regierte Bundesländer handelt.

Eine Dunkelfeldstudie ermöglicht neben der sogenannten Hellfeldstudie einen objektiven Überblick über die Kriminalität in Berlin, um notwendige Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Insbesondere die Frage, warum die Bevölkerung bestimmte Straftaten nicht mehr zur Anzeige bringt und weshalb die Polizei durch die eigene Kontrolldichte nicht in der Lage ist, die Straftaten in das Hellfeld zurückzuholen, ist hierbei essenziell. Im Rahmen der Transparenz öffentlicher Handlungen hat die Berliner

Bevölkerung also ein Recht darauf zu erfahren, wie es um die Sicherheitslage in Berlin tatsächlich bestellt ist.

[Beifall bei der AfD]

Es besteht also Handlungsbedarf. Wir beantragen daher die Überweisung unseres Antrag in den Ausschuss für Inneres, um Feinheiten wie mögliche Kosten, Durchführbarkeit und Art und Umfang der Studie im Detail besprechen zu können. Die Erstellung einer Dunkelfeldstudie ist ein kleiner Schritt für uns, aber ein großer Schritt für die Kriminalstatistik hier in Berlin. – Vielen herzlichen Dank.

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Kollege Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können ganz froh sein, dass Sie nicht für innere Sicherheit in diesem Land zuständig sind; denn mit einer Dunkelfeldstudie die Sicherheit zu erhöhen, zu glauben, dass man mit diesen Daten tatsächlich relevant etwas erreichen kann, ist ein bisschen blauäugig. Da halten wir uns lieber an belastbare Zahlen.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und den GRÜNEN]

Aber ein Thema ist selbstverständlich schon länger, dass die polizeiliche Kriminalstatistik nicht das ganze Bild abgibt und dass die Realität durchaus ein umfassenderes Bild abgibt, als es in der polizeilichen Kriminalstatistik gezeigt werden kann, weil es – an diesem einen Punkt haben Sie recht – natürlich ganz stark von dem Anzeigeverhalten der Menschen abhängt, was tatsächlich in die Statistik einfließt und was nicht. Deswegen ist das das eigentliche Thema, das wir hier gemeinsam im Haus erörtern müssen: Wie können wir die Leute dazu bringen, dass sie bei Gewalt, bei Straftaten tatsächlich regelmäßig die Polizei aufsuchen und das anzeigen?

Ein Beispiel ist die häusliche Gewalt, wo ich lange Zeit davon ausgegangen war, dass wir eine gesellschaftliche Entwicklung haben, dass sich das Anzeigeverhalten von Frauen tatsächlich relevant verbessert, dass die Taten tatsächlich angezeigt werden. Leider ist das nicht so; leider stagniert das Anzeigeverhalten in diesen Bereichen. Das ist ein Beispiel, wo man – auch mit Aufklärung – daran arbeiten muss, zu einer besseren, belastbareren zahlenmäßigen Aussage zu kommen.

Also: Lassen Sie uns gucken, wo man tatsächlich die statistischen Angaben belastbarer herstellen kann! Wir werden nicht das ganze dunkle Feld ausleuchten können. Auch mit einer Dunkelfeldstudie wird das Dunkelfeld

(Frank Zimmermann)

nicht zum Hellfeld; es bleibt dunkel. Aber die Taschenlampe, die Sie anbieten, kann man vielleicht nehmen, um an einigen Punkten bessere Erkenntnisse zu gewinnen. Das werden wir beraten, ganz vernünftig, ganz sachlich, und dann werden wir wieder damit ins Plenum kommen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und
den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Dr. Juhnke das Wort.

Dr. Robbin Juhnke (CDU):

Liebe Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die polizeiliche Kriminalstatistik ist immer wieder Gegenstand heftiger Diskussionen hier im Hause, ob im Innenausschuss oder auch im Plenum. Ich habe das seit einigen Jahren beobachtet, kenne auch beide Sichten, aus der Opposition und aus der Regierung. Bisweilen unterscheiden sich dann die politischen Bewertungen, keine Frage.

Ich habe daraus folgende Schlüsse gezogen: Die nackte Zahl der Vorfälle ist eigentlich nicht sakrosankt, sondern wir wissen, dass die Vergleichbarkeit von Jahr zu Jahr schwanken kann, weil sich statistische Erhebungsmethoden ändern. Der Teufel steckt auch im Detail. Beispielsweise ist die Anzahl der Kontrolldelikte ein solches Thema. Sie ist abhängig von der Arbeitsintensität der Polizei oder auch von Fahrkartenkontrolleuren und anderen. Sie sehen, die Zahlen kann man nicht immer von Jahr zu Jahr vergleichen. Man muss sich auch andere Parameter ansehen, die Aufklärungsquote usw.

Von daher komme ich zu der Feststellung, dass die polizeiliche Kriminalstatistik eigentlich eher ein Instrument für die Polizei und die Kriminologen ist. Sie gibt vor allem Aufschlüsse über die Struktur der Kriminalität. Darin liegt ihre große Stärke, und daraus ergeben sich dann auch Handlungsempfehlungen für die Polizei.

Ein Beispiel: Wir wissen, dass in ganz Deutschland der Einbruchdiebstahl ein Bereich mit hohen Wachstumsraten ist. Das ist die Kehrseite eines offenen Landes und betrifft natürlich auch Ballungsräume wie unsere Stadt. Da kann und muss die Polizei reagieren. In Berlin ist das auch geschehen. Wir haben durch Schwerpunktsetzung etwas erreicht. Unter Herrn Senator Henkel konnte die Anzahl der Wohnungseinbrüche von 15 im Vergleich zu 14 um 10 Prozent gesenkt werden.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Damit steht Berlin übrigens neben Bayern bundesweit allein da, weil alle anderen Bundesländer im Regelfall

zweistellige Wachstumsraten verzeichnen. Das ist ein Beispiel für die hilfreiche Zurkenntnisnahme der polizeilichen Kriminalstatistik.

Nun ist es kein Geheimnis, dass die polizeiliche Kriminalstatistik nur das Hellfeld abbildet. Alles andere ist logisch unmöglich. Deswegen gibt es auch die Diskussion über die Dunkelfeldstudien. Sie sind nicht neu. Wir haben in Sachsen so etwas 2012 erlebt. Da wurden 27 Delikte ermittelt, die 50 Prozent der in der polizeilichen Kriminalstatistik dargelegten Straftaten repräsentieren sollen. Da ergab sich dann, dass die Dunkelfeldziffern je nach Delikt ganz unterschiedlich sind. Wir haben beispielsweise bei Kfz-Diebstahl 29 Prozent Dunkelfeld, bei der Beleidigung 98 Prozent.

Deshalb warne ich dringend davor, dass man der Auffassung ist, dass man mit einer Dunkelfeldstudie die genaue Zahl über das Kriminalitätsgeschehen erwarten dürfte. Das wird nicht der Fall sein. Es kann sich nur um eine Annäherung an einzelne Deliktsfelder handeln.

Im Übrigen: Rein für ein solches Ergebnis einer – in Anführungszeichen – richtigen Zahl der Kriminalitätsvorfälle wäre der Aufwand meiner Auffassung nach nicht gerechtfertigt. Das Ganze kostet Geld, bindet Arbeitszeit, aber ein möglicher Mehrwert läge woanders. Die Studie könnte Anhaltspunkte geben für die Prävention. Wir von der CDU-Fraktion wollen den Menschen Hilfe anbieten. Wir wollen potenzielle Opfer besser schützen. Ein Ergebnis kann sein, wie wir zum Beispiel die Videoaufzeichnung angepasst haben. Sie wurde von 24 auf 48 Stunden ausgeweitet. Das haben wir gemacht, weil solche Studien ergeben haben, dass damit mehr Menschen geholfen werden kann. Und das könnte ein sinnvolles Ergebnis einer Dunkelfeldstudie sein.

Ich fasse zusammen: Das kann man machen, entscheidend ist aber, mit welcher Zielsetzung. Hier geht es nicht um die Schelte über die Tätigkeit oder die Untätigkeit der Polizei, sondern es geht um die Hinweise, welche Angebote gemacht werden müssen, es geht um die Hinweise, welche Schwerpunkte gesetzt werden müssen, und es geht um die Hinweise, wo eventuell der Gesetzgeber tätig werden muss. Die Begründung der AfD in ihrem Antrag und auch die Äußerung von Herrn Kollegen Vallendar lassen den Schluss zu, dass hier eher der erhobene Zeigefinger gegen die Polizeiarbeit gemeint ist.

[Zuruf von der AfD]

Und das ist keine gemeinsame Handlungsgrundlage für eine solche Dunkelfeldstudie.

[Beifall bei der CDU –
Beifall von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Deshalb ist es nötig, im Ausschuss intensiv über die Zielsetzung einer möglichen Studie zu reden. Das ist auch keine Feinheit, sondern ganz entscheidend für den Entwurf der wissenschaftlichen Herangehensweise. Die

(Dr. Robbin Juhnke)

CDU steht dem Grundgedanken nicht ablehnend gegenüber. Unsere Unterstützung steht und fällt aber mit der Zielsetzung, und die kann für uns nur sein, die Prävention durch neue Erkenntnisse zu verbessern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:

Vielen Dank! – Dann hat für die Linksfraktion der Kollege Schrader das Wort. – Bitte schön!

Niklas Schrader (LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Uns liegt hier ein Antrag vor, der eine sogenannte Dunkelfeldstudie zur Kriminalität in Berlin fordert. In dem Antrag steht nicht drin, welche Kriminalitätsbereiche untersucht werden sollen. Da steht auch nicht drin, wer dazu wie befragt werden soll. Da steht auch nicht drin, mit welchen Methoden man dadurch zu welchen Erkenntnissen gelangen soll. Da kann man sich dann als Leser schon mal fragen: Was wollen die Antragsteller eigentlich?

[Benedikt Lux (GRÜNE): Dunkelfeldstudie!]

Wenn man sich dazu mal die Presseerklärung der AfD vom 27. September unter dem Titel „Kriminalitätsentwicklung: AfD fordert Dunkelfeldstudie“ zu Gemüte führt, erfährt man schon eher, wohin die Reise geht. Da heißt es: Eine Dunkelfeldstudie muss her, denn es gibt wieder „schockierende Zahlen zum Thema Kriminalität“. Ein Großteil der Taten werde von Asylbewerbern begangen, und überhaupt werde viel zu wenig abgeschoben. Da sagen Sie zwar auch nicht, was genau Sie erforschen wollen, aber Sie wissen schon mal ganz genau, was dabei herauskommt. Das ist nicht nur komplett unseriös, sondern das zeigt uns auch, worum es der AfD in diesem Antrag wirklich geht, nämlich nicht um irgendeinen Erkenntnisgewinn, sondern der brav daherkommende Antrag ist eigentlich nichts weiter als ein Baustein der üblichen AfD-Propaganda gegen Geflüchtete und Zuwanderer.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Dann schauen wir uns mal an, was die in Niedersachsen gemacht haben! Das wird ja hier als Begründung genannt, als Beispiel. In Niedersachsen gab es eine Befragung von zufällig ausgewählten Personen über persönliche Erfahrungen mit Kriminalität und subjektiven Empfindungen. Das zeigt schon mal: Da kommen keine Zahlen heraus, die man dann einfach auf die polizeiliche Kriminalstatistik draufrechnen kann, und dann hat man alles erfasst. Wer das glaubt, liegt ziemlich falsch. Die Ergebnisse dürften auch nicht im Sinne der AfD-Fraktion sein. Das kann man alles im Bericht nachlesen: Das Sicherheitsgefühl ist insgesamt hoch, es gibt keine massive Steigerung

der Kriminalitätserfahrung, auch nicht der gefühlten usw., usf.

Also, ich habe meine Zweifel, ob uns so eine Studie wirklich einen relevanten Erkenntnisgewinn bringt. Aber wenn es so ausgeht wie in Niedersachsen, dann würde ich mir an Ihrer Stelle noch einmal genauer überlegen, ob Sie das wirklich wollen.

Eins steht außer Frage: Es gibt – das ist auch schon gesagt worden – bestimmte Kriminalitätsfelder, in denen die Anzeigebereitschaft gering und die Aufklärungsquote niedrig ist. Das sind Felder wie häusliche Gewalt, Internetkriminalität, rassistische und antisemitische Straftaten oder Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung.

[Zuruf von der AfD: Linksextremisten!]

Das ist gut erforscht, aber dazu brauchen wir eigentlich keine weitere Studie. Was man hier tun muss, ist, die Opfer schützen und betreuen, ihnen Sicherheit geben, wenn sie Anzeige erstatten, und vor allem die gute Ermittlungsarbeit der Polizei stärken, damit sie die Taten aufklären und verfolgen kann.

[Beifall bei der LINKEN]

Darauf sollten wir uns konzentrieren, wenn wir wirklich die Aufklärung von Kriminalität verbessern wollen und wenn wir wirklich etwas für diejenigen tun wollen, die Opfer von Straftaten geworden sind. Ich glaube, mit dem, was wir im künftigen Koalitionsvertrag zu Sicherheit und Opferschutz vereinbart haben, haben wir ganz gute Aussichten, dass da in den nächsten fünf Jahren auch etwas passiert. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Lux das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Innenpolitiker haben ein Interesse daran, dass die Bevölkerung Straftaten anzeigt, ganz egal, ob diese ermittelt werden können oder ob sie am nächsten Tag vielleicht als nicht mehr ganz so schlimm empfunden werden. Die Berliner Polizei ist darauf angewiesen, dass ihr Straftaten zur Kenntnis gebracht werden, und deswegen können wir alle nur auffordern: Liebe Berlinerinnen und Berliner! Zeigen Sie Straftaten an! Dieses Interesse hat die Politik im Sinne der inneren Sicherheit Berlins.

Man kann über eine Dunkelfeldstudie reden, man sollte nur die Erwartungen daran nicht überhöhen, so, wie es hier getan wurde. Der Antrag selbst – Kollege Schrader hat es ausgeführt – ist ganz, ganz kleines Karo. Er wird nicht zur inneren Sicherheit Berlins beitragen. Er führt höchstens zu ein paar Erkenntnissen, und diese Er-

(Benedikt Lux)

kenntnisse hat, wenn man den Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün liest, die zukünftige Koalition schon umgesetzt.

Wir werden die Prävention und den Opferschutz ganz entscheidend stärken. Wir werden die Anti-Stalking-Beratung besser ausstatten, denn viele Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking haben keine entsprechenden Angebote. Wir werden die Gewaltschutzambulanz rund um die Uhr öffnen lassen, damit dort Opfer von häuslicher Gewalt erst mal anonym und beweissicher Spuren sichern können. Wir wollen das ergänzen durch eine anzeigenunabhängige Spurensicherung bei der Berliner Polizei. Wir wollen bestehende Präventions- und Opferschutzprogramme ausbauen, und damit wird die zukünftige Koalition den Opferschutz in dieser Stadt massiv stärken und hoffentlich auch ihren Beitrag zur Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung erhöhen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Wenn man sich die Dunkelfeldstudien aus Niedersachsen und anderen Ländern anschaut, dann war eines der häufigsten Argumente, dass nicht genug Polizei vor Ort sei, um Anzeigen zu erstatten. Auch das wird die zukünftige Koalition ändern. Wir haben im Koalitionsvertrag ganz klar festgelegt, dass der Kontaktbereichsbeamte gestärkt wird, dass mehr Polizei vor Ort kommt, dass wir im Einzelfall für mobile Wachen sorgen, denn man soll Anzeigen nicht nur im Internet zur Kenntnis bringen können, sondern man soll sie im persönlichen Gespräch mit den Polizeibeamten stellen können, und auch das ist ein sich abzeichnender Erfolg der rot-rot-grünen Koalition.

Ich vermisste in Ihrem Antrag, dass Sie die Dunkelfeldstudien, die in Berlin bereits gemacht werden, entweder von MANEO oder ReachOut, würdigen, denn dort haben zivilgesellschaftliche Gruppen schon ein Angebot gemacht, etwa bei schwulenfeindlicher Gewalt, dass man dort Anzeige erstatten kann, oder auch bei Gewalt gegen Personen, die von Rassismus und Rechtsextremismus betroffen sind. All die gibt es im Land Berlin schon. Warum bauen Sie denn nicht auf diese sehr wichtigen Initiativen zur Stärkung der Anzeigebereitschaft in der Berliner Bevölkerung? Ist es Ihnen das etwa nicht wert?

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Zuruf von der AfD]

Ich verstehe Ihren Zwischenruf nicht, Herr Kollege. Auch wenn Sie mir einen Vogel zeigen, wird das nicht dazu führen, dass man aus Ihrem Antrag doch lesen kann, in fehlender Erkenntnis der Realität, dass sich Menschen schon um bestimmte Gruppen kümmern, nämlich um Schwule, die mehr von Gewalt betroffen sind, um Menschen, die von rassistischer Gewalt betroffen sind. Das wollen Sie nicht erkennen, und das fehlt in Ihrem Antrag.

[Zuruf von der AfD]

Deswegen kann man auch hier interpretieren: Der AfD ist es nur ein Anliegen, etwa auf die unterstellte Gewalt von Asylbewerbern hinzuweisen,

[Georg Pazderski (AfD): Erzählen Sie doch keinen
Unsinn!]

wie Kollege Schrader es schon ausgeführt hat.

[Georg Pazderski (AfD): Nehmen Sie Ihre Schere aus
dem Kopf!]

Sonst hätten Sie die Arbeit von den Gruppen gewürdigt, die auf schwulenfeindlicher Gewalt aufmerksam machen, von ReachOut und anderen. Das war es Ihnen nicht wert, und insofern muss man Ihren Antrag interpretieren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Ich möchte darauf verweisen, dass der Fingerzeig von Ihnen, Herr Vallendar, unparlamentarisch war und bitte zu unterlassen ist.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Luthe das Wort.

Marcel Luthe (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Lux hat gerade richtig festgestellt, dass es in einzelnen Fällen zivilgesellschaftliche Gruppen gibt, die uns Taten zur Kenntnis bringen, die wir aus der Kriminalstatistik als solcher nicht ersehen können. Vergessen dabei wurde eine große gesellschaftliche Gruppe, nämlich die Medien, in dem Fall der „Berliner Kurier“, der groß darüber berichtet hat, dass das Unternehmen DHL eine Vielzahl von Straftaten an Paketzustellern schlichtweg gar nicht erst zur Anzeige bringt und es insofern untergeht. Ich denke, dass es unstrittig sein sollte, jedenfalls unter den demokratischen Parteien in diesem Haus, dass wir eine Dunkelfeldstudie brauchen, um Licht ins Dunkel zu bringen.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Wenn der Kollege Zimmermann davon spricht, man halte sich lieber an belastbare Zahlen, gleichzeitig aber doch feststellt, dass in vielen Bereichen, beispielsweise bei den Beleidigungen oder auch der häuslichen Gewalt, die Zahlen, die wir haben, nicht belastbar sind, dann werden Sie doch sicherlich auch der Auffassung sein, dass wir diese Studie brauchen.

Die Frage, wie denn tatsächlich eine Dunkelfeldstudie ausgestaltet sein soll, und vor allem, wie der Kollege Schrader formuliert hat, man müsse doch erst mal festlegen, was sinngemäß herauskommen soll. Da sind wir wieder bei dem vorhin formulierten Quotengedanken in sozialistischen Gruppen. Sinn einer Studie ist es von

(Marcel Luthe)

vornherein etwas herauszufinden, das man noch nicht weiß, um Licht ins Dunkel zu bringen.

[Beifall bei der FDP und der AfD]

Was die Pläne der Koalition angeht, die von Herrn Schrader damit zusammengefasst wurden, man wolle diejenigen, die Opfer geworden sind, schützen und ihnen helfen: Nein, das kann nicht allein Ziel von Innen- und Rechtspolitik in dieser Stadt sein. Viel wichtiger ist es, und dazu trägt eine Dunkelfeldstudie bei, Prävention zu betreiben und genau diese Felder, wie bei Paketzustellern im Wedding, zu erkennen und entsprechend darauf reagieren zu können. Deswegen empfehlen wir die Überweisung an den zuständigen Ausschuss und werden dort unterstützen. – Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es wird die Überweisung an den künftig für Inneres zuständigen Ausschuss und an den Hauptausschuss empfohlen. – Widerspruch höre ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich komme zur

1fd. Nr. 9:

Verurteilung politisch motivierter Gewalt

Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache [18/0016](#)

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache [18/0016-1](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0016-2](#)

In der Beratung beginnt die AfD-Fraktion. Für die AfD hat Herr Weiß das Wort.

Thorsten Weiß (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Berliner Kriminalitätsstatistik weist im Bereich der politisch motivierten Kriminalität für das erste Halbjahr 2016 aus, dass das Gesamtaufkommen politisch motivierter Kriminalität aus dem linksextremen Spektrum signifikant zugenommen hat. Da der Bericht mit Stand zum 27. Juni 2016 veröffentlicht wurde, ist stark davon auszugehen, dass im zweiten Halbjahr 2016, welches dann auch den Berliner Wahlkampf mit einschließt, die Fallzahlen noch einmal eine deutliche Steigerung erfahren dürften. Der Berliner Wahlkampf hat leider auf sehr drastische Weise gezeigt, dass es immer mehr Menschen in dieser Stadt gibt, die Gewalt als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung betrachten.

[Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Der Meinungs- und Werbungswettstreit ist ausgeartet zu einem Kampf mit Fäusten und Farbbeutel, Torten und Totschlägern, Brandsätzen und Blockaden. Sowohl CDU als auch SPD verloren einen Wahlkampfbus. Wir von der AfD verloren täglich Wahlkampfstände und Wahlkampfmaterial. Vor allem aber haben wir mehrfach am eigenen Leib erfahren müssen, wie sich unsere Gegner demokratische Meinungsbildung vorstellen. Während die Genossin Schwesig von der SPD Linksextremismus immer noch für ein aufgebauschtes Problem hält, sahen wir uns an nahezu jedem Wahlkampfstand mit gewaltbereiten selbsterklärten antifaschistischen Schreikindern konfrontiert, die sich gemäß der vom Genossen Stegner ausgegebenen Parole, man müsse „Positionen und Personal“ der AfD „attackieren“, Fleißigkeitsbienen für ihr linksextremes Hausaufgabenheft verdienten.

[Beifall bei der AfD]

Im Wahlkampf wurden von Linksextremisten unter Verstoß gegen das Versammlungsgesetz politische Diskussionsveranstaltungen gestört. Im Wahlkampf wurden private Wohnungen und Häuser von Politikern beschmiert und beschädigt. Im Wahlkampf gab es Brandanschläge auf Fahrzeuge und Materiallager. Im Wahlkampf wurden Politiker, Parteimitglieder und Polizeibeamte angegriffen und verletzt. Das ist die Realität politischer Gewalt in Form von Straßenterror in Berlin.

[Beifall bei der AfD –

Oh! von der LINKEN –

Zuruf von Regina Kittler (LINKE)]

Jeder gute Demokrat weiß, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf, ebenso wenig die Tolerierung und stillschweigende Befürwortung von politischer Gewalt. Es ist schon sehr bezeichnend, dass sich zwar alle Fraktionen der letzten Legislaturperiode auf den sogenannten Berliner Konsens verständigen konnten, welcher dem Rechtsextremismus den Kampf ansagt, was die Fraktion der AfD vom Prinzip her übrigens ausdrücklich begrüßt,

[Beifall bei der AfD –

Oh! von der LINKEN]

sich aber dem von der CDU angestoßenen Konsens gegen Linksextremismus beharrlich verweigert haben.

[Beifall bei der AfD]

Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, das spricht Bände, denn hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Richtig!]

Jeder gute Demokrat steht in der Pflicht, jede Form von Extremismus – Rechtsextremismus genauso wie Linksextremismus – gleichermaßen zu bekämpfen.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Tun Sie es doch mal!]

Der sozialistische Block in diesem Haus hat es allerdings in der Vergangenheit regelmäßig vermieden, sich von linksextremem Gewalt zu distanzieren und diese zu ver-

(Thorsten Weiß)

urteilen. Dabei ist gerade die Toleranz für Gewalt auf politischer Ebene umso stärker zu ächten, da ein Ausbleiben dieser den Tätern Zustimmung signalisiert.

[Hakan Taş (LINKE) und Dr. Clara West (SPD)
melden sich zu einer Zwischenfrage.]

Stattdessen wurde man nicht müde, kreuzzugartig immer und immer wieder vor der AfD zu warnen, während das aufgebauschte Problem –

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Weiß! Lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. West zu?

Thorsten Weiß (AfD):

– marodierend durch Berlin zog und Autos anzündete, und das ist eine Schande für unsere Stadt.

[Beifall bei der AfD]

Mit dem von der FDP- und der CDU-Fraktion eingebrachten Ergänzungsanträgen erleben wir heute im Übrigen die Uraufführung eines sich noch in Zukunft –

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Weiß! Entschuldigung! Hier gibt es eine weitere Zwischenfrage von Herrn Saleh.

Thorsten Weiß (AfD):

Nein, ich möchte keine Zwischenfragen. – häufig wiederholenden Laientheaterstücks mit dem Titel „Copy and Paste, Inhalt für gut befunden, darf aber nicht von der AfD kommen“.

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

Sie haben heute die Chance, mit der Zustimmung zu unserem Antrag endlich einmal ein starkes und deutliches Signal an die Bürger Berlins auszusenden, dass Sie jede Form von politischer Gewalt, von rechts wie von links, ablehnen, verurteilen und bekämpfen wollen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Frau Dr. West! Sie haben jetzt die Möglichkeit zur Kurzintervention. – Ach, Herr Zimmermann, bitte, Sie haben das Wort.

[Holger Krestel (FDP): Herr Zimmermann hat heute wohl nichts zu tun!]

Frank Zimmermann (SPD):

Frau Präsidentin! Herr Kollege! Sie hatten vorhin sinngemäß gesagt, der Kollege Stegner habe dazu aufgefordert, Personen der AfD zu attackieren.

[Zuruf von der AfD]

Ja, verbal und in der politischen Auseinandersetzung, per Meinungsäußerungen.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Hat er nicht gesagt!]

Wollen Sie etwa behaupten, dass Herr Stegner dazu aufgefordert habe, Sie körperlich zu attackieren? – Dann müssten Sie das hier sagen und nicht im Ungefähren lassen.

[Frank-Christian Hansel (AfD):
Sinngemäß ja, manifest nein!]

Falls Sie das gemeint haben, kann ich das hier schon für meine Fraktion zurückweisen. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Wird die Rückäußerung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt für die SPD Frau Dr. Kitschun das Wort.

Dr. Susanne Kitschun (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Hohe Haus hat schon oft seine Ablehnung politisch motivierter Gewalt bekräftigt. Dazu braucht es keine Initiative der AfD-Fraktion.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN –

Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Herr Weiß! Ihr Beitrag war leider ein Paradebeispiel für das, was wir in der politischen Debatte erleben, eine Verhörung in der verbalen politischen Auseinandersetzung.

[Lachen von Georg Pazderski (AfD)]

Demokratische Institutionen werden diffamiert. Es wird keine ernsthafte Debatte geführt. Bevölkerungsgruppen werden pauschal abgewertet. Dagegen müssen wir uns als Parlament wenden.

[Beifall von Carsten Schatz (LINKE)]

Es ist eine wichtige Ergänzung eines solchen Antrags, dass wir ein klares politisches Bekenntnis gegen Diffamierungen hineinschreiben.

[Beifall bei der SPD, der LINKEN und
den GRÜNEN]

Denn mit dieser Art von Diffamierungen wird die Saat gelegt für politisch motivierte Hasskriminalität,

(Dr. Susanne Kitschun)

[Zuruf von der AfD: Damit kennen Sie sich aus!]

gegen die wir uns wenden. Gut finde ich an dem Ersetzungsantrag, den die FDP hier eingebracht hat, dass wir zugleich sagen, wie wichtig das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist, und zugleich beschreiben, in welchem Kontext sie steht. Sie steht im Kontext unserer Rechtsordnung. All dieses sollten wir gemeinsam in Ruhe, und anders als hier von Ihnen begonnen, beraten, und zwar in den Ausschüssen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die CDU hat jetzt Herr Dr. Juhnke das Wort.

Dr. Robbin Juhnke (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema politische Gewalt beschäftigt uns in dieser Stadt regelmäßig und natürlich auch uns hier im Parlament. Insbesondere der zurückliegende Wahlkampf war ja von traurigen Höhepunkten in dieser Richtung geprägt. Wir haben Dinge erlebt wie Anschläge auf Wahlkreisbüros von Abgeordneten oder auch Geschäftsstellen der Parteien. Selbst vor den Privathäusern von Politikern wurde nicht zurückgeschreckt. Wir kennen alle die Diskussionen an den Infoständen auf der Straße. Manchmal geht es da heiß her, und man wird nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, aber die Grenze ist sicherlich eindeutig da erreicht, wo es in persönliche Beleidigungen oder gar in Tätlichkeiten ausartet. Auch Letzteres hat es in diesem Jahr gegeben.

In der Tat sind die diversen Brandanschläge auf Wahlkampffahrzeuge sicherlich die schlimmsten Auswüchse dieser Untaten, denn hierbei wird nicht nur die Sachbeschädigung, sondern auch Körperverletzung in Kauf genommen. Die Verurteilung allein dieser Exzesse sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die CDU-Fraktion jedenfalls stellt sich eindeutig gegen jede Art von politisch motivierter Gewalt. Doch wir gehen in unserem Ersetzungsantrag weiter. Wir stellen uns die Fragen: Worin ist die Ursache dafür zu sehen? Warum und wann sind Menschen überhaupt bereit, für politische Ziele Gewalt einzusetzen? Für uns liegt die Wurzel dieser Fehlentwicklung ganz eindeutig im politischen Extremismus. Die CDU-Fraktion unterscheidet dabei nicht in der politischen Zielrichtung der Täter. Wir lehnen jede Form von politischem Extremismus ab, ob von links, rechts oder von islamistisch motivierten Tätern.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Holger Krestel (FDP)]

Hier kann auch kein Zweck die Mittel heiligen. Wer politische Ziele mit Gewalt verfolgt, der stellt sich außerhalb unserer Demokratie. Wer politische Ziele mit Gewalt verfolgt, der muss mit allen Mitteln gesellschaftlich isoliert werden. Deshalb ist die Bekämpfung des politischen Extremismus so wichtig. Deshalb haben wir auch dafür gesorgt, dass in den vergangenen fünf Jahren die Mitarbeiterzahl beim Verfassungsschutz in Berlin auf noch nie dagewesene Höhe von 150 auf 200 vergrößert hat. Deswegen haben wir auch dafür gesorgt, dass bei der Polizei die entsprechenden Fachabteilungen weitere Stellen für diese Aufgaben erhalten haben. Deswegen haben wir auch dafür gesorgt, dass die Stellen bei der Justiz vermehrt wurden, damit die Täter auch schnell zu einer gerechten Strafe gelangen. Das ist die repressive Seite.

Doch wir müssen weiterhin früh ansetzen, nämlich bei der Prävention. Ich denke dabei an die Wertevermittlung und die demokratische Erziehung. Wir müssen jeder gesellschaftlichen Sphäre deutlich machen, dass dieses Land demokratische und soziale Partizipationsmöglichkeiten für jedermann anbietet. Durch gute Bildung und Wertevermittlung müssen wir klarmachen, dass wir alle es sind, die den Staat und seine Organe bilden und ausmachen. Genauso entscheidend ist es, der Gewalt als solcher abzuschwören. Es muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass Gewalt kein legitimes Mittel bei der Durchsetzung von Individualinteressen, gleich welcher Art, darstellt.

Auch in diesem Haus haben wir eine wichtige Rolle und einen Vorbildcharakter. In der Vergangenheit, darauf ist schon abgestellt worden, gab es einige Resolutionen zu diesem Thema mit dem Tenor, dass Gewalt von allen abgelehnt wird. Das ist erfreulich. Wenn es dann aber um die politische Bewertung von Einzelfällen geht, dann brach diese Phalanx leider oft wieder auseinander. Ich erinnere an die Debatten im Innenausschuss über zweifelsfreie Angriffe von Linksautonomen auf Polizeibeamte. Hier stand für Linke und Grüne dennoch vor allem die Polizei in der Rechtfertigungsrolle.

[Beifall bei der CDU und der AfD –
Beifall von Holger Krestel (FDP) –
Benedikt Lux (GRÜNE): Unsinn!]

Dabei trifft die Gewalt oft nicht nur die eingesetzten Polizeikräfte, nein, auch die Nachbarschaft, beispielsweise in der Rigaer Straße, wird systematisch terrorisiert. Zu einer entsprechenden Resolution gegen Linksextremismus ist es aber in diesem Hause nicht gekommen. Natürlich hat es Resolutionen gegen den Rechtsextremismus gegeben und natürlich auch mit Unterstützung meiner Fraktion. Wer sich aber völlig zu Recht über national befreite Zonen ereifert, der darf bei „All cops are bastards“ und „Deutschland verrecke“ nicht schweigen.

(Dr. Robbin Juhnke)

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP –
Frank-Christian Hansel (AfD): Bravo!]

Wir brauchen in dieser Stadt ein Klima der klaren Ablehnung jeder Form extremistischer Auswüchse. Also fordere ich Sie auf: Unterstützen Sie dieses Bemühen durch ein klares Signal des Berliner Parlaments in der Debatte Berlin sagt Nein zu jeder Art von Extremismus und politisch motivierter Gewalt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der CDU, der AfD und der FDP]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat jetzt das Wort Herr Taş.

Hakan Taş (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um es vorweg festzuhalten: Die Linke lehnt selbstverständlich jede Form der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele vehement ab.

[Zuruf von der AfD: Heuchelei!]

Gewalt ist, kann und darf kein Instrument der politischen Auseinandersetzung sein.

[Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN]

Ich bin jedoch sehr stark verwundert, dass uns gerade die sogenannte Alternative für Deutschland diesen Antrag vorlegt. Der Antrag macht sehr deutlich, was uns in den kommenden Jahren in diesem Hause erwartet.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Die Stärkung der Mitte!]

Insofern müssen wir Demokratinnen und Demokraten das umtriebige Handeln von Verfassungsfeinden und Hetzern wohl oder übel ertragen. Selbstverständlich wird es in den Sachdebatten inhaltliche Dissenspunkte zwischen Koalitions- und Oppositionsfraktionen geben. Das ist auch richtig so. Allerdings möchte ich alle demokratischen Fraktionen darum bitten, so auch die CDU-Fraktion, dass wir neben der üblichen Streitkultur zwischen Oppositions- und Koalitionsfraktionen immer wieder als demokratischer Block gemeinsam gegen Hass, Hetze und Rassismus auftreten.

[Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN,
der AfD und der FDP –

Karsten Woldeit (AfD): Prima! –
Georg Pazderski (AfD): Bravo!]

Das sind wir unserer Demokratie und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt schuldig.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Richtig!]

Die inhaltliche Aussage dieses Antrags ist für die demokratischen Parteien im Abgeordnetenhaus eine Selbstverständlichkeit. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat sich

bereits mehrfach dahin gehend geäußert. Aus unserer Sicht stellt der vorliegende Antrag reine Propaganda dar.

[Carsten Ubbelohde (AfD): Da kennen Sie sich ja aus! –
Lachen bei der AfD]

Dass sich die demokratischen Parteien in diesem Parlament von politisch motivierter Gewalt distanzieren, ist klar. Dass wir jede Art von Gewaltanwendung aufgrund politischer Motive verurteilen, ist auch klar. Aber was ist mit der AfD? Hat die sogenannte Alternative für Deutschland tatsächlich ein so reines Verhältnis zu politischer Gewalt?

[Frank-Christian Hansel (AfD): Definitiv!]

Auf dem Papier sieht alles so schön aus. Da distanziert sich die AfD von Gewalt und meint, damit wäre es getan. Doch politische Gewalt entsteht nicht erst dort, wo Menschen mit Molotowcocktails auf Flüchtlingsheime losgehen und Häuser in Brand setzen.

[Georg Pazderski (AfD): Wie in der Rigaer Straße?]

Gewalt entsteht nicht erst dort, wo Menschen in der S-Bahn aufgrund ihrer Sprache, ihres Aussehens oder ihres Dialektes angepöbelt, bespuckt oder mit Urin beschmutzt werden.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Entschuldigung, Herr Taş! Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Weiß zu?

Hakan Taş (LINKE):

Nein. – Gewalt beginnt schon bei der Sprache und der Wortwahl. Wenn die Alternative für Deutschland gemeinsam mit ihrer Partnerorganisation, der Neuen Rechten, die Stimmung im ganzen Land vergiftet und mit Hassparolen eine regelrechte Hetzjagd auf Menschen mit Migrationsgeschichte und Musliminnen und Muslime startet,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Blödsinn! –
Stefan Franz Kerker (AfD): Eine Unverschämtheit ist das!]

wenn die Strategen Ihrer Partei vorschlagen, Flüchtlinge an den Grenzen abzuschießen

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ach, dummes Zeug! –
Weitere Zurufe von der AfD]

und Tag für Tag eine Invasion der Muslime herbeireden, dann können Sie sich, Herr Pazderski, so oft Sie wollen, von politisch motivierter Kriminalität auf dem Papier distanzieren – es bleibt ein vergebliches Bemühen.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und
den GRÜNEN –
Frank-Christian Hansel (AfD): Ihrerseits!]

Es sind ja auch nicht nur die Gaulands, die Höckes oder die von Storchs, die sich auf Hetzjagd gegen Muslime

(Hakan Taş)

und Migranten befinden. Die AfD ist der parlamentarische Arm aller rechtsorientierten

[Frank-Christian Hansel (AfD): Vorsicht!]

und rechtsextremen Kräfte in Deutschland.

[Stefan Franz Kerker (AfD): Eine Unverschämtheit!]

Die personellen Überschneidungen mit ehemaligen Pro-Deutschland- und NPD-Politikern sind doch nur die Spitze des Eisbergs.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –

Zurufe von Frank Scheermesser (AfD) und Stefan Franz Kerker (AfD)]

Ich nenne Ihnen gleich Beispiele. Dabei möchte ich nicht falsch verstanden werden.

[Zuruf von Stefan Franz Kerker (AfD)]

– Ich bin lauter als Sie!

[Stefan Franz Kerker (AfD): Ja, noch!]

Die AfD hat ein riesiges Potenzial, eine offene und freundliche Willkommenspolitik zu gestalten. Das hat sie in der Vergangenheit immer dann zum Ausdruck gebracht – –

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Entschuldigung! Es gibt Zwischenfragen von Herrn Pazderski.

Hakan Taş (LINKE):

Nein, lasse ich nicht zu.

[Georg Pazderski (AfD): Ich möchte intervenieren!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Das ist etwas anderes. Dann kommen Sie bitte nach vorne und melden es an.

Hakan Taş (LINKE):

Das hat sie immer dann zum Ausdruck gebracht, wenn es darum ging, Mitglieder obskurer rechter gewalttätiger Organisationen aufzunehmen. Dass gerade jene Partei sich nun hier hinstellt und mit dem Finger auf andere zeigen möchte, bewerte ich als Ironie des Schicksals. Eine Partei, die mit – jetzt kommen die Beispiele! – Kay Nerstheimer einen German Defense League Veteranen in Lichtenberg aufgestellt hat und heute noch immer zu der Personalie Nicolas Seifert steht,

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

der kürzlich übrigens einen Reporter des ZDF attackiert hat, –

[Ronald Gläser (AfD): Was ist denn an Herrn Seifert auszusetzen?]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Taş! Es gibt eine weitere Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Hakan Taş (LINKE):

Nein, lasse ich nicht. Keine Zwischenfragen!

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Keine Zwischenfragen, gut!

Hakan Taş (LINKE):

– eine solche Partei sollte sich mit Aussagen zu politisch motivierter Gewalt ganz zurückhalten.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Mit diesem Antrag, Herr Pazderski, haben Sie sich heute aus meiner Sicht bis auf die Knochen blamiert. Sie zeigen damit noch einmal, dass Sie und Ihre Partei lediglich daran interessiert sind, den parlamentarischen Betrieb in diesem Hause aufzumischen. Sie haben lediglich ein Interesse daran, die Gesellschaft weiter zu spalten,

[Ronald Gläser (AfD): Sie spalten die Gesellschaft!]

und Sie hoffen, von einer vergifteten Grundstimmung zu profitieren. Ihr politisches Kapital fußt lediglich – –

[Zuruf von Frank-Christian Hansel (AfD)]

Vielleicht können Sie zuhören und noch ein bisschen was dazulernen!

[Stefan Franz Kerker (AfD): Hassredner!]

Ihr politisches Kapital fußt lediglich auf reinem Hass gegenüber Muslimen, Homosexuellen und Migranten.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Blödsinn!]

Sie machen den Rassismus in Deutschland nach 70 Jahren wieder salonfähig. Insofern sind Sie die Ersten in diesem Hause,

[Zurufe von der AfD]

die sich von politisch motivierten Gewalttaten distanzieren müssen.

[Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN]

Für uns demokratische Parteien im Abgeordnetenhaus von Berlin gilt, was ich eingangs erwähnt habe. Wir müssen deutlich machen, dass wir unsere Demokratie vor der angeblichen Alternative schützen werden.

[Zuruf von Gunnar Lindemann (AfD)]

(Hakan Taş)

Wir lassen uns nicht von Demokratiefeinden instrumentalisieren. – Herzlichen Dank!

[Anhaltender Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN –
Beifall von Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) –
Buhrufe und weitere Zurufe von der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Herr Pazderski! Sie hatten eine Intervention angemeldet. Vielleicht bündeln Sie ja Ihre lautstarken Unmutsbekundungen in dieser Rede.

Georg Pazderski (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bin sehr erstaunt.

[Zuruf von der LINKEN: Wir auch!]

Was ich heute hier zum Schluss gehört habe, ist wirklich das typische Beispiel einer Hassrede.

[Beifall bei der AfD –
Stefan Franz Kerker (AfD): Auf die AfD! –
Zurufe von der AfD: Bravo!]

Ich wundere mich, auf welchem Niveau Die Linke hier argumentiert. Wissen Sie, ich habe eigentlich gedacht, wir kommen hier in ein Parlament, wo man sich vernünftig miteinander unterhält, wo man sich auseinandersetzt, wo man politische Positionen austauscht und wo man zum Schluss im Sinne der Stadt, zum Wohle der Bürger zu vernünftigen Lösungen kommt. Und was muss ich hier feststellen? – Dass offensichtlich bis zur SPD hin Sie alle eine Schere im Kopf haben.

[Vereinzelter Beifall bei der AfD]

Sie sehen überhaupt nicht die Menschen. Sie kennen nicht unser Anliegen.

(Zuruf von Ülker Radziwill (SPD))

Es werden Behauptungen aufgestellt, die glatte Lügen sind. Das kann ich Ihnen so sagen. Sie versuchen gar nicht, die Hand auszustrecken.

250 000 Berlin haben die AfD gewählt, das will ich Ihnen einmal sagen. Das ist eine Viertelmillion. Fast genauso viel wie Die Linke oder fast genauso viel wie die Grünen. Wenn Sie diesen Berlinern allen unterstellen, dass diese Berliner Rechtsextremisten seien, kann ich nur sagen: Armes Berlin, arme linke Parteien! Sie tun mir leid!

[Beifall bei der AfD]

Ich möchte ganz deutlich sagen: Die AfD wird sich weiterhin bemühen, hier ganz vernünftige Politik zu machen und überall da, wo wir Berlin nach vorne bringen können, auch Berlin mit nach vorne zu bringen, und wir werden unterstützen. Wir werden aber so etwas, was ich gerade gehört habe, wie von Herrn Taş,

[Stefanie Fuchs (LINKE): Sehr gute Rede!]

nicht akzeptieren, und das werden wir auch bekämpfen. Derartige Hetze können wir in diesem Parlament nicht zulassen. – Danke schön!

[Beifall bei der AfD –
Stefan Franz Kerker (AfD): Bravo! Bravo!]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Gibt es von der Linksfraktion den Wunsch auf Erwiderung? – Das ist nicht der Fall.

Dann hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Lux das Wort.

Benedikt Lux (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es fällt einem schwer, jetzt etwas zu sagen, weil es dem Grunde nach um eine Selbstverständlichkeit geht, nämlich die Verurteilung jeglicher politisch motivierter Gewalt, von Sachbeschädigung, Brandstiftung und Körperverletzung. Natürlich sind alle Fraktionen hier im Haus daran interessiert, dass wir demokratisch in den Meinungskampf gehen und uns auseinandersetzen um die besseren Argumente, wie wir die Stadt gemeinsam voranbringen können. Aber diese Auseinandersetzung findet nicht nur hier im Parlament statt, sondern sie findet auch da draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße statt, und man kann nicht so tun, als würde man hier im Parlament sachorientiert arbeiten und Berlin voranbringen wollen, und das, was draußen passiert im Wahlkampf und von bestimmten Vertretern hier anwesender Fraktionen losgelassen wird, das kann man nicht zu 100 Prozent ausblenden.

[Carsten Ubbelohde (AfD): So ist es!]

Deswegen bin ich dem Kollegen Taş dankbar, dass er darauf hingewiesen hat,

[Zuruf von der AfD: Ach nee!]

wie unglaubwürdig

[Carsten Ubbelohde (AfD): Schizophrenie!]

hier der Antrag einer Fraktion ist, die sich „Alternative“ nennt.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN –
und der SPD]

Sie schreiben in Ihrem Antrag:

Der Respekt vor dem Andersdenkenden ist ein unverzichtbares Merkmal der politischen Willensbildung in einer Demokratie.

[Beifall bei der AfD]

Ein Mitglied Ihrer Fraktion bemüht aber – vorgestern war es in den Medien – die Rhetorik vom Notstand, die Rhetorik vom Verfassungsfeind Bundeskanzlerin und spricht

(Benedikt Lux)

dort von einer „Unfruchtbaren“, die die „Umvolkung“ des deutschen Volkes will, spricht davon, dass sie einen verantwortungslosen Umgang hat und dass sie das eigene Volk verrät.

[Zurufe von der AfD: So ist es! –
Zurufe von der LINKEN: Pfui! –
Weitere Zurufe von der LINKEN]

Wo ist da Ihr Respekt vor dem Handeln und der Meinung der Bundeskanzlerin, liebe Kolleginnen und Kollegen?

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Beifall von Dr. Maren Jasper-Winter (FDP)]

Sie haben sich als Fraktion immer noch nicht davon distanziert. Ihr Kollege bemüht eine Rhetorik des Notstands, nach der das deutsche Volk das Recht zur Selbstverteidigung hat, wenn man dem folgt. Damit sind Sie nichts anderes als geistige Brandstifter, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

So kann man eine Reihe von Beispielen aufzählen, Funktionäre aus dieser AfD-Fraktion etwa. Ein Kollege aus Marzahn-Hellersdorf schreibt Arbeitstitel: „Nürnberg 2.0“. Man müsse alle deutschen Politiker noch einmal anklagen. Anklagepunkte seien: „Erlassen von Gesetzen zum Nachteil der Deutschen, Bevölkerungsaustausch durch ungebremste Zuwanderung“ usw.

Diese Politikerbande

- damit sind wir alle gemeint, außer die AfD –
die unserem Volk so etwas angetan hat, kann ruhig erfahren, was ihr blüht.
- Was ist denn das, wenn nicht eine Drohung mit roher Gewalt aus Ihren Reihen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

Ein weiterer Kollege aus einer Bezirksverordnetenfraktion ist Mitorganisator und Sprecher des Bärigida-Bündnisses, übrigens eines, das vom Verfassungsschutz als weitaus rechtsextremer eingestuft wird als das des Pegida-Originalablegers. Wo ist denn da Ihre Distanzierung von diesem geistigen Brandstifter, von dem verfassungsfeindlichen Typen, der hier die Bärigida organisiert?

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN –
Ronald Gläser (AfD): Wir haben den Ausschluss
beantragt! –
Georg Pazderski (AfD): Wir machen das intern!]

– Ach so! Sie machen das intern. Ja, das nennt man Parallelgesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen,

[Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und
der LINKEN]

wenn Sie meinen, das intern regeln zu können. Das ist nichts anderes als bei arabischen Großfamilien, nichts anderes als der Friedensrichter. Sie machen das intern. Sie wollen sich dem nicht öffentlich stellen. Das ist eine typische Parallelgesellschaft, die Sie hier etablieren.

Da die authentischsten Erfahrungen immer die eigenen sind, möchte ich Ihnen sagen: Mein Steglitzer Mitbewerber aus der AfD hat mutmaßlich eine Regenbogenfahne vom Bezirksrathaus Zehlendorf geklaut und diese mutmaßlich verbrannt. Dieser Mitbewerber hat – zugegebenermaßen – zwei Plakate meiner Partei entwendet – zugegeben, zugestanden. Dieser Kollege ist Mitglied einer sehr rechtsnahen Burschenschaft.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Lux! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Gläser?

Benedikt Lux (GRÜNE):

Ich führe noch aus. – Und was ich im Wahlkampf erlebt habe, in Steglitz auf der Schlossstraße mit mehreren Zeugen, da waren Sie jedes Mal nach mir dort, am gleichen Standort. Das Ordnungsamt hatte das genehmigt, dass wir dort Wahlkampfstände gemeinsam nebeneinander machen. Was ich dort erlebt habe – ich gebe zu, da war die Bevölkerung Ihnen gegenüber auch nicht gerade freundlich gesinnt, es gab Angriffe auf Ihre Leute. Das stimmt, und das ist auch nicht in Ordnung. –, war, wie Sie mit meinen Wahlkämpfern umgegangen sind. Wir waren weniger, wir waren jünger, wir waren weiblicher. Sie waren mehr, männlicher, aggressiv, übergriffig. Sie haben die Bürgerinnen und Bürger von unserem Wahlkampfstand abgezogen. Sie haben dort den Leuten nach dem Mund geredet und uns gar nicht ins Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern gelassen. Kollege Wild war immer dabei. Seine Begrüßung war immer: Lläuft nicht so gut für Sie, Herr Lux, nicht wahr?

[Andreas Wild (AfD): Ist doch so!]

Und dann zehn Leute von Ihnen um uns herum. Noch schlimmer als beim „Antanzen aus der arabischen Kultur“, noch schlimmer.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Sie umringten uns. Sie wollten von meinen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern wissen: Warum engagieren Sie sich überhaupt für so einen links-grünen Versiffen?

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Herrn Weiß.

Benedikt Lux (GRÜNE):

– Sie haben meine Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vom demokratischen Meinungskampf auf der Straße abgehalten, und zwar in einer ziemlich übergriffigen, fast schon gewalttätigen Art und Weise, höchst unangenehm. Das ist mehrmals in Steglitz passiert, und auch das gehört zur Realität.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Lux! Es gibt weitere Zwischenfragen.

Benedikt Lux (GRÜNE):

Ihr Respekt vor Andersdenkenden – es ist nicht nur der Respekt vor Andersdenkenden, den man hier zeigen sollte, das ist auch der Respekt vor anderen Menschen, vor „Andersartigen“, die vielleicht geflohen sind, die vielleicht eine andere sexuelle Orientierung haben, die vielleicht alleinerziehend sind, den lassen Sie doch Tag für Tag vermissen. Dass Sie deswegen einen solchen Antrag hier stellen können, da hat Herr Kollege Taş schon recht, das ist ganz schön dreist.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Herr Lux! Es gibt weitere Zwischenfragen von Herrn Vallendar und Herrn Gläser. Lassen Sie die zu?

Benedikt Lux (GRÜNE):

Ich lasse sie gleich zu. – Wenn ich noch einmal sagen darf: Für uns ist durch Ihr Verhalten keine Grundlage vorhanden, solch einen Antrag gemeinsam zu stellen. – Vielen Dank! – Jetzt zu den Zwischenfragen, bitte.

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Dann bitte ich als Ersten Herrn Weiß.

Thorsten Weiß (AfD):

Herr Lux! Wenn wir uns in der Sache offensichtlich einig sind – wir bewerten das unterschiedlich –, wie erklären Sie sich dann, dass Ihre Fraktion sich nicht genötigt sah, dem von der CDU-Fraktion in der letzten Legislaturperiode vorgeschlagenen Konsens gegen Linksextremismus zuzustimmen?

Benedikt Lux (GRÜNE):

Das ist mir nicht bekannt,

[Lachen bei der AfD]

dass sich meine Fraktion nicht von linksextremistischer Gewalt distanziert hat.

[Heiko Melzer (CDU): Amnesie!]

Wir haben uns immer von Gewalt distanziert. Wir lassen uns aber auch nicht – weder von Ihnen noch von der CDU – zu Bekenntnissen treiben, die hier selbstverständlich sind.

[Starker Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Eine zweite Zwischenfrage von Herrn Vallendar.

Marc Vallendar (AfD):

Sehr geehrter Herr Lux! Sie haben einen Wahlkampfstand genannt und eine Tatsachenbehauptung aufgestellt hinsichtlich Übergriffen von AfD-Mitgliedern, die Sie mit Köln verglichen haben. Warum haben Sie keine Strafanzeige gestellt? Soll das in die Dunkelfeldstudie mit aufgenommen werden,

[Lachen und Beifall bei der AfD]

oder ist diese Behauptung schlicht und einfach unwahr und erlogen? Wie stehen Sie dazu?

Benedikt Lux (GRÜNE):

Diese Behauptung ist nicht wahr – nicht unwahr

[Lachen und Beifall bei der AfD]

und nicht erlogen. Sie können gern den Zeugenbeweis antreten. Da wird dann am Ende Aussage gegen Aussage stehen. Dann ist die Frage, wie hoch ist die Glaubwürdigkeit der einzelnen Personen. Aber das Strafrecht ist nicht mein Mittel.

Wissen Sie, wenn Leute von Ihnen Fotos und Portraitaufnahmen von meinen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern machen,

[Zuruf von der AfD: Das
machen die Grünen doch auch!]

dann ist das eine bedrohliche Situation. Wenn Sie ankommen und sagen: Nach der Wahl hängen wir euch links-grün versifftte Schwule am nächsten Flaggenmast auf, wenn wir die Wahl gewonnen haben – auch das ist passiert –, –

[Ronald Gläser (AfD): Das glaubt
Ihnen doch kein Mensch!]

Auch das ist passiert.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Das
ist so nicht passiert!]

Auch das ist passiert.

[Zurufe von der AfD]

Da können Sie den Kopf schütteln, wie Sie wollen. Ich war dabei. Mir ist das passiert. Es können hier 15 Leute,

(Benedikt Lux)

die nicht dabei gewesen sind, das Gegenteil behaupten. Ich weiß, was mir passiert ist. – Herr Wild guckt auch schon ein bisschen wissend. – Da sollten Sie genau überlegen, wie Sie respektvoll und friedlich in den Meinungskampf gehen wollen. Ich denke, ich habe lange genug ausgeführt. Ihr Kollege, Herr Berg, der immer auf den Veranstaltungen in Schulen ganz weichgespült und demokratisch redet, der weiß auch, was er in Ihren Reihen duldet. Die Berliner Bevölkerung wird auch zunehmend sehen, was in Ihren Reihen an rechtsextremen und sehr gewaltnahen Personen geduldet wird und dass dieser Antrag deshalb völlig unglaubwürdig ist und deshalb auch keine Zustimmung verdient hat. Das ist heute deutlich geworden.

[Zurufe von der AfD: Heuchler!]

– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Starker Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank, Herr Lux! – Weitere Zwischenfragen sind nicht zulässig. Ich habe die Bitte, wenn eine Frage gestellt wird, dann seien Sie so kollegial und lassen Sie den Kollegen auch antworten.

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Krestel das Wort.

Holger Krestel (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die letzten Redebeiträge eingehen. Herr Lux! Steglitz scheint ein wirklich heißes Pflaster zu sein.

[Lachen bei der AfD]

Da passiert eine Menge. So muss ich mich daran erinnern, dass vor rund vier Jahren das private Wohnhaus des damaligen Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus nachts von linksautonomen Kräften – sage ich einmal ganz wertfrei – angegriffen, mit Farbbeuteln und Steinen beworfen wurde. Da bin ich richtig froh, dass ich in einem anderen Stadtteil wohne. Da ist mir die Gewalt von links und rechts in Steglitz ein bisschen unheimlich.

Damit komme ich zu dem Ersetzungsantrag. Ich habe mich in meiner Fraktion persönlich für diesen Ersetzungsantrag starkgemacht, weil in dem Antrag der AfD nur auf den letzten Wahlkampf rekurriert wurde und weil ich – genau wie die CDU – meine, wenn man die Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ablehnt – da kann ich mich dem Kollegen Dr. Juhnke nur vollinhaltlich anschließen; Sie haben da mehrere Absätze aus meiner Rede vorweggenommen –, dann geht das nur, wenn man nicht zwischen linker und rechter Gewalt, zwischen religiös motivierter politischer Gewalt usw. unterscheidet. Jeder Stein, der in der politischen bzw. gesellschaftlichen Auseinandersetzung geworfen wird, ist einer zu viel.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Jeder Mensch, der in der politischen Auseinandersetzung körperlich verletzt oder beleidigt wird, ist einer zu viel. Ich würde erwarten, wenn wir diese Anträge gemeinsam diskutieren, dass wir zu einer gemeinsamen Entschließung gegen linke und rechte bzw. auch die immer stärker werdende religiös motivierte Gewalt kommen werden.

Die Grünen – insofern verstehe ich Sie, Herr Lux – sind bereits in früheren Wahlkämpfen Opfer politisch motivierter Gewalt geworden. Ich erinnere mich, wie mein früherer Bundestagskollege Herr Ströbele an einem Stand der Grünen schwer verletzt wurde. Man hat ihm auf den Kopf geschlagen. Das hat natürlich auch ein früherer Anwalt der Roten Armee Fraktion nicht verdient. Das muss man hier ganz klar festhalten.

[Anja Schillhaneck (GRÜNE):]

Ich möchte aber auch noch auf den Beitrag von Herrn Taş eingehen.

[Zuruf von Anne Helm (LINKE)]

– Wenn Sie sich hier ein bisschen aufregen, dann ist das in Ordnung. Wir sind alle nur Menschen, und da spielen auch die Emotionen eine gewisse Rolle. Man sollte aber wissen, wann die ganze Vorstellung zu kippen anfängt. – Herr Taş, Sie haben letztlich mit dieser Rede, die Sie hier abgeliefert haben, genau die Vorlage gespielt, die die AfD für die sozialen Medien braucht.

[Ronald Gläser (AfD): Gute Idee!]

Überlegen Sie sich also das nächste Mal vorher, was Sie hier sagen, und pushen Sie nicht die ganze Geschichte noch hoch! – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und der AfD]

Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die antragstellende Fraktion hat die sofortige Abstimmung beantragt. Die Fraktion der SPD dagegen beantragt die Überweisung des Antrags sowie des Änderungsantrags der Fraktion der FDP und des Änderungsantrags der Fraktion der CDU an den künftig für Inneres zuständigen Ausschuss. Hierüber lasse ich zunächst abstimmen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt gegen diese Überweisung? – Das sind einige wenige Abgeordnete der AfD und der fraktionslose Abgeordnete. Alle anderen stimmen für die Überweisung. Das ist deutlich die Mehrheit. Damit hat sich der Antrag auf sofortige Abstimmung erledigt.

Der Tagesordnungspunkt 10 war Priorität der AfD-Fraktion unter Nummer 3.5. Tagesordnungspunkt 11 war Priorität der Fraktion der CDU unter der Nummer 3.2. Tagesordnungspunkt 12 steht auf der Konsensliste.

(Vizepräsidentin Dr. Manuela Schmidt)

Ich rufe auf

lfd. Nr. 12 A:

Aktionstag „Berlin sagt Danke“ 2017

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der
Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen auf Annahme einer Entschließung
Drucksache [18/0027](#)

Der Dringlichkeit hatten Sie bereits eingangs zugestimmt.
Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Die Antragsteller
haben die sofortige Abstimmung beantragt.

Wer dem Antrag Drucksache 18/0027 zustimmen möchte,
den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt gegen
diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung
der Fraktion der AfD und allen anderen Zustimmungen
ist damit dieser Antrag einstimmig angenommen. Vielen
Dank!

Die Tagesordnungspunkte 13 bis 15 stehen auf der
Konsensliste.

Meine Damen und Herren! Das war unsere heutige
Tagesordnung. Die nächste, die dritte Sitzung findet am
Donnerstag, dem 8. Dezember 2016 um 10 Uhr statt.

Damit ist die Sitzung geschlossen, und ich wünsche
Ihnen noch einen konstruktiven Arbeitstag. – Vielen
Dank!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der FDP]

[Schluss der Sitzung: 14.51 Uhr]

Anlage 1

Konsensliste

Vorbehaltlich von sich im Laufe der Plenarsitzung ergebenden Änderungen haben Ältestenrat und Geschäftsführer der Fraktionen vor der Sitzung empfohlen, nachstehende Tagesordnungspunkte ohne Aussprache wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 12:

**Nutzung des ehemaligen Ostberliner
Polizeigefängnisses durch die Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache [18/0021](#)

federführend an den künftig für Bildung zuständigen
Ausschuss und mitberatend an den künftig für Kulturelle
Angelegenheiten zuständigen Ausschuss und an Haupt

Lfd. Nr. 13:

**Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin
für das Haushaltsjahr 2014**

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/0023](#) (Drucksache alt 17/2444)

an Haupt

Lfd. Nr. 14:

**Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr
2015 in Anspruch genommenen über- und
außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen für die
Hauptverwaltung und für die Bezirke**

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/0024](#) (Drucksache alt 17/3132)

an Haupt

Lfd. Nr. 15:

**Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin
für das Haushaltsjahr 2015**

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [18/0025](#) (Drucksache alt 17/3169)

an Haupt

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Zu lfd. Nr. 12 A:

Aktionstag „Berlin sagt Danke“ 2017

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung
Drucksache [18/0027](#)

Täglich leisten unzählige Bürgerinnen und Bürger im Einsatz für Kranke, Benachteiligte, beispielsweise von Obdachlosigkeit betroffene Menschen, Kinder, das Stadtgeschehen und die Stadtgestalt unentgeltlich einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt. Insbesondere bei der Aufnahme, Versorgung und beim Ankommen vieler tausender Geflüchteter zeigen viele Berlinerinnen und Berliner seit Monaten ein außerordentliches Engagement.

Die Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen möchten sich daher bei allen Berlinerinnen und Berlinern für ihr Engagement für unsere Stadt erkenntlich zeigen und Danke sagen. Jeder und jede Einzelne sorgt durch dieses Engagement dafür, dass Berlin so weltoffen ist und bleibt wie sein Ruf. Berlin zeigt sich hierdurch als eine Stadt, in der Menschen aller Nationen willkommen sind und in der geholfen und angepackt wird. Dieses ehrenamtliche Engagement macht Berlin zu einer warmen Stadt, in der Menschen füreinander sorgen. Es macht Berlin zu einer vielfältigen, bunten und lebendigen Metropole.

Der im vergangenen Jahr erstmalig initiierte Aktionstag „Berlin sagt Danke“ war ein gelungenes Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung an die vielen Ehrenamtlichen Berlins für ihren unermüdlichen Einsatz.

Wir fordern den Berliner Senat daher auf, die Tore der Berliner Museen, Theater, Opern, des Zoos, Aquariums, Tierparks und weiterer landeseigener Einrichtungen auch 2017 kostenlos am 29. Januar für alle Berlinerinnen und Berliner zu öffnen. Darüber hinaus ist die Institutionalisierung dieses Aktionstages zu prüfen.

Wir fordern die Berliner Wirtschaft zudem auf, sich der Aktion des Berliner Senats anzuschließen und ebenfalls kostenfreie Angebote zu schaffen.

Auf der Internetseite www.berlin-sagt-danke.de werden alle kostenfreien Angebote des Tages veröffentlicht.